

COMÚN

MAGAZIN FÜR STADTPOLITISCHE INTERVENTIONEN

#2/Nov. 2019

EDITORIAL

Wer hätte gedacht, dass im Jahr 2019 auf Talkshow-Sesseln, in Tageszeitungen, im Frühstücksradio, in Wirtschaftsmagazinen, in Parlamenten – scheinbar plötzlich überall – ernsthaft über Enteignung diskutiert wird? Das Berliner Volksbegehren »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« hat politische Öffentlichkeit für ein Thema geschaffen, das gern als „Tabubruch" gehandelt wird. Und plötzlich sind Gesetzesentwürfe, die auch in Eigentumsfragen eingreifen, wie der vom Berliner Senat beschlossene Mietendeckel, gar nicht mehr unrealistisch. Wie war das möglich? Also, das ist eine lange Geschichte... Ein Teil davon wird in diesem Heft erzählt. Und zu einer guten Geschichte gehören meist auch Held*innen. Zu dieser auf jeden Fall und was sie so gut macht: Es sind Viele! Denn all dem vorausgegangen sind lange kollektive Kämpfe von unzähligen Mieter*innen: gegen Mieterhöhungen, Modernisierung und Verdrängung, für das Recht auf Wohnen, für das Recht zu bleiben. Und wenn sich irgendwo Menschen erfolgreich organisieren, tun es anderswo auch wieder andere und so weiter... Klingt nach Aufstandsromantik, ist aber so. Die ständig steigende Zahl an Mieter*inneninitiativen ist ein Indiz dafür.

Es geht in Común #2 aber gar nicht um die Wiederentdeckung des „revolutionären Subjekts" (etwa die aufständische Mieterin), sondern unter anderem um die Frage, welche Bedingungen es braucht, damit Organisierung und Mobilisierung erfolgreich sind und auch darum, wie der eigene Anspruch manchmal auch mit der Wirklichkeit kollidiert. Nicht nur im Schwerpunkt zu Community Organizing, auch in den anderen Beiträgen wird dabei über die konkrete stadtpolitische Praxis berichtet, Erfahrungen von Erfolg und auch Scheitern werden reflektiert und Orte vorgestellt, an dem das Sich-Zusammentun dauerhaft solidarische Alternativen zum Bestehenden geschaffen hat.

Und auch diesmal waren es viele, die das Magazin mit ermöglicht haben, ob als Beitragende, Unterstützer*innen, Spender*innen, Mitträger*innen und Förder*innen, an alle ein dickes: Danke.

Viel Spaß beim Lesen und organisiert euch, ihr Held*innen!

die Redaktion

Dear COMÚNity, we need your money!

Común #2 wurde nur möglich durch eine solidarische Finanzierung und Förderung. Die Arbeit am Magazin ist komplett ehrenamtlich, Druck und Vertrieb kosten aber viel Geld. Común braucht dringend eure Spenden, damit es weitergehen kann! Wenn es eine Spendendose dort gibt, wo ihr das Magazin mitgenommen habt, werft euren Beitrag bitte dort ein. Wenn es vor Ort keine gibt oder ihr gern auch mehr beitragen wollt, überweist eure Spende bitte auf das Konto des multitude e.V.:

DE72 4306 0967 1162 4935 00 (GLS Bank), Verwendungszweck: „Spende Común-Magazin". Danke an alle bisherigen und künftigen Spender*innen!

▸ Illustrationen Titel- und Rückseite:
Leonie Herrmann ▹ www.leonieherrmann.de

INHALT

WIR SO – IHR SO

Die stadtpolitische Vorstellungsrunde #1

RAUMSTATION WEIMAR

WER IHR SEID IN UNGEFÄHR 150 WORTEN

Die Raumstation ist eine Impulsgeberin, den städtischen Raum zu hinterfragen, zu vermitteln, zu beleben, mit ihm zu spielen und zu einem Ort des Austauschs und gemeinsamer Erfahrungen zu machen.

Wir als Raumstation Weimar sind Teil vom »Kollektiv Raumstation«, das mit Raumschiffen auch in Berlin und Wien und mit temporären Satelliten in Gera, Apolda, Zürich und anderen Orten gelandet ist. In Weimar wurde die Raumstation 2013 gegründet und seitdem sind wir hier als studentische Initiative aktiv.

Wir arbeiten über das Medium des städtischen Raumes auf partizipative und emanzipatorische Weise an unterschiedlichen gesellschaftlichen Themen, die uns in Weimar, in Thüringen und generell im Stadtraum beschäftigen. In letzter Zeit waren das vor allem: Wohnungsfragen und Recht auf Stadt in Thüringen, Mitbestimmung an der Uni und bei der Campus-Umgestaltung, Freiräume für alle, Aneignung von Räumen, kritische Auseinandersetzung mit Bauhaus100 in Weimar...

Wir arbeiten mit experimentellen Raumerkundungsmethoden, aktivierenden Prozessen und künstlerisch-aktivistischen Interventionen und Demonstrationen. Wir wollen nicht darauf warten, dass sich die Stadt von allein verändert – wir wollen es selbst machen.

EURE PRAXIS IN ZEHN STICHWORTEN

Intervention, Protest, Provokation, Raumaneignung, Freiräume(n), Interaktion, Spiel, Erkundung, Plenum, Reflexion



WIE WÜRDET IHR EURE PRAXIS IN DER STADT VERORTEN ZWISCHEN DEN POLEN...

Nische ●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●● **Gegenentwurf**

Unsere Praxis ist: mal Gegenentwurf in der Nische, mal die Nische im großen Gegenentwurf.

Mitmachen ●●●●●●●●●●●●●●●●●●●● **Intervenieren**

Wir intervenieren mit unseren Aktionen in den Stadtraum oder in städtische Diskurse. In der Situation der Intervention und durch ein offenes Plenum sind alle eingeladen mitzumachen.

Realpolitik ●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●● **Utopie**

Utopien im Kleinen zu erschaffen ist unser Versuch auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen und andere Menschen einzuladen, Veränderungen selbst real zu machen.

Diskussion ●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●● **Aktion**

Ohne Diskussion keine Aktion und nach jeder Aktion Diskussion. Wir diskutieren auch durch Aktionen.

Verhandlung ●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●● **Protest**

Wir initiieren Aushandlungsprozesse über die Nutzung von Orten und die Art, wie Entscheidungen getroffen werden: Wir PROZESSieren für gleiche Zugänge zu Wohnraum, Stadtraum und Mitgestaltungsmöglichkeiten.

Planung ●●●●●●●●●●●●●●●●●●●● **Wunschproduktion**

Wir planen unsere Aktionen und Apparaturen und produzieren damit Wünsche zu der Nutzung und Gestaltung von Stadtraum und von städtischem Zusammenleben.

Konsens ●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●● **Differenz**

Konsens in der internen Entscheidungsfindung; Kompromiss in der Zusammenarbeit mit anderen Akteur*innen; Differenz und Konflikt bei der Positionierung in öffentlichen Diskursen durch die Sichtbarmachung von Gegenpositionen.

Fester Kreis ●●●●●●●●●●●●●●●● **wachsende Bewegung**

Wir sind von Weimar aus nach Berlin und Wien gewachsen, sind aber nicht nur in diesen Städten aktiv.

▸ **Beantwortet von der Raumstation Weimar** ▹ https://raumstation.org

NEUSTART TÜBINGEN



WER IHR SEID IN UNGEFÄHR 150 WORTEN

Wir sind eine Genossenschaft in Gründung, die nach dem Modell »Neustart Schweiz« ein großes Projekt für eine sozial gemischte Bewohner*innenschaft bauen möchte. 500 Bewohner*innen finanzieren und nutzen gemeinsam bezahlbaren Wohnraum in unterschiedlichen Formen wie Einzelappartements, Familienwohnungen, WGs, Clusterwohnungen etc.

Mit lebenslangem Wohnrecht geht die Bereitschaft einher, je nach Lebensphase und Bedarf innerhalb des Projekts umzuziehen. Dafür gibt es statt großer Privatwohnungen viele gemeinsame Flächen sowie eine sozial-ökologische Infrastruktur für alle, auch die umgebende Nachbarschaft: Gäste- und Jokerzimmer, Werkstätten, Materiallager, Bar/Kneipe, Bewegungsraum, Anschluss an eine solidarische Landwirtschaft, – aber auch die Verbindung mit Sorge- und Pflegedienstleistungen.

Unsere Arbeitsstrukturen sind ein offenes Plenum sowie feste Arbeitskreise, darin engagieren sich etwa 60 Personen kontinuierlich, und es gibt ein großes Umfeld, das sich punktuell einbringt. Wir haben ein konkretes Areal, auf dem wir bauen möchten, dazu sind wir in Verhandlungen mit Stadtverwaltung und Gemeinderat.

EURE PRAXIS IN ZEHN STICHWORTEN

Aktionen und Vorträge, Plenumplenumplenum, Arbeitskreisearbeitskreisearbeitskreise, Gesprächegespräche, Verhandlungen-Verhandlungen. IdeenIdeen. Plenumplenumplenum: Tragfähige Strukturen aufbauen.

WIE WÜRDET IHR EURE PRAXIS IN DER STADT VERORTEN ZWISCHEN DEN POLEN…

Nische **Gegenentwurf**

Mit diesem großen Projekt für 500 sozial gemischte Bewohner*innen sind wir raus aus der Nische der Wohnprojekte und als Gegenentwurf mitten in der Gesellschaft.

Mitmachen **Intervenieren**

Das Neustart-Konzept ist eine diskursive Intervention in Stadtentwicklung, die als konkretes Bauprojekt praktisch wird – dabei können ganz viele mitmachen.

Realpolitik **Utopie**

In Tübingen, der Stadt in der der Philosoph Ernst Bloch seinen Lebensabend verbrachte, ist das selbstverständlich eine „konkrete Utopie".

Diskussion **Aktion**

Zunächst Aktionen, die Diskussionen ausgelöst haben, jetzt viele Diskussionen, die der Durch- und Umsetzung dienen.

Verhandlung **Protest**

Protest (u.a. mit dem größten Transparent Tübingens) UND Verhandlungen – und immer genau prüfen, wann was richtig ist.

Planung **Wunschproduktion**

Am Anfang war der Wunsch, der mit vielen weiteren Wünschen ergänzt wurde. Noch mehr Wünsche wurden und werden eingeholt und schließlich in einer Planung alle zusammenkommen.

Konsens **Differenz**

Konsensorientierte Entscheidungsfindung, die umso besser ist, je diverser die Ideen und Meinungen und Wünsche sind, die zusammengebracht werden können.

Fester Kreis **wachsende Bewegung**

Fester Kreis, zunächst ganz klein, dann hat die Idee immer mehr Leute begeistert, jetzt sind sowohl fester Kreis als auch Umfeld stark gewachsen.

▸ **Beantwortet von der Initiative Neustart Tübingen** ▹ https://neustart-tuebingen.mtmedia.org (Vorbild: https://neustartschweiz.ch)

„HIER GIBT ES SO VIELE FREIHEITEN, WIE SONST WAHRSCHEINLICH NIRGENDS IN MÜNCHEN“

Ein Interview mit Grisi Ganzer vom Wohn- und Kulturzentrum Bellevue di Monaco

CRI GUTSMIEDL



Das offene Infocafé im Bellevue di Monaco. Der Cafébetrieb wird gemeinsam mit Geflüchteten organisiert und umgesetzt. Es gibt niedrigschwellige Informations- und Beratungsangebote für Geflüchtete, aber auch für alteingesessene Münchner*innen, die Hilfe anbieten oder Kontakt suchen.

Ein Infocafé, ein Wohnhaus für Geflüchtete und ein Ort für Kultur: Das Bellevue di Monaco in der Müllerstraße im Münchener Glockenbachviertel vereint Ansätze aus der Solidarity City-Bewegung mit dem Recht auf Stadt. Seit 2016 ist das Areal ein offener Ort für alle Menschen, mit dem Ziel, niedrigschwellige Angebote bereitzuhalten. Neben dem Wohnprojekt für Geflüchtete gibt es ein breites Kulturangebot, das unter anderem aus Lesungen, Diskussionen, Konzerten, Sprachkursen und verschiedenen Workshops besteht. Außerdem gibt es Anlaufstellen für Rechtsberatungen sowie eine Fahrradwerkstatt. Das Infocafé ist tagsüber geöffnet. Das Projekt ist aus einer Initiative verschiedener Künstler*innen hervorgegangen, die die Fake-Immobilienfirma »Goldgrund Immobilien« gegründet haben. Grisi Ganzer, Filmemacher und Gründer von »Goldgrund«, war von Anfang an am Bellevue di Monaco beteiligt und ist jetzt hauptamtlich im Büro tätig.

Wie seid ihr zu dem Areal in der Müllerstraße gekommen?

Die Stadt wollte das Eckhaus und das Hinterhaus abreißen und darauf und auf dem Bolzplatz nebenan neue Wohnungen bauen. Die Neubebauung hätte mindestens fünf Millionen Euro gekostet. Im Herbst 2012 gab es Demos, dass das Gelände bleiben soll. Die Leute, die hier gewohnt haben, wären auf alle Fälle entmietet worden. Einen Tag vorm Stadtratsbeschluss gab es hier im Innenhof eine Kundgebung und die Stadt entschied sich für den Erhalt des Bolzplatzes. Das Aktionsbündnis Bellevue entstand dann 2014. Damals war schon klar, dass viele Geflüchtete kommen, darum war die Stadt München auf der Suche nach verfügbarem Wohnraum. Wir haben ein Konzept aufgestellt, wie wir diese Häuser hier zu einem Wohn- und Kulturzentrum umwidmen können. Vor einer Demo gab schon eine Schlagzeile in der Abendzeitung, daraufhin hat der neugewählte Oberbürgermeister gesagt, mit diesen Leuten muss ich jetzt reden, sonst gehen die mir noch weiter auf die Nerven. Da hieß es zum ersten Mal: „Über die Müllerstraße können wir nochmal reden“. Das war dann aber erstmal nur eine lose Zusage. Im April 2016 haben wir den Pachtvertrag auf 40 Jahre Erbpacht unterschrieben.

Wie hat sich das Aktionsbündnis organisiert, nachdem klar war, dass ihr das Gebäude bekommt?

Wir haben diesen Schwung der Hilfsbereitschaft, der am Anfang des Sommers der Migration stand, gut mitgenommen und im März 2015 eine Genossenschaft gegründet. Beim ersten Treffen war das Interesse



Bewohner*innen und Team des Bellevue di Monaco

sehr groß. Viele, die da waren, sind gleich Genossen geworden. Ein Jahr später wäre das überhaupt nicht gegangen, weder von Seiten der Stadt noch von der Stadtgesellschaft. Diese Hilfsbereitschaft war zu dem Zeitpunkt einfach zu 100 Prozent positiv besetzt. Durch die Genossenschaft konnten wir wirtschaften. Beim Umbau haben wir sehr viel Geld bewegt. Und in der Stadtgesellschaft verwurzelt man sich eher, wenn man Mitglieder hat.

Wie ist der Stand heute, hat sich viel verändert, seitdem ihr angefangen habt?

Im Büro hat sich die kaufmännische Leitung geändert, im Café haben jetzt gerade drei Leute aufgehört, die auch früh dabei waren. Von denen, die jeden Tag hier arbeiten, bin nur ich übrig geblieben. Sowas wie das Bellevue auf die Beine zu stellen, ist wahnsinnig spannend, das

„DAS GANZE ALLTAGSGESCHÄFT IST EIN BISSCHEN SPRÖDE, MAN BRAUCHT STÄNDIG GELD UND ZEIT."

Alltagsgeschäft ist aber anstrengend. So ist das auch bei mir persönlich. Ich komme momentan nicht dazu, mir Projekte auszudenken und die hier umzusetzen.

Woran liegt das?

Du musst gucken, wie du ein Projekt finanzierst und woher das Geld kommt, du musst Arbeitspläne machen, du musst die Leute einteilen. Du kannst nicht alle ständig auf Dauerfreiwilligkeit halten. Es muss zwangsläufig ein Regelbetrieb werden und dann hat es ein bisschen weniger Feuer. Die Stadt unterstützt uns, sie finanziert hier auch zwei Stellen für die Kultur. Das ist toll, weil man das auf Dauer nicht aus der Bürgerschaft finanzieren kann. Das ganze Alltagsgeschäft ist ein bisschen spröde, man braucht ständig Geld und Zeit. Ich bin gebürtiger Münchener, in der Stadt aufgewachsen und ich wohne hier. Für mich ist es eine große Motivation, dafür zu sorgen, dass die Stadt nicht endgültig nur noch Siemens und BMW ist. Man kann hier auch was machen, wo man dann ganz stolz seinem Besuch zeigen kann: „Guck mal, in München haben wir hier auch was, wo es nicht nur um Kohle geht".

Es hört sich so an, als ob sich die Stadt aktiv einmischt.

Ab dem Zeitpunkt, wo sie gesagt hat, wir können darüber reden, dass diese Häuser einem sozialen Zweck gewidmet werden, war schon klar, dass die Stadt was macht. Es war super, dass die Stadt das Gelände tatsächlich verpachtet hat [Anm. C.G.: an die Genossenschaft] und das Kulturleben über das Kulturreferat unterstützt. Wir haben damals zwar mit einigen Veranstaltungen vorgelegt, aber trotzdem war es ein Vertrauensvorschuss. Sie haben uns das Budget gegeben und uns machen lassen.

Die Anliegen, mit denen ihr in das Projekt gestartet seid – nämlich die Frage danach, wem die Stadt gehört und die Aufnahme und Unterstützung von Geflüchteten – sind grundlegend politische Themen. Was ist euer politischer Anspruch?

Naja, sagen wir mal so, unser Gegner hat sich auf jeden Fall verändert, weil wir jetzt ein anderes Thema haben. Jetzt sind wir eine Organisation, die sich um das Wohl von Geflüchteten kümmert. Deshalb ist unser Gegner gerade nicht die Stadt, sondern die bayerische Staatsregierung, weil die Sachen macht, die den Geflüchteten schaden. Insofern ist Stadtentwicklung gerade nicht mehr im Vordergrund. Das liegt auch daran, dass man jemanden, der dich finanziert, nicht angreifen kann. Das geht nicht mehr, aber das können andere machen. Im Bereich Mieten und Wohnen gibt es inzwischen auch andere Leute. Wir waren nie mehr als 30 Leute. Wir haben am Anfang lediglich den Eindruck erweckt, dass wir eine richtig fette Bürgerbewegung sind.

Mit »Goldgrund« haben wir schon 2012 angefangen, uns mit dem Thema zu beschäftigen, für wen die Stadt eigentlich noch da ist: Nur für die Fachkräfte, die sich die teuren Wohnungen leisten können? Oder können normale Leute hier auch wohnen bleiben? Das war ja die Ausgangsfrage. Es ging ursprünglich überhaupt nicht um Geflüchtete, als wir angefangen haben. Uns ging es eher darum, wo die Stadt hindriftet. Wichtig ist jetzt, dass wir am gesellschaftlichen Prozess beteiligt bleiben und weiterhin mitkriegen, was los ist. Wir wollen besonders den jüngeren Leuten vermitteln, dass hier ein Freiraum mitten in der Stadt ist, den alle nutzen und sich einbringen können. Hier gibt es so viele Freiheiten, wie sonst wahrscheinlich nirgends in München.



Das Gebäude an der Ecke Müller-/Corneliusstraße.



Möbelbauworshop im Café des Bellevue di Monaco

Engagieren sich viele Leute hier, die im Stadtteil wohnen?

Die meisten, die hierher kommen, wohnen im innerstädtischen Bereich. Wir haben auch Kooperationen mit anderen Projekten, etwa beim Dokumentarfilmfestival. Dadurch kommen auch Leute, die gar nicht unbedingt am Sozialen interessiert sind. Die kriegen auf diese Weise mit, dass es hier das Bellevue gibt, das ist natürlich super. Denn das ist unsere Ambition. Wir machen niedrigschwellige Angebote für Geflüchtete, aber das gilt im selben Maße für die Stadtgesellschaft. Viele haben vielleicht Angst, auf unbekannte Menschen zu stoßen. Wenn man dann aber zu einem Film, Konzert oder ins Café geht, ist es viel leichter. Da steht das Soziale nicht so im Vordergrund, das ist dann fröhlicher und luftiger.

Gibt es viel Austausch zwischen den Menschen, die hier wohnen und denen, die das Kulturangebot wahrnehmen?

Das ist ganz unterschiedlich. Wohnraum und Kulturangebot sind getrennt. Ins Wohnhaus darf niemand rein. Wir haben schon immer versucht, Leute hierher zu bringen, um sie auf das Projekt und die Thematik aufmerksam zu machen. Es gibt welche, die kommen mal, hören sich das an und verschwinden schnell wieder. Es gibt aber auch eine ganze Menge an Leuten, die im Café mitarbeiten, regelmäßig Tischtennis spielen oder beim Open House da sind. Manchmal sind vier Leute da, manchmal ist es wirklich voll.

Das Projekt hier hat viele Kapazitäten gefressen. Gibt es das Ursprungsprojekt »Goldgrund« überhaupt noch?

Seitdem wir das Bellevue aufgemacht haben, haben wir da gar nichts mehr gemacht. Die letzte Aktion war 2013 auf die Leerstände aufmerksam zu machen. Wir haben eine Stadtrundfahrt mit einem Doppeldecker gemacht und neuralgische Punkte, verschiedene schlimme Hotspots der Gentrifizierung, in der Innenstadt angefahren.

Wie ist dein Blick auf ähnliche gemeinnützige Projekte in den nächsten Jahren in München?

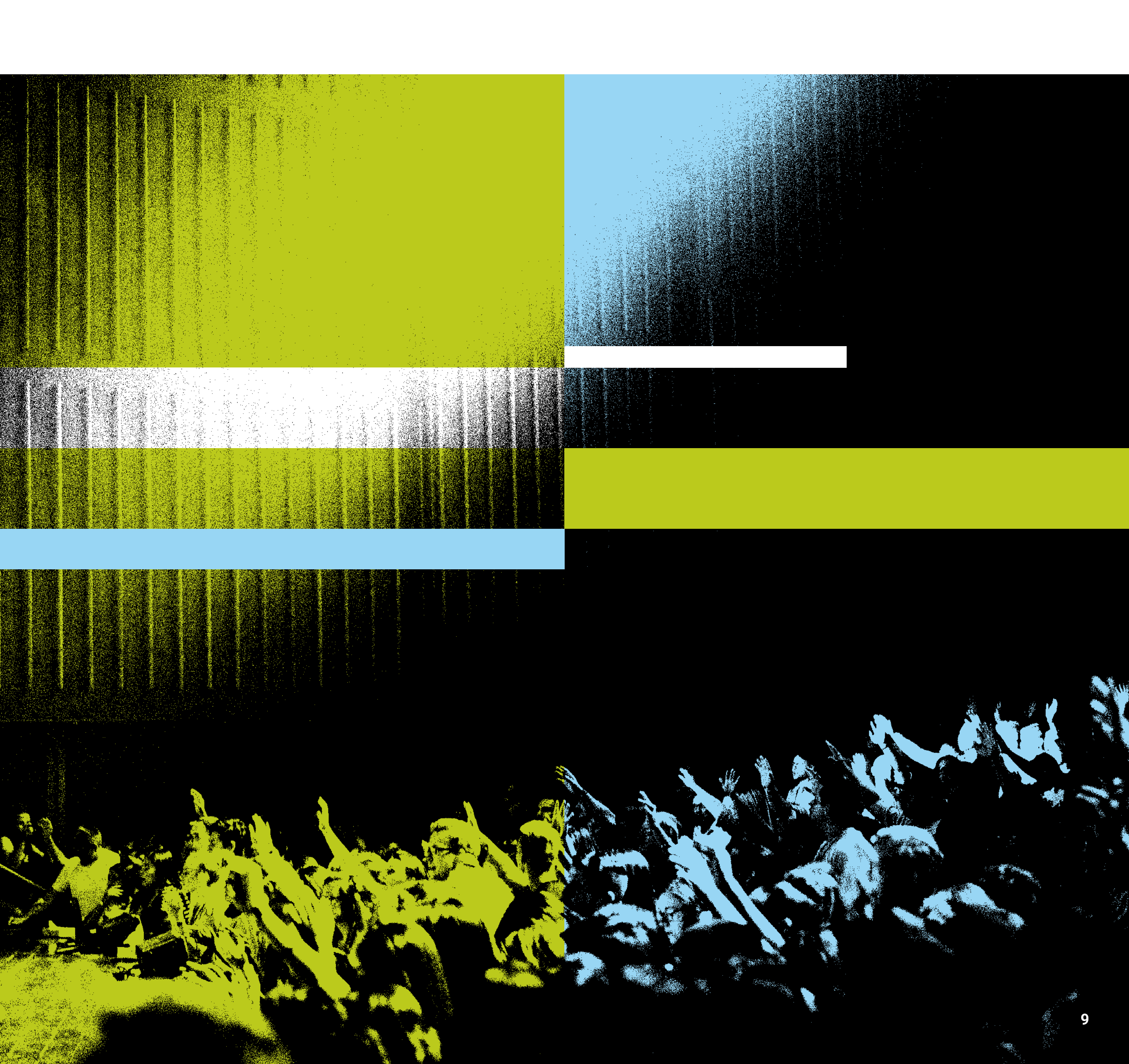
Besser wird es nicht. Um es positiv zu sagen: München ist so reich, dass die Stadt wirklich viel tun kann, aber es passieren noch ohne Ende blöde Sachen hier. Die Stadt hat aufgehört, Immobilien zu verkaufen, sondern kümmert sich verstärkt selbst darum. Aber man hat gar nicht mehr so einen Handlungsspielraum. Und bei den Kasernengebieten, die sie jetzt neu entwickelt, kommt die Frage dazu, ob Genossenschaften ein bisschen bevorzugt behandelt werden sollen. Aber der Boden wird trotzdem bewertet nach den Marktpreisen und da kann die Stadt selber nichts dafür. Bei den Kasernen führte das dazu, dass die Genossenschaften nicht mehr mitgeboten haben. Da sagt der Bürgermeister schon, dass etwas getan werden muss. Also es ist allen bewusst, aber es wurde so lange nichts getan, dass man jetzt mit dem Rücken zur Wand steht.

▸ **Das Interview führte:** Cri Gutsmiedl. Sie ist stadtpolitisch in Leipzig aktiv und Teil der Común-Redaktion.
▸ **Website:** www.bellevuedimonaco.de
▸ **Fotos:** © Bellevue di Monaco

COMMUNITY ORGANIZING

ZWISCHEN RADIKALEM ANSPRUCH UND SOZIALER WIRKLICHKEIT

Die stadtpolitischen Bewegungen experimentieren mit Community Organizing. Wir schauen auf die Geschichte und Theorie, stellen aktuelle Erfahrungen aus der Praxis vor und blicken zurück auf ein Projekt der Gemeinwesenarbeit in den 1970er und 1980er Jahren.



„EINE CHANCE HABEN WIR NUR, WENN WIR AUCH GEWINNEN WOLLEN“

Eine Einführung in Geschichte und Theorie des Transformative Organizing

RICO ROKITTE

Linke Akteur*innen, die ihre Ziele ernst nehmen, müssen sich zwangsläufig auch einiges zumuten. Bereits die Fremdheitserfahrung des Kapitalismus lädt immanent zur Abgabe von Verantwortung ein und ist über einen Rückzug auf private oder halböffentliche Inseln nicht aufzuheben. Besonders der schonungslose und offene Umgang mit dieser Zurückgeworfenheit als Teil einer gesellschaftlichen Veränderungspraxis schafft aber auch Authentizität. Eine Authentizität, die wir dringend brauchen, für die revolutionäre Arbeit mit den Menschen, ob im Stadtteil, im Betrieb oder in anderen Zusammenhängen.

Transformatives Organizing (TCO) ist nicht nur Handwerkszeug oder Methode für die Praxis, sondern viel mehr ein revolutionärer Organisierungsanspruch. Bevor wir gleich von der Organizing-Praxis in Berlin oder Leipzig lesen, lohnt es sich zu fragen, was ein Transformatives Organizing eigentlich ausmacht und welche Geschichte es hat.

Transformatives Organizing selbst kann nach Auffassung von Praktiker*innen des Ansatzes, wie Robert Maruschke, Steven Williams oder Eric Mann, mehr als ein Sammelbegriff für eine Vielfalt von bewegungsnahen Organisationsansätzen verstanden werden, denn als ein fest umrissenes Konzept. Das zentrale Anliegen von TCO ist es, Menschen zusammenzubringen und mit ihnen gemeinsam Auswege aus der eigenen und gesellschaftlichen Ohnmacht zu gestalten. Dabei bündelt es breite Erfahrungen und Ansätze politischer Basisorganisierung und revolutionäre Organisationsansätze aus den US-amerikanischen Arbeiter*innenbewegungen des 19. Jahrhunderts, der Arbeitslosenbewegung der 1930er Jahre oder der Black Power- und Feminist Movements der 1960er und 70er Jahre. Zusätzlich greift es auch auf Einzelerfahrungen und Gegenstrategien sogenannter „liberaler“ Konzepte des Community Organizings zurück und nutzt sie für eine progressive Politik von unten. Aus dieser historischen Linie begründet sich das Transformative Organizing und steht damit für eine langfristige Ausgestaltung und Intensivierung alter und neuer Kämpfe.

Die deutsche Übertragung des Transformativen Organizing aus den USA ist ein relativ junger Prozess. Begründet durch den Aufschwung eines „liberalen“ Community Organizings seit der Jahrtausendwende und dessen häufige Eingebundenheit in allgegenwärtige neoliberale Projekte, entwickelte sich in Abgrenzung dazu ein Interesse an Basisorganisierung und Machterwerb von unten (vgl. Kratzsch/Maruschke 2016). Veröffentlichungen und Erfahrungen mit TCO in der konkreten Aktivierungsarbeit mit und durch Betroffene in linken Basisgruppen und Organisationen haben zudem die Lust darauf geweckt, Organizing für eine gesellschaftsverändernde Perspektive zu nutzen.

Im Gegensatz zum „liberalen“ Community Organizing definiert sich die Bedeutung des Transformativen Organizings nach Maruschke besonders aus dem Spannungsverhältnis „zwischen Revolution und Herrschaftssicherung“ (Maruschke 2014). Das transformative Element besteht dabei aus dem bewussten Schritt, „ob Community-Organisationen Probleme isoliert betrachten, oder ob sie diese mit den tiefer liegenden Strukturen in Verbindung bringen“ (Maruschke 2014: 8). Der Anspruch ist immer, strukturelle Benachteiligungen qua sozialer Herkunft, Geschlecht, Bildung usw. nicht auszublenden oder isoliert allein auf der Ebene des Individuums zu behandeln. Das heißt, zum Beispiel als Nachbarschaftsorganisation oder Erwerbslosen-initiative, die auf Betroffene abzielt oder die Sanktionspolitik des Jobcenters kritisiert, jeweils auch die Frage nach einer gesellschaftlichen Eigentums- und Profitlogik in den Blick zu nehmen und eine Veränderungsstrategie derselben aufzubauen. Ebenso will Transformatives Organizing nicht als Methodenbaukasten einer unpolitischen





„DAS GEMEINSAME IST NICHT EINFACH AUS EINER (OHNEHIN UNGLEICHEN) BETROFFENHEIT ENTSTANDEN, SONDERN DARAUS, DASS WIR UNS GEGENSEITIG ZUGEHÖRT, UNS GESTRITTEN UND ÜBERRASCHT HABEN."

Nachbarschaftsorganisation und -aktivierung verstanden werden, der Menschen zu einer Art akzeptierender Teilhabe anspricht und durch staatliche und privatwirtschaftliche Akteur*innen verwendet werden kann.

In Abwesenheit einer konkreten Definition können wir Transformatives Organizing anhand von vier Eckpunkten umreißen: TCO umfasst „eine kritische Analyse der und eine grundsätzliche Opposition gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse, eine explizit politische Basisarbeit, konfrontative Politikformen und die Etablierung einer organisationsübergreifenden, grenzenlosen und praktischen Solidarität" (Maruschke 2014: 11). Diese vier Punkte eröffnen also explizit eine politische Debatte und Dimension jenseits einer reinen Aktivierungsstrategie oder Care-Arbeit, um dann genau diese „ganzheitlich" thematisieren und bearbeiten zu können. Maruschke beschreibt den Begriff ‚transformativ' als einen, „der den Schwerpunkt auf einen längeren Prozess der Umwälzung (legt)" (Maruschke 2014: 9). Er sei „in der aktuellen Praxis beliebter, da er anschlussfähiger an andere Debatten zu sein scheint.« (ebd.).

Mit den neoliberal-staatlichen Herrschafts- und Ausbeutungspraxen erwächst die Notwendigkeit einer neuen linken Organisierung im Stadtteil oder Betrieb. Das immer neue Maß an Anpassungsfähigkeit und Unterwerfung erfordert revolutionäre Auswege, welche soziale Bewegungen auch im Verhältnis zu diesen Strategien der Herrschaftssicherung finden können: „Die Besonderheit revolutionärer Organizing-Praxis liegt darin, dass sie die scheinbare linke Grundsatzentscheidung zwischen träger Organisation und dynamischer Bewegung aufbricht und dadurch einen dynamischen Begriff der Basisorganisierung anbieten kann" (Kratsch/Maruschke 2016: 104).

Auch wenn nachfolgend im Heft von praktischen Organizingerfahrungen zu lesen sein wird, sollte auch über die oft misstrauische Haltung vieler linker Basisorganisationen gegenüber TCO gesprochen werden. Hier wird ein erster Grundwiderspruch in der Rezeption deutlich. Stadtteilbündnisse oder lokale Erwerbsloseninitiativen verweisen zu Recht auf die Gefahren der neoliberalen Umarmung und verkennen zugleich die Bedeutung einer aktivierenden und kontinuierlichen Basisarbeit. Gegenüber dem allumfassenden neoliberalen Regieren durch vermeintliche „Partizipation" braucht es die linke Rückeroberung von Befähigung und Ermöglichung einer kritisch-empowernden Beteiligung. Die im Transformativen Organizing zu findende und aufzubauende Gegenmacht muss dabei zwangläufig aus der Perspektive der Regierungsmacht illegitim und konfliktgeladen sein.

Auf der anderen Seite sind langjährige Organisierungserfahrungen wie bei dem Berliner Bündnis »Kotti & Co« der Schlüssel zu einer gesellschaftlichen Veränderung: „Das Gemeinsame ist nicht einfach aus einer (ohnehin ungleichen) Betroffenheit entstanden, sondern daraus, dass wir uns gegenseitig zugehört, uns gestritten und überrascht haben. Um ein gemeinsames politisches Begehren entstehen und wirksam werden zu lassen, gilt es erst einmal näher zu verstehen, was uns jeweils bewegt – und dann herauszufinden, wie wir uns gemeinsam bewegen können" (»Kotti & Co« 2016: 124).

Um über eine Ablehnung des Bestehenden hinausweisen zu können, bietet uns das Transformative Organizing eine Möglichkeit zur Basisarbeit und konkreten Verwirklichung von Zukunft an. Das verweist grundlegend auf die eingangs angesprochene Authentizität, die uns und die Menschen, mit denen wir kämpfen, darauf vorbereitet, die Kämpfe auch gewinnen zu können und zu wollen. Die politische Autorin Bini Adamczak schreibt, dass „die Linke zu einem großen Teil immer schon in einem bestimmten Modus dessen gefangen [sei], was Nietzsche Sklavenmoral nannte, in einer spezifischen Fixierung auf das übermächtige Gegenüber, das nur aus der Perspektive der Unterworfenen adressiert wird: Kritik, Widerstand, Subversion, Melancholie, Dekonstruktion. Nie ist die Linke jedoch darauf vorbereitet, zu gewinnen" (Adamczak 2018: 97). Diese Analyse müssen wir ernstnehmen, aber brauchen sie nicht zu fürchten. Selbst die neoliberalste Machtausübung ist nicht in der Lage, alle Möglichkeitsfelder und widerständigen Praxen zu verschließen und grundsätzlich in Frage zu stellen. Wenn die Menschen in einer Basisorganisation erfahren haben, wie erfolgreich gemeinsam gekämpft und gewonnen wird: Wie soll das aufzuhalten sein?



► **Autor:** Rico Rokitte ist Sozialwissenschaftler und organisiert gemeinsam mit Miriam Pieschke und Lucie Matting den Arbeitskreis Organizing der Rosa Luxemburg Stiftung.

► **Literatur:**
▹ Kotti&Co: Alles muss man selber machen: Multi-Layer-Organizing für eine soziale Wohnraumversorgung in Berlin. In: sub/urban. zeitschrift für kritische stadtforschung. Bd.4, Heft 2/3, Berlin 2016.
▹ Kratzsch, Claudia/Maruschke, Robert: Basisorganisierung verändert die politi-sche Landschaft. In: sub/urban. zeitschrift für kritische stadtforschung. Bd.4, Heft 2/3, Berlin 2016.
▹ Maruschke, Robert: Community Organizing. Zwischen Revolution und Herr-schaftssicherung. Münster 2014.
▹ Williams, Steve: Fordert alles. Lehren aus dem Transformativen Organizing. Rosa-Luxemburg-Stiftung, New York 2013.

STARTHILFE FÜR DEN AUFBAU VON GEGENMACHT

Die »AG Starthilfe« gibt Wissen aus Mieter*innenprotesten an Initiativen weiter



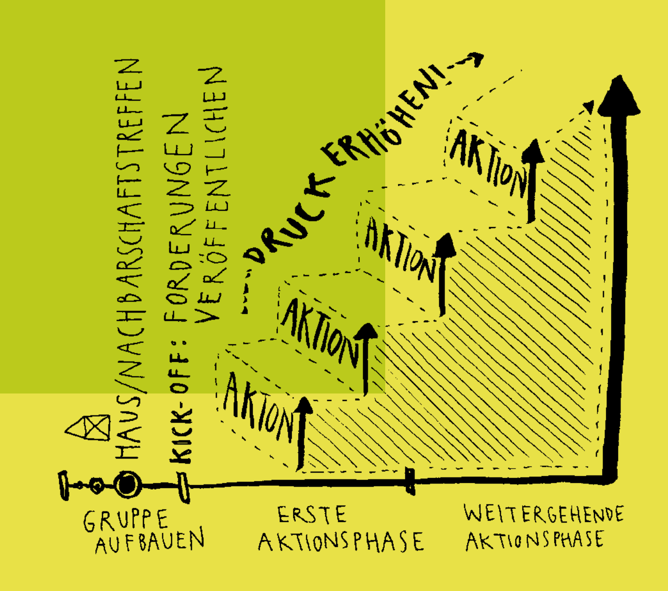
In Berlin kämpfen Mieter*innen-Initiativen nicht erst seit gestern gegen Verdrängung und für bezahlbaren Wohnraum. Sie wehren sich gegen die Kommerzialisierung der Stadt und eine neoliberale Deregulierung des Wohnungsmarktes. Über die Zeit konnten viele Initiativen auch gegen den allgemeinen Trend immer wieder Erfolge erzielen. So konnten Mieterhöhungen nach Modernisierungen abgemildert werden, beispielsweise in der Otto-Suhr-Siedlung in Berlin-Kreuzberg. Zwangsräumungen wurden durch direkte Aktionen, Verhandlungen und Öffentlichkeitsarbeit verhindert. Investor*innen kamen zum Beispiel auf dem „Dragonerareal" in Kreuzberg nicht zum Zug, weil die bundeseigene Anstalt für Immobilienaufgaben (Bima) bei dem Verkauf des Geländes Abstand vom sogenannten Höchstbieterverfahren nehmen musste. In gemeinsamen, großen Demos zum „Mietenwahnsinn" und der Kampagne »Deutsche Wohnen & Co enteignen« zeigt sich eine Größe und Entschlossenheit der Mieter*innenbewegung, die Mut macht und Druck ausübt. Bei all diesen Kämpfen wurden viel praktisches Wissen und Erfahrungen mit Erfolgen, aber auch mit Niederlagen und Fehlern gesammelt. Es fehlen jedoch bislang in der Stadt Orte und Strukturen, wo diese Erfahrungen jenseits persönlicher Bekanntschaften und informeller Netzwerke weitergegeben werden können.

Dabei sind genau diese Erfahrungen eine wichtige Quelle für die Selbstorganisation und die Fähigkeit zur effektiven Gegenwehr der Berliner Mieter*innen. Sei es das Ansprechen der Nachbar*innen, die produktive Organisation von Gruppen, das Austüfteln von kreativen Aktionen, oder rechtliches Grundlagenwissen. All dies ist Handwerkszeug, das jede*r, die*der aktiv wird, braucht. Eine Bewegung, die stärker werden will, kann sich nicht erlauben, dass jede*r Einzelne sich dies allein zusammensuchen und aneignen muss. Ausgehend von diesem Grundgedanken und auf der Basis der Erfahrungen vieler Engagierter aus der Otto-Suhr-Siedlung und »Kotti & Co« hat sich die »AG Starthilfe« gegründet. Viele von uns beschäftigen sich zudem seit Längerem in Theorie und Praxis mit dem Ansatz des Transformative Community Organizing, wie er in den USA entwickelt wurde und bringen dieses Wissen über Organisierungsprozesse in die AG Starthilfe mit ein.

Säulen der Starthilfe: Broschüre, Schulungen und praktische Unterstützung

Die konkrete Praxis der AG Starthilfe besteht aus verschiedenen Momenten: Eine der ersten Aktivitäten der AG war es, die gesammelten Erfahrungen in der Broschüre „Zusammentun! Wie wir uns gegen den Mietenwahnsinn wehren können" zusammenzufassen. In der Broschüre werden verschiedene Schritte vorgestellt, wie Nachbar*innen eine Initiative gründen können, die dauerhaft und kontinuierlich arbeitet: vom Ins-Gespräch-Kommen an der Haustür mit Nachbar*innen über das Durchführen einer gelingenden Mieter*innenversammlung bis zu gemeinsamen

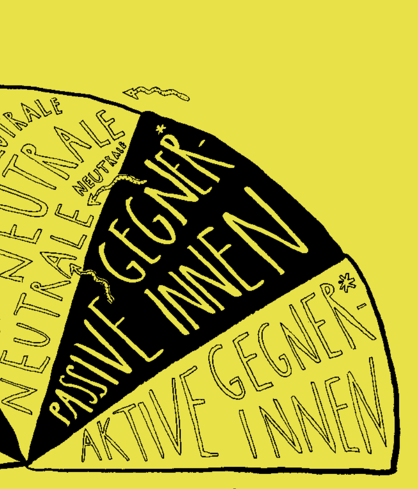




Aktionen und erfolgreicher Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Es werden praktische Tipps gegeben, wie Initiativen den Überblick behalten können (Stichwort Organisierungslandkarte), und es gibt einen Gesprächsleitfaden, der das Gespräch mit den Nachbar*innen strukturieren und erleichtern kann.

Die AG Starthilfe hat sich darüber hinaus zur Aufgabe gemacht, Workshops für Mieter*innen und Initiativen anzubieten, bei denen diese Felder jeweils einen Tag lang gemeinsam durchgearbeitet werden können. Vor allem aber gibt es Praxisübungen: So proben wir im Workshop „Wie komme ich mit meinen Nachbar*innen ins Gespräch“ die Kontaktaufnahme und -vertiefung, und im Workshop zur Mieter*innenversammlung sammeln wir Erfahrungen mit der Planung, Moderation und Nachbereitung einer Versammlung und ihrem Stellenwert im Organisierungsprozess der Initiative. Wir diskutieren im Aktionsworkshop, wie wirkungsvolle Aktionen durchgeführt werden können und üben im Presseworkshop das Schreiben von Pressemitteilungen, den Social-Media-Auftritt und lernen, die Überwindung der Angst vor dem Kontakt mit der Presse.

DIE VERGRÖSSERUNG DES AKTIVENKREISES IST KEIN SELBSTLÄUFER, WAS ZU HOHEN BELASTUNGEN BEI DEN BEREITS AKTIVEN FÜHRT.



Eine weitere, besonders wichtige Aktivität der AG Starthilfe ist die praktische Unterstützung von Initiativen durch die Weitergabe unserer Erfahrung im direkten Kontakt, durch Vernetzung zu anderen Initiativen und durch Wo*manpower.

Praktische Unterstützung

Derzeit unterstützen wir mehrere Initiativen. Ein Beispiel wollen wir hier vorstellen:

In einer großen Siedlung droht Verdrängung durch Modernisierung. Es gibt Begehungen von Gebäuden in der Siedlung. Die Vermieterin, eine große Immobilienfirma, bestätigt auf Nachfrage, dass es Planungen gibt, zu modernisieren. In dieser frühen Phase wird eine kleine Gruppe aktiv, hakt kritisch nach, vernetzt sich mit Aktiven aus einer benachbarten Siedlung. Auch aufgrund dieser Organisierung wird in der Siedlung ein Milieuschutzgebiet eingerichtet. Dadurch gewinnt die Gruppe Zeit, da die Vermieterin nur nach Prüfung des Bezirks modernisieren darf. Die kleine Gruppe ist hochmotiviert und begibt sich in Gespräche mit den Nachbar*innen, um zu schauen, wie die Wohnbedingungen sind, wo es schon Begehungen gab und wo vielleicht Instandsetzung statt Modernisierung nötig wäre. Bei diesem Prozess lässt die Gruppe sich auch von der Broschüre der AG Starthilfe inspirieren, die sie über den »Mieter*innenprotest Deutsche Wohnen« kennengelernt hat. Ein kleines Team aus der AG Starthilfe ist im regelmäßigen Kontakt mit der Initiative und ist bei ihren Treffen dabei. Mit unserer Unterstützung organisiert die Initiative einen „Blitz“: ein samstägliches Get-Together von Aktiven, die zunächst einüben, wie Tür-zu-Türansprache funktioniert, um dann in der Praxis loszulegen und Nachbar*innen an ihren Türen zur ersten großen Mieter*innenversammlung einzuladen. Die wird ein voller Erfolg, es kommen 120 Menschen, obwohl es noch keine konkreten Maßnahmen von Seiten der Vermieterin gibt! Es wird deutlich: Die drohenden Mietsteigerungen durch Modernisierung bewegt die Menschen in der Siedlung.

Wie in anderen Gruppen sind die Mühen der Ebene auch hier beschwerlich. Das dauerhafte Engagement hängt weiterhin an einigen Wenigen. Solange es noch keine spürbare Bedrohung gibt, erfordert Organisierung viel Aufwand. Die Vergrößerung des Aktivenkreises ist kein Selbstläufer, was zu hohen Belastungen bei den bereits Aktiven führt.

Offene Fragen

Und auch für uns von der Starthilfe ergeben sich durch die praktische Unterstützung von Initiativen viele Fragen: Was ist unsere Rolle, wenn wir selbst von dem konkreten Kampf nicht betroffen sind? Wie können wir unsere Vorschläge einbringen, ohne den Initiativen unsere Vorstellungen von funktionierender Organisierung aufzudrücken? Wie gehen wir damit um, dass wir selbst auch Lernende sind und keine Superexpert*innen? Unsere Antworten darauf sind sehr vorläufig: Wir machen gegenüber den Initiativen, mit denen wir zusammenarbeiten, unsere Rolle als Lernende transparent. Eigene Vorstellungen und Ideen wollen wir so einbringen, dass die Aktiven der Initiative die Möglichkeit haben zu entscheiden, welche Vorschläge sie gut finden und was sie verwerfen. Der Erfahrungsschatz mit dieser Art von Arbeit nach dem Organizing-Prinzip innerhalb der sozialen Bewegungen ist insbesondere im deutschsprachigen Raum überschaubar. In diesem Sinne verstehen wir als AG Starthilfe unsere Arbeit auch als beständigen Lernprozess für uns selbst.

▸ **Autor*innen:** »AG Starthilfe« des »Mieter*innenprotests Deutsche Wohnen« und der Kampagne »Deutsche Wohnen & Co enteignen.«
▸ **Websites:**
▹ www.dwenteignen.de
▹ www.deutsche-wohnen-protest.de
▸ **Broschüre:**
Zusammen tun! Wie organisiere ich eine Mieter*innen-Initiative? Download unter
▹ www.dwenteignen.de/sich-wehren
▸ **Illustrationen:** Marie Parakenings (aufsiemitgebruell.de)

VOM KLINKENPUTZEN ZUM MIETSTREIK

Organisierung von und mit Vonovia-Mieter*innen in Leipzig-Schönefeld

KRISTINA HELLER UND PETER BESCHERER

WOHNUNGSPOLITIK VON UNTEN

Wie wollen wir in unserem Stadtteil leben? Wo verlaufen die Grenzen der Profitschöpfung? Fragen wie diese, die die Themen Mietsteigerung und Quartiersentwicklung betreffen, haben erkennbar Potenzial für eine soziale Bewegung, in der ganz verschiedene Menschen zusammenfinden. An diesen Anspruch knüpft unsere Organisierung in einem nordöstlichen Stadtteil Leipzigs an. Dort haben es Mieter*innen der »Schönefelder Höfe« mit Vonovia, dem größten Wohnungsunternehmen Deutschlands, zu tun (siehe Kasten).

Organizing heißt, dass wir konkrete Probleme der Wohn- und Lebensbedingungen aufgreifen, enge Beziehungen in die Nachbarschaft knüpfen und nach Ansatzpunkten für gemeinsames Handeln über Kultur- oder Generationengrenzen hinweg suchen. Im Sinne des Transformative Community Organizings sehen wir die Verbesserung der Mietsituation aber auch im Zusammenhang mit anderen Konflikten (um Arbeit, Klima, Demokratie etc.) und möchten uns von den konkreten zu den strukturellen Problemen durcharbeiten.

Genauso wichtig wie Bündnis- und Kampagnenarbeit ist dafür der Aufbau einer basisorientierten Bewegung „von unten" – also die Ansprache von Gruppen und Personen, die bisher kaum politisch aktiv waren oder von Politik im Grunde nichts Gutes erwarten.

LEIPZIG SCHÖNEFELD-ABTNAUNDORF

Der Leipziger Ortsteil Schönefeld-Abtnaundorf, in dem Vonovia die »Schönefelder Höfe« vermietet, weist soziale, geografische, politische und kulturelle Besonderheiten auf und wird im „Integrierten Stadtentwicklungskonzept" als strukturell benachteiligt beschrieben.

Das ehemalige Arbeiterquartier war bis ins späte 19. Jahrhundert landwirtschaftlich dominiert. Dann siedelten sich Industriebetriebe an. Ab 1905 wurden die circa 1.600 Wohnungen in den Höfen errichtet. Bis 2005 waren die Höfe genossenschaftlich verwaltet, dann erfolgten Privatisierung, Verkauf und nach mehreren Eigentümerwechseln die Übernahme durch Vonovia.

Im Ortsteil leben rund 13.000 Menschen. Fast ein Viertel sind Migrant*innen, mehr als im städtischen Durchschnitt. Der Anteil von Beschäftigten und Arbeitslosen liegt leicht über dem städtischen Durchschnitt. Das Nettoeinkommen der Haushalte liegt unter dem vergleichbaren Wert der Gesamtstadt. Geografisch gesehen liegt Schönefeld irgendwo an der Grenze zwischen Peripherie und Zentrum, in unmittelbarer Nachbarschaft zu einem jungen, migrantisch und studentisch geprägten Szenestadtteil. Praktisch trennt die beiden Stadtteile jedoch eine Eisenbahntrasse – und außer einer langen Brücke verbindet sie wenig.

ERSTE SCHRITTE DER ORGANISIERUNG – WAS BISHER GESCHAH

Februar 2019: Wir kommen zusammen, um uns über die Möglichkeiten eines wohnraumbezogenen Organizing-Projekts auszutauschen. Unsere Erfahrungen sind begrenzt, aber die Motivation ist klar. Mit Neugierde und Überzeugung starten wir in den gemeinsamen Prozess.

März 2019: Was ist dieses Organizing überhaupt? Bevor wir in Aktion treten, müssen wir einen gemeinsamen Ausgangspunkt schaffen.

Üben und planen: Die einen sind ganz heiß darauf, endlich Haustürgespräche zu führen, anderen fällt dieser Schritt schwerer. Wir machen uns Gedanken über Formulierungen und Auftreten, um die Hemmungen abzubauen. Wie stellen wir uns vor? Was wollen wir anbieten? Leitfäden werden geschrieben und in Rollenspielen üben wir die Gespräche. Zudem ist erste Koordination nötig: Wir mappen das Gebiet, drucken Protokollvorlagen und Kontaktlisten, damit wir beim Klingeln den Überblick behalten.

April 2019: Der erste Meilenstein: Klingeln gehen! Trotz aller Vorbereitungen – in echt ist es immer noch ganz schön aufregend. Und: Das erste Klingeln ist der Schritt in einen verbindlichen Prozess. Die Angebote, die wir jetzt machen, können wir nicht einfach zurückziehen.

Die Reaktionen an den Haustüren sind gemischt. Am Anfang irritierte und skeptische Blicke, dann das Stichwort Vonovia: Wut und Empörung sind massiv, hier und da gepaart mit Resignation, Ressentiments und Vorbehalten gegen „Politik". Uns gegenüber entstehen aber keine Feindseligkeiten. Am Ende der Gespräche fragen wir nach der Telefonnummer und laden zur ersten Mieter*innenversammlung ein.

Die ersten Gespräche liefen gut. Wir kommen zusammen und geben uns Rückmeldungen. Mit welchem Satz kam ich gut ins Haus? Wie geht es mir dabei? So erweitern wir unseren Erfahrungsschatz und fühlen uns mit jedem Klingeln sicherer.

April/Mai 2019: Wir treffen uns eine Woche vor der geplanten Versammlung, um die eingesammelten Telefonnummern anzurufen. So machen wir es auch vor den weiteren Treffen.

13. Mai 2019: Unsere erste Versammlung. Es kommen 20 Leute – toll! Wir hören wüste Geschichten über diverse Varianten der Abzocke – aber auch von Briefschlachten und hartnäckigen Auseinandersetzungen mit dem Vermieter. Wir lernen: Wut braucht ihren Raum und die Moderation muss wissen, was sie will – und das auch durchsetzen.

03. Juni 2019: Die zweite Versammlung: Wir wollen überlegen, was wir konkret gegen Vonovia unternehmen können. Am Anfang gibt es skeptische Fragen. »Wer seid ihr eigentlich und warum macht ihr das?« Die geplante Kleingruppenarbeit ist nicht anschlussfähig. Die Mieter*innen finden alle Probleme wichtig und wollen gemeinsam diskutieren. Mit beherzter Moderation können wir sie überzeugen und kommen in den Arbeitsgruppen zu großartigen Ergebnissen: Demo, offener Brief, Sammelklage usw. Damit können wir arbeiten!

24. Juni 2019: Dritte Versammlung: Wir sammeln gemeinsam Probleme (Betriebskostenabrechnung, Hausmeisterservice, Erreichbarkeit etc.), schreiben sie auf und entwickeln daraus Forderungen an Vonovia und an die Politik. Außerdem gibt sich die Versammlung einen Namen: »Mietergemeinschaft Schönefelder Höfe«.

15. Juli 2019: Während der vierten Versammlung planen wir ein Grillfest. Wir wollen die Presse einladen und sammeln Zitate der Mieter*innen. Ein Spruch für das Banner wird gefunden.

Juli 2019: Mittlerweile gibt es engagierte Mieter*innen, die uns bei den Haustürgesprächen begleiten, Plakate für das Grillfest verteilen und andere Nachbar*innen motivieren.

28. Juli 2019: Sommer- und Gründungsfest der »Mietergemeinschaft Schönefelder Höfe«! Es kommen etliche Leute, die wir von den Versammlungen kennen, leider konnten wir aber kaum weitere Mieter*innen mobilisieren. Inzwischen hat Vonovia von unserer Initiative erfahren und ist an einem Austausch interessiert. Wir werden wahrgenommen, auch die Presse ist da. Leider macht der Bürgerverein, bei dem wir uns bisher getroffen haben, Probleme: „Ihr seid zu politisch – wir sind ein neutraler Ort." Die Räumlichkeiten stehen uns nicht mehr kostenfrei zur Verfügung und wir müssen uns auf lange Sicht umorientieren.

05. August 2019: Fünfte Versammlung: Weitere Aktionen und ein mögliches Gespräch mit Vonovia stehen an. Manche Mieter*innen sind etwas besorgt, die meisten reagieren aber zynisch auf das plötzliche Interesse des Vermieters. Wir nutzen den Anlass zur Kontaktaufnahme in andere Städte und für die Formulierung von politischen Forderungen. Mittlerweile hat sich eine gute Gesprächskultur entwickelt. Und: Es sind neun Leute dazu gekommen!

02. September 2019: Sechste Versammlung: Mittlerweile gab es einen Austausch mit dem Mieterverein über Kooperationsmöglichkeiten, eine Kontaktaufnahme zu Vonovia-Mieter*innen in Dresden und weitere Haustürgespräche. Zudem diskutieren wir Forderungen. Am Ende entscheiden wir uns für einen nächsten konkreten Schritt: Die Planung einer Kundgebung vor dem Leipziger Rathaus, um die Stadt auf die Probleme in den Schönefelder Höfen aufmerksam zu machen.



UND JETZT? WIE WEITER?

Die »Mietergemeinschaft Schönefelder Höfe« gibt es nun seit einem halben Jahr. Die Komfortzone des eigenen politischen Spektrums zu verlassen heißt auch, vorerst ein Stück Sicherheit aufzugeben. Dabei machen wir die Erfahrung, wie schwer die Spannung auszuhalten ist zwischen radikaldemokratischen Ansprüchen an die Zusammenarbeit und dem Vertrauen in die Mieter*innen. Aber genau dieses Vertrauen und seine wechselseitige Stärkung im Aufbau zwischenmenschlicher Beziehungen ist der unseres Erachtens wichtige Ausgangspunkt transformativer politischer Arbeit.

Wir warten nicht darauf, dass unser Umfeld sich von alleine zum Besseren wandelt und in einer Welt aus Konkurrenz und Vereinzelung Erfahrungsräume für Solidarität und kollektives Handeln entstehen. Eine Bewegung, die voraussetzt, dass alle das Gleiche denken und dieselben Ziele – am besten unter Wahl der gleichen Mittel – verfolgen, ist nicht gesellschaftsfähig. Transformation muss aktiv gestaltet werden und kann nicht bei denen bleiben, die von ihrer Notwendigkeit bereits überzeugt sind – in der Hoffnung, dass alle anderen es auch einsehen und die Verhältnisse „kippen". Transformation ist kein Moment, sondern ein Prozess!

VONOVIA
Das börsennotierte Wohnungsunternehmen Vonovia, das die Wohnungen im betreffenden Quartier vermietet, steht exemplarisch für eine Wirtschaftsweise, die Wohnen in erster Linie als Finanzanlage und nur nachrangig als Bedürfnis betrachtet. Das Geschäftsmodell der Vonovia wird getragen von einer Strategie systematischer Mieterhöhungen durch Modernisierung und undurchsichtige Betriebskostenabrechnungen sowie eine systematische Kostenoptimierung durch entpersonalisierte Verwaltungsabläufe. Dabei kommt es immer wieder zu Belastungen durch unspezifische und im Einzelfall unsinnige Baumaßnahmen oder zur Abrechnung nicht erbrachter Leistungen.

► **Autor*innen:** Kristina Heller und Peter Bescherer sind aktiv in der »Mietergemeinschaft Schönefelder Höfe«, Leipzig

IM ZWEITEN SCHRITT AUFLÖSUNG

Ein Rückblick auf die Gemeinwesenarbeit in einer Obdachlosensiedlung in den 1970er und 1980er Jahren in Gelsenkirchen

JÜRGEN SCHULZ



Dieser Beitrag reflektiert kritisch eine spezifische, historische Erfahrung aus den Jahren von 1973 bis 1988, bei der eine bestimmte Form von Gemeinwesenarbeit mit einer besonderen Form von Ausgrenzung und Armut, hier Obdachlosigkeit, zusammentraf. Für das Verständnis dieser Erfahrung ist der gesellschaftliche Kontext dieser Zeit entscheidend.

1. In der Sozialarbeit fand in den 1960er Jahren die „neue" Methode der Gemeinwesenarbeit Einzug: Die individualisierenden Effekte der bisher üblichen Methoden der Einzelfallhilfe und Gruppenarbeit sollten aufgehoben und die Betroffenen aktiviert und zu politischem Handeln bewegt werden. Zeitgleich erfolgte eine Aufwertung der Sozialarbeitsausbildung: von der Höheren Fachschule zur Fachhochschule – die Sozialarbeit wurde akademisiert.

2. Zu Beginn der 1970er Jahre änderte sich auch die staatliche Sichtweise darauf, wie mit Armut umzugehen ist. Der ordnungsrechtliche Aspekt wurde ergänzt durch einen sozialen. Armut wurde nicht mehr nur als selbstverschuldet definiert, sondern auch gesellschaftliche Problemstellungen kamen in den Fokus.

3. Die „Randgruppenstrategie", eines der Zerfallsprojekte der Studentenbewegung, öffnete ein neues Feld für linke Politik und politisierte die Fachkräfte. Aber auch hier konnten die auseinanderdriftenden Fraktionen sich auf keine gemeinsame Vorgehensweise einigen. Die Pole standen sich unversöhnlich gegenüber: hier die Apologet*innen des Parteiaufbaus, die „K-Gruppen", mit dem Ziel die „Randgruppen" in den Produktionsprozess und damit in die Arbeiterklasse zu integrieren, dort die Spontaneist*innen, die die Selbstorganisation der Betroffenen ins Zentrum stellten.

DIE SIEDLUNG

Mit dem Ende der Wohnungsnot der Nachkriegszeit in den 1960er Jahren hatte die Wohnungslosigkeit einen anderen Charakter bekommen. Sie war nicht mehr Zerstörung und Vertreibung geschuldet, sondern die Betroffenen hatten einfach ihre Wohnung verloren. Da es in der Bundesrepublik nicht dem Ordnungsrecht entspricht, dass Familien auf der Straßen leben (für alleinstehende Männer gilt dies nicht), wurden hierfür spezielle Unterkünfte geschaffen – einfache Gebäude, mit sehr niedrigen Wohnstandard. Diese kommunalen Notunterkünfte, oft „Obdachlosensiedlung" oder „Sozialer Brennpunkt" genannt, lagen meistens am Rande der Städte. Die Bewohner*innen bekamen keinen Mietvertrag, sondern es galt die Hausordnung gemäß des Ordnungsrechts und statt einer Miete wurde ein Nutzungsentgelt gezahlt.

Die Siedlung, die hier im Fokus steht, lag am Rand des Arbeiterstadtteils Scholven im Gelsenkirchener Norden – eingekeilt zwischen einem Kohlekraftwerk und einem Chemiekomplex. Sie bestand aus vier dreistöckigen Wohnblöcken mit ca. 50qm großen Drei-Raum-Wohnungen mit Toilette und Ofenheizung. Die Gemeinschaftsduschen für alle Bewohner*innen befanden sich im Keller. Die Häuser in der Emmericher und Bösingfelder Straße waren von geringerer baulicher Qualität und hatten Balkonlaubengänge. Die beiden anderen Wohnblöcke entsprachen dem Standard des Sozialen Wohnungsbaus der 1960er Jahre.

Diesem Gefälle in der Wohnraumqualität entsprach auch das soziale Gefälle innerhalb der Siedlung. Als Folge einer früheren Klassifizierung nach Stufen, wohnten die ökonomisch schwächsten Familien in den schlechteren Wohnblöcken. Bei den hier lebenden Haushalten handelte es sich fast ausschließlich um „kinderreiche Familien", bestehend aus 6 bis 10 Personen. Viele lebten vorher in Zechensiedlungen, verloren im Zuge der Bergbaukrise der

1960er Jahren ihre Werkswohnung und hatten auf Grund der Familiengröße auf dem Wohnungsmarkt keine Chance. Nur wenige waren wegen „sozialer Auffälligkeit“, etwa sogenanntem „mietwidrigem Verhalten“ eingewiesen worden. Die Arbeitslosigkeit unter den Bewohner*innen war hoch und es gab viele „Frührentner“. Wegen der Größe der Familien erhielten fast alle aufstockende Sozialhilfe. Anfang der 1970er Jahre lebten ca. 400 Menschen in mehr als 70 Haushalten, in der Siedlung.

VON DER EHRENAMTLICHEN GEMEINWESENARBEIT ZUR PROFESSIONALISIERUNG

In Folge des Wandels im politischen Umgang mit Armut legte das Land NRW ein Programm zur Gemeinwesenarbeit in Obdachlosensiedlungen auf, das den Wohlfahrtsverbänden als Träger fast sämtliche Kosten dafür finanzierte. In Gelsenkirchen erhielt das Diakonische Werk die Bewilligung für ein Projekt in der Siedlung in Scholven, das mit der Einstellung eines Sozialarbeiters im März 1973 begann.

Wie es der Methodenkoffer der Gemeinwesenarbeit vorsieht, gab es zur Erhebung der Bedarfe Bewohner*innenversammlungen und eine aktivierende Befragung. Ziel war es, mittels „Hilfe zur Selbsthilfe“ die Solidarität der Betroffenen zu mobilisieren und sie bei der Formulierung von politischen Forderungen zu unterstützen. Die Ergebnisse der Befragung lassen sich in zwei Kernforderungen bündeln: bessere Lebens- und Wohnbedingungen sowie Angebote für Kinder und Jugendliche.

Zur Vertretung ihrer Interessen gegenüber der Stadt wählten die Bewohner*innen eine Interessengemeinschaft (IG). Da in den anderen Siedlungen in Gelsenkirchen ähnliche Prozesse abliefen, wurde 1975 eine Stadtarbeitsgemeinschaft dieser IGs gebildet. Durch diese Vernetzung wurde ein politischen Druck aufgebaut, dem sich die Stadt Gelsenkirchen nicht entziehen konnte. Und so entstand 1976 ein Obdachlosenbeirat. Obwohl die Vertreter*innen der Siedlungen im Beirat nur eine beratende Funktion hatten, übernahm der Rat der Stadt auf Basis informeller Absprachen die dort getroffenen Entscheidungen. Hierdurch hatten die Bewohner*innen eine ihre Hauptforderungen nach Mitsprache durchgesetzt.

Diese Form der Interessenorganisation und ihre Einbindung in die kommunalen politischen Strukturen ermöglichten es, dass sich die Wohnbedingungen gegen Ende der 1970er Jahre fundamental verbesserten. Wohnungen wurden durch Zusammenlegungen vergrößert und Bäder in Eigenarbeit eingebaut. Die Interessensvertretung durch den Obdachlosenbeirat wurde jedoch von der Stadtverwaltung zugleich benutzt, um unliebsame Entscheidungen innerhalb der Siedlungen zu legitimieren und Akzeptanz herzustellen.



Zudem bildete sich eine „Funktionärsschicht“ heraus, die ihre Legitimation innerhalb der Siedlung nur von einem Teil der Bewohner*innen bezog. Und es gab die Fraktionsdisziplin. In den 1970er Jahren regierte in Gelsenkirchen die SPD mit einer Mehrheit von 60 Prozent fast absolutistisch. Da auch die meisten Vertreter*innen der IGs SPD-Mitglied waren, konnte bei kritischen Entscheidungen im Beirat immer die Parteidisziplin eingefordert werden.

Die zweite Kernforderung aus der aktivierenden Befragung betraf das Thema Bildung. 1973 besuchten nur drei Kinder einen Kindergarten und zwei Drittel aller schulpflichtigen Kinder waren auf der sogenannten „Sonderschule“ (heute Förderschule). Die Bewohner*innen wünschten sich deshalb einen Kindergarten und eine Hausaufgabenhilfe.

Da das Diakonische Werk die hierfür notwendigen Mittel nicht bereitstellte, gründeten im August 1973 Mitarbeitende des Diakonischen Werks und Studierende, die bei der Befragung mitgeholfen hatten, einen Verein zur pädagogischen Ergänzung der Gemeinwesenarbeit. Ein Team von ca. 25 Schüler*innen, Studierenden und einigen Lehrer*innen organisierte in einer Wohnung, die von der Stadt dafür zur Verfügung gestellt wurde, eine Hausaufgabenhilfe und Freizeitangebote für Schulkinder.

Diese Arbeit wurde von vielen im Team als politische Praxis betrachtet, als Anknüpfung an die „Randgruppenstrategie“, die insbesondere die pädagogische Arbeit mit benachteiligten Kindern propagiert hatte. Zusätzlich gab es Arbeitskreise, die theoretisch zu Themen wie Armut, Obdachlosigkeit oder Sprache als Herrschaftsmittel arbeiteten. Diese Aktivist*innen waren Teil einer undogmatischen Linken und sahen sich im Widerstreit mit den „K-Gruppen“. Ihr Treffpunkt war das unabhängige Jugendzentrum »Komik«. In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre bildeten sie den Kern der Anti-AKW-Bewegung in Gelsenkirchen.

Die pädagogische Arbeit expandierte schnell. Im Januar 1974 wurde eine Erzieherin eingestellt, die vormittags eine Kindergartengruppe betreute. Im Dezember 1975 nutzte der Verein zwei miteinander verbundene Wohnungen und zusätzlich wurde eine angrenzende Wohnung zum Jugendclub.

Um die Angebote weiter zu professionalisieren und auch dauerhaft finanziell abzusichern wurde 1977 in zwei weiteren Wohnungen im gleichen Gebäude ein Kindergarten für zwanzig Kinder eingerichtet. Aus der Hausaufgabenbetreuung wurde ein anerkannter Hort für Schulkinder. Damit gab es neben dem ehrenamtlichen Team zwei angestellte Erzieherinnen im Kindergarten und eine im Hort sowie eine*n wechselnde*n Sozialarbeiter*in in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) im Jugendclub. Die Arbeit hatte sich professionalisiert, die politische Sichtweise trat in den Hintergrund. Auch die meisten Teammitglieder der Anfangszeit waren nicht mehr dabei.

DIE AUFLÖSUNG

1985, nach mehr als zehn Jahren, entstand für die wenigen Verbliebenen aus der Anfangszeit und die vielen neu Hinzugekommenen, die Notwendigkeit zurückzuschauen.

Es war viel erreicht worden: Die Wohnsituation hatte sich fundamental verbessert. Fast alle Familien hatten mindestens zwei zusammengelegte Wohnungen. Die soziale Infrastruktur war besser als im Stadtteil. Es gab einen Kindergarten, einen Hort, einen Jugendclub und Erwachsenbildungsangebote. Der Verein hatte sich professionalisiert – vom Ehrenamt zu festangestellten Fachkräften.

Dem gegenüber stand die prekäre finanzielle Situation des Vereins. Um die Finanzierung abzusichern, mussten immer wieder neue Projekte gestartet werden. Auch die Gemeinwesenarbeiterstelle bestand nach dem Auslaufen der Landesförderung nur noch aus einer ABM. Die gravierenden sozialen Probleme bestanden fort: die immer noch feuchten Wohnungen, die Stigmatisierung durch den Wohnort, viele Kinder besuchten immer noch die „Sonderschule", es gab Teenagerschwangerschaften, Alkoholprobleme und Jugendkriminalität.

Hinzu kam ein demographischer Wandel in der Siedlung. Viele der Jugendlichen waren inzwischen ausgezogen und die Elterngeneration lebte in zu großen Wohnungen. Neueingewiesene türkisch-kurdische Familien hatten wenig Interesse an den Beteiligungsstrukturen.

Der gesellschaftliche Kontext hatte sich ebenfalls geändert. Die Zahl der Zuweisungen sank. Neue Konzepte sahen vor, dass die Stadt vor einer Zwangsräumung die Wohnung beschlagnahmte und die Mietkosten übernahm. Auf dem entspannteren Wohnungsmarkt war es selbst für große Familien leichter geworden, eine Wohnung zu finden. Es gab Leerstand in der Siedlung und die Zahl der Bewohner*innen hatte stark abgenommen.

Eine kritische Reflexion der Arbeit war überfällig. Nach mehr als 10 Jahren wurde im Team wieder über den gesellschaftlichen Kontext der Arbeit, über die Themen Armut, Obdachlosigkeit und Ausgrenzung geforscht und diskutiert. Das Ergebnis war eindeutig: In den 1970er Jahren waren die Bedingungen, um Obdachlosigkeit politisch zu verhindern, nicht gegeben. Deshalb stand die Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen in der Siedlung im Vordergrund. Die negativen Effekte aber, die sich in die Körper der Bewohner*innen einschrieben, bestanden fort.

Die „Selbstorganisation" war gescheitert. Mit der Vertretungsstruktur der Interessengemeinschaft war eine abgehobene, selbstreferenzielle „Funktionärsschicht" entstanden, die sich in ihrem „Sozialen Brennpunkt" schön eingerichtet hatte. Der Reflexionsprozess führte zu einem radikalen Schritt: Die Siedlung musste aufgelöst werden.

Hierzu wurde eine Strategie entwickelt, mit dem Ziel Mietwohnungen für die Bewohner*innen im Stadtteil zu finden. Weil die Interessengemeinschaft dem grundsätzlich ablehnend gegenüber stand, musste der Auflösungsprozess an ihnen vorbei organisiert werden. Das baulich schlechteste Gebäude, die Emmericher Straße 45 (E45), bot hierfür den Ansatzpunkt. Und es gab einen Anlass, um diesen Prozess so zu beginnen, dass er eine nicht mehr zu stoppende Eigendynamik erzeugte. Eine junge Familie wurde in die E45 eingewiesen, der Vater war als Jugendlicher selbst in dieser Siedlung aufgewachsen. Dies entsprach nicht den Absprachen mit der Stadt – niemand aus einer Obdachlosensiedlung durfte wieder in diese eingewiesen werden.

Wie aus dem Handbuch der Gemeinwesenarbeit nutzten wir den Skandal und die Regelverletzung als politisches Mittel. Die feuchte Wohnung war der Hebel. Es wurde eine vorgutachterliche Stellungnahme zu den unlösbaren Baumängeln und den damit verbunden gesundheitliche Gefahren eingeholt. Entgegen der Regel, dies zuerst im Beirat zu besprechen, wurde dieser Skandal mit einer Serie von Artikeln in den Lokalzeitungen im April 1986 unmittelbar öffentlich. Begriffe wie „menschenunwürdige Unterbringung" und „Ghetto" fielen. Stadtverwaltung, Beirat und IG tobten. Aber aufgrund des öffentlichen Drucks wurde ein Belegungsstopp für die E45 durchgesetzt und nach weiteren Auseinandersetzungen mit der Stadt schließlich für die gesamte Siedlung.

Der Verein forcierte das Tempo. Es wurden drei Sozialarbeiterinnen in ABM eingestellt, deren Aufgabe es war, Wohnungen für die Bewohner*innen zu finden. Anfang 1988 zog die letzte Familie aus. Die Siedlung wurde der städtischen Wohnungsbaugesellschaft übergeben, die die Häuser modernisierte und als Sozialwohnungen vermietete. Ein Resümee liefert ein Bewohner, der bei dem Ehemaligen-Treffen von der E45 formulierte: „Zurück in den Saustall – nie wieder".

Was hatten wir wirklich erreicht? Viele individuelle Verbesserungen für die ehemaligen Bewohner*innen, Wohnungen mit Heizung, keine stigmatisierende Adresse mehr und die Möglichkeit, in einem anderen Wohnumfeld neue Erfahrungen zu machen. Haben wir somit nicht letztendlich das getan, was wir eigentlich immer abgelehnt hatten: Die deklassierten Familien in den Stadtteil und damit in die Arbeiterklasse zurückgeführt?

► **Autor:** Jürgen Schulz hat von 1973–1988 in unterschiedlichen Funktionen in der Obdachlosensiedlung Scholven gearbeitet



DIE KARL-MARX-ALLEE

Ein politischer Boulevard

JOSEF KLEINE (TEXT UND FOTOS)

FRIEDEN IN FRIEDRICHSHAIN

Der zweite Weltkrieg hatte Berlin-Friedrichshain nach 1945 zur Brache gemacht. Kein Stein mehr auf dem anderen. Dafür eine Menge Schutt, aus dem man wieder Steine machen konnte.

Der Architekt Hans Scharoun und sein Team hatten den Auftrag, aus einer zerstörten Stadt eine neue zu bauen. Der Plan sah eine grundsätzliche gesellschaftspolitische und städtebauliche Neuordnung vor, die eine radikale Umstrukturierung des gesamten Stadtgebietes mit der Loslösung vom historisch gewachsenen Grundriss der Stadt einschloss. Teil dieser radikalen Neuordnung waren die Pläne für die vom Alexanderplatz nach Osten führende Bundesstraße. Nach Vorbild des Wohnungsbauprogramms im »Roten Wien« der 1920er Jahre sollten tausende Arbeiterwohnungen mit Innentoilette, fließend Warmwasser und viel Licht und Luft entstehen. Gebaut wurden lediglich zwei heute denkmalgeschützte Laubenganghäuser von Hans Scharoun, Ludmilla Herzenstein, Karl Brockschmidt und Helmut Riedel von 1949 bis 1951, dann wurde am 07. Oktober 1949 die DDR gegründet.

Aus der vom Planungskollektiv sogenannten »Wohnzelle Friedrichshain« wurde 1950 die »Wohnstadt Friedrichshain« und 1951 die »Wohnstadt Stalinallee«. Der „große" Genosse Stalin aus der UdSSR gab dem „kleinen" Genossen Ulbricht aus der DDR die „Empfehlung", sich bei der Bebauung der nach ihm benannten Stalinallee „auf nationale und regionale Bautraditionen" zu besinnen. Eine funktionalistische Architektur sei „bourgeois" und „dekadent", so hieß es. Mit „nationaler Bautradition" waren Kopien barocker Großmannssucht – auch »Sozialistischer Klassizismus« genannt – gemeint. Bei den „regionalen Traditionen" dachte man an den von Karl Friedrich Schinkel praktizierten Klassizismus. In den Porzellan- und Keramikmanufakturen Meissens wurden die Keramikfassaden Stein für Stein gebrannt. Die Architekt*innen um



NELLY LEDER – Aktivistin in Sachen Mieter*innenbetreuung. Sie gehörte zu einer Gruppe von fast ausschließlich Frauen, die sich Tag für Tag im Café Sybille trafen, um die Dynamik des Kampfes in Gang zu halten, um Fragen der Mieter*innen zu beantworten, beim Ausfüllen der Formulare beizustehen und um einfach Spaß miteinander zu haben. Bei unserem Treffen im Café Sybille spürte man das Glühen, als sie von den Ereignissen des Mieter*innenkampfes erzählte und die tiefe Freude diesen Kampf gewonnen zu haben.

Hermann Henselmann (dem Nachfolger Scharouns am architektonischen Dirigentenpult) entwarfen, ganz im Sinne der Empfehlungen aus dem Osten, Prachtbauten auf einem Prachtboulevard.

Währenddessen kloppten die Arbeiter*innen Steine in der Hoffnung, dass sie in den aus diesen Steinen gebauten Wohnungen später mal selber wohnen.

17. JUNI 1953

Auf der gesamten Breite des DDR-Alltags: Krise. Wenig Essbares hinter den Theken der Lebensmittelgeschäfte. Dafür lange Menschenschlangen vor den Lebensmittelgeschäften. Junge Familien wohnten bei ihren alten Familien, weil es keine Wohnungen gab. Eine stabile Überlebenstüchtigkeit ohne fremde Hilfe der Sowjetunion existierte in der DDR einfach nicht. Mit der Erhöhung der Arbeitsnormen um zehn Prozent bei gleichbleibendem Lohn wollte das ZK den wirtschaftlichen Schwierigkeiten begegnen. Als Empfehlung herausgegeben, handelte es sich aber faktisch um eine Anweisung, die in allen Volkseigenen Betrieben durchgeführt werden sollte und letztlich auf eine Lohnsenkung hinausgelaufen wäre.

Das sahen die Arbeiter*innen, die gerade rund um den Rosengarten am sozialistischen Prachtboulevard mit seinen Arbeiterpalästen werkelten, nicht ein. Zwischen dem ersten Grummeln um den 12.6.1953 herum bis zur endgültigen Niederschlagung des Aufstandes durch sowjetische Panzer am 17./18.6. entwickelte sich der Widerstand regional sehr unterschiedlich. Während die Friedrichshainer Arbeiter*innen mit stabilen Lebenshaltungskosten und Rücknahme der erhöhten Arbeitsnorm zufrieden gewesen wären, ging es den Arbeiter*innen aus den industriellen Ballungsgebieten um's große Ganze.

Am Ende des Aufstandes waren viele Tote zu beklagen. Einzig die Rücknahme der Erhöhung der Arbeitsnorm durch Politbüro und ZK waren auf der Habenseite des Aufstandes zu verzeichnen.



INGRID MÜHLHAUSER
Aktivistin und als Grafikerin an der visuellen Gestaltung des Widerstands beteiligt, zum Beispiel an der Produktion der Transparente. Sie war ein fester Bestandteil der Frauengruppe im Café Sybille. Sie hat nie am Erfolg des Kampfes gezweifelt. Als bekennende Ostalgikerin hat sie – und das ist wörtlich zu nehmen – genau von dieser/ihrer Wohnung in der Karl-Marx-Allee geträumt, für die sie 14 Tage später den Mietvertrag unterschrieben hat. Für Frau Mühlhauser ist dieser Kampf eingebettet in eine persönlichen Verantwortung für das Gemeinwohl.

30. OKTOBER 1961

Unmittelbar nach Stalins Tod im März 1953 begann in der Sowjetunion die Entstalinisierung, die mit der Verbannung von Stalins Mumie aus dem Leninmausoleum im Oktober 1961 seinen Abschluss fand.

Der Staatsratsvorsitzende der DDR, Walter Ulbricht, ein bekennender Stalin-Getreuer, tat sich sehr schwer damit, sein Vorbild von jetzt auf gleich in die Tonne zu treten. Um die eigene Karriere zu retten, blieb ihm aber nichts anderes übrig. Schon der Aufstand 1953 hatte seine Position schwer ins Wanken gebracht. Wollte Ulbricht weiterhin der Mächtigste in der SBZ sein, musste er sich ideologisch weit vom despotischen Georgier entfernen.

Im Oktober 1961 wurde die 4,80 Meter hohe Stalinstatue entfernt und die Stalinallee in Karl-Marx-Allee umbenannt.

07. OKTOBER 1989

Ein letztes Mal! Parade zum 40jährigen Bestehen der DDR auf der Karl-Marx-Allee. All die alten, misanthropischen Männer mit und ohne Kassengestell durften auf der Ehrentribüne den Insignien ihrer Macht – Soldaten, Panzer, Düsenjäger etc. ein letztes Mal zuwinken, bevor sie einen Monat später Geschichte wurden.

UND JETZT?

Als die Karl-Marx-Allee, vom Strausberger Platz bis zur Proskauer- und Niederbarnimstraße, im Dezember 1993 in Windeseile an die »Deutsche Pfandbrief- und Hypothekenbank« (DePfa) verkauft wurde, einigten sich alle Beteiligten auf einen Mieter*innenschutz in Form eines Mieter*innenbeirats.

Ab Januar 1994 bekamen alle Mieter*innen der 2.767 verkauften Wohnungen mit einem gültigen Mietvertrag bis Abschluss 22.12.1993 eine Klausel zugeschickt, die allen ein dauerhaftes Wohn- und – im Falle eines Verkaufs – ein Vorkaufsrecht für ihre Wohnung garantierte.



KAI SCHARNOWSKI wohnt seit Januar 2017 in der Karl-Marx-Allee. In der allerersten Wohnung, die er sich angeschaut hatte. Das gesamte Haus gehörte zu den ersten, die den Kampf gegen die »Deutsche Wohnen« aufnahmen und an denen die glühenden Stofflappen in rot und orange aus dem Fenster hingen. Da wussten die Bewohner*innen noch nicht, dass sich ihr Haus in einem Milieuschutzgebiet befand und die Kommune ein prinzipielles Vorkaufsrecht besaß.

Im Herbst 2018 plante die privatwirtschaftliche »Predac Immobilienmanagment AG« den Verkauf von 764 Wohnungen der Blöcke C-Nord, C-Süd, D-Nord und D-Süd an die »Deutsche Wohnen«. Es fehlten nur noch kleine Formalien. Den meisten der dort wohnenden Mieter*innen war sofort klar, was dieser Verkauf für sie und ihre Wohnungen bedeutet: Explodierende Mieten, Unsicherheit, Vernachlässigung der Bausubstanz. Man hört ja so einiges über Berlins größte Immobilienfirma.

Zusammen mit dem Mieterbeirat als organisatorische Speerspitze demonstrierten die Mieter*innen mit Transparenten, mit einstweiligen Verfügungen, mit dem Spiel auf der Klaviatur der Medien gegen diesen Verkauf. Als glückliche Fügung saß Bezirksstadtbaurat Florian Schmidt an den lokalen Hebeln der Macht. Und die Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher fand Rekommunalisierung auch gut.

Wie oben beschrieben, existierte bereits ein Vorkaufsrecht der Mieter*innen aus dem Jahre 1993, notariell im Oktober 2018 beglaubigt. Dieses Vorkaufsrecht galt nun für zwei Monate und die Kaufsumme musste komplett mit Eigenkapital bezahlt werden. 60 Mieter*innen kauften tatsächlich ihre Wohnung. Für die restlichen Mieter*innen entwickelten der Mieterbeirat, der Bezirksstadtbaurat, die »Investitionsbank Berlin« und das kommunale Wohnungsbauunternehmen »Gewobag« einen juristischen Zaubertrick – den gestreckten Erwerb: Die Mieter*innen kaufen ihre Wohnung unter Mithilfe eines Sekundenkredits der »Investitionsbank Berlin« und verkaufen sie in nächster Sekunde an die kommunale »Gewobag«. Knapp die Hälfte der Mieter*innen wollten es genauso machen. Damit würde der »Deutschen Wohnen« schon mal die Hälfte ihres ursprünglichen Kaufpakets fehlen. Der Block D-Süd war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr Verhandlungsmasse, weil er in einem Milieuschutzgebiet liegt und der Bezirk dort ein Vorkaufsrecht genießt.

Das Bezirksamt war auf die Unterstützung der Mieter*innen angewiesen.



ELLEN NÖTHEN wohnt seit 1981 in ihrer Wohnung in der Karl-Marx-Allee. Zusammen mit ihrer Freundin Frau Knappe nahm sie zwar aufgrund ihres Alters nicht aktiv an dem Mieter*innenkampf teil, die beiden verstehen sich aber als Sympathisantinnen. Durch den Vorstandsvorsitzenden des Mieterbeirats, Herr Bogedein, waren beide immer bestens über den Stand der Dinge informiert.

Es waren Formalien zu klären. Die erforderlichen Unterlagen konnten auf verschiedenen Wegen und zu verschiedenen Zeiten eingereicht werden. Vor Ort standen Mitglieder des Mieterbeirats, der Stadtbaurat, Mitarbeiter*innen der Stadtentwicklungsbehörde und die Aktivist*innen aus dem Café Sybille den Mieter*innen mit Rat und Tat zur Seite.

Die Hälfte der Mieter*innen reichte die geforderten Unterlagen ein. Damit verlor die »Deutsche Wohnen« die Mehrheit bei den Eigentümerversammlungen. Ihr Kaufwille erlahmte bis er schließlich ganz verschwand. Die »Deutsche Wohnen« verabschiedete sich aus den Kaufverhandlungen. Die »Gewobag« kaufte am 15.07.2019 die 680 Wohnungen der Blöcke C-Süd, C-Nord und D-Nord ohne das Konstrukt des gestreckten Erwerbs in einem ganz normalen Verfahren. Die 84 Wohnungen des Blocks D-Süd wurden als Bestandteil des Milieuschutzes rekommunalisiert.

Man könnte es, wäre man romantisch veranlagt, Magie nennen, was in der Karl-Marx-Allee passiert. Mieter*innen die ansonsten wenig bis gar nichts mit politischem Widerstand zu tun haben, zwingen einen milliardenschweren Investor zur Aufgabe. Politische Entscheider*innen auf verschiedenen Ebenen und ein Geldinstitut schlagen sich, ohne wenn und aber, auf die Seite des Widerstandes und experimentieren mit Recht und Gesetz in bisher unbekannter Weise. Wenn nach bisherigen Erfahrungen unvereinbar geltende Stränge zu einem Strang werden, das ist Magie.

▸ **Autor:** Josef Kleine lebt und arbeitet in Münster und ist Teil der Común-Redaktion
▸ **Fotos:** © Josef Kleine

EINE NEUE MIETER*INNEN-BEWEGUNG

Wie es dazu kam und was 2020 passieren könnte

MARTIN KRÄMER

Seit April 2019 wird medial viel von einer neuen Mieter*innenbewegung berichtet. Anlass dazu gaben vor allem zwei Ereignisse: Der bundesweites Aktionstag »Gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn« und der Start des Berliner Volksbegehrens »Deutsche Wohnen & Co enteignen« – beides Anfang April. In den anschließenden Wochen diskutierten Politiker*innen und Medien über Maßnahmen für bezahlbares Wohnen und zum ersten Mal überhaupt über Enteignung von Wohnungsunternehmen. Damit war es Mieter*inneninitiativen und Recht auf Stadt-Bündnissen gelungen, die bundesweite Debatte stark mitzubestimmen. Dieser Erfolg war kein Zufall sondern Ergebnis jahrelanger Aktivitäten gegen Verdrängung und steigende Mieten.

Die mediale Wahrnehmung der Proteste hatte allerdings länger auf sich warten lassen. Dabei sind steigende Mieten nichts Neues. Städte wie München, Hamburg oder Frankfurt waren schon vor über 10 Jahren von exorbitant steigenden Mieten betroffen. Einen öffentlichen Aufschrei oder große Proteste hatte dies bis dahin aber nicht hervorgerufen. Viele Betroffene blieben lange still und suchten nach individuellen Lösungen.

Wahrnehmbar wurden erste Proteste gegen Verdrängung und steigende Mieten in Hamburg 2009. In dem Jahr gründete sich dort das bundesweit erste Recht auf Stadt-Netzwerk. Ein wichtiger Auslöser dafür waren die Gentrifizierungsprozesse im Stadtteil St. Pauli. Schon 2010 demonstrierten hier 5000 Menschen unter dem Motto »Leerstand zu Wohnraum«, im Jahr darauf wurden Tausende mit dem damals neuen Slogan »#Mietenwahnsinn stoppen« mobilisiert. In den folgenden Jahren kopierten viele mietenpolitische Gruppen diesen Slogan, denn genau diesen Mietenwahnsinn erlebten nun zunehmend mehr Menschen, vor allem in den Metropolen.

MIETER*INNENINITIATIVEN WACHSEN

Bis zur „Verkündung“ einer real existierenden Mieter*innenbewegung war es allerdings noch ein weiter Weg, denn kollektiv geteilte Empörung ist noch kein erfolgreicher Widerstand. Dieser braucht gemeinsame Forderungen und das Gefühl, dass sich eine politische Auseinandersetzung lohnt. Eine Herausforderung für Mieter*innenproteste war und ist, dass jede*r Mieter*in individuell mietrechtlich gegen ihre*seine Vermieter*in vorgehen muss – selbst wenn sie gleiche Mietverträge mit derselben*demselben Vermieter*in haben. Die Aufgabe der stadtpolitischen Aktiven war es also, Kollektivität herzustellen und gesellschaftlichen Druck gegen den alltäglichen Mietenwahnsinn zu entwickeln. Dabei mussten viele Menschen über die „klassische Politszene“ hinaus mitgenommen werden. Insbesondere in Berlin entwickelte sich über die Jahre so eine vielfältige Mieter*innenbewegung. Diese entstand unter anderem durch die zahlreichen Mieter*inneninitiativen, die vor allem stadtpolitische Aktivist*innen in den vergangenen Jahren initiiert hatten. Beispielhaft genannt seien hier »Kotti & Co«, »Bizim Kiez«, das »Bündnis Otto-Suhr-Siedlung + Umgebung« oder der »Mieter*innenprotest Deutsche Wohnen«. Hier gelang und gelingt ein gemeinsames Agieren von politisch erfahrenen Aktivist*innen und ihren Nachbar*innen, die vorher nicht unbedingt protesterfahren waren. Diese Praxen des Widerstands gegen große Wohnungsunternehmen wie die »Deutsche Wohnen« haben inzwischen Eingang in das Alltagsverständnis vieler Berliner*innen gefunden: Mieter*innen fühlen sich in der ganzen Stadt ermutigt zu opponieren, sobald eine Zwangsräumung, Mieterhöhung oder Modernisierung angekündigt werden.



GROSSDEMOS UND BUNDESWEITE AKTIONSTAGE

Den inzwischen unzähligen Initiativen im gesamten Bundesgebiet fehlte lange Zeit noch das symbolische Zusammenkommen, um gemeinsame Forderungen zu stellen. Dies gelang erst im April 2018 als 25.000 Menschen in Berlin gegen Verdrängung und hohe Mieten demonstrierten. In den Monaten danach wurden in vielen Städten Demos organisiert, deren Teilnehmer*innenzahl die Erwartungen überstiegen: 2000 in Leipzig, 8000 in Hamburg, 11.000 in München und 9000 in Frankfurt.

Den lokalen Mieter*innenbewegungen wurde schnell bewusst, dass ihre lokale Arbeit zwar eine notwendige Voraussetzung für erfolgreichen Widerstand ist, aber nur bundesweite Proteste die Politik zum Handeln bewegen können. Wie dies funktionieren kann und mit welchen Forderungen, wurde in der Folge dort diskutiert, wo Mietaktivist*innen und stadtpolitisch Aktive zusammenkommen: auf der Konferenz des 2014 gegründeten »Netzwerks Mieten & Wohnen« und dem seit 2014 jährlich stattfindenden »Recht auf Stadt-Forum«.

Durch eine bisher noch lose Vernetzung gelang es Anfang 2019, Initiativen und Bündnisse mehrerer Städte auf den gemeinsamen dezentralen Aktionstag »Gegen Verdängung und Mietenwahnsinn« am 06. April zu vereinen. Dem Aufruf folgten stadtpolitische Gruppen aus 15 Städten. 55.000 Menschen nahmen daran teil. Unübersehbar aber blieb die Bedeutung des jahrelangen Aktivismus in Berlin. Denn dort kamen mit 40.000 Teilnehmenden mit Abstand die meisten Menschen zusammen. Zudem machte dort die frisch gestartete Kampagne für das Volksbegehren »Deutsche Wohnen & Co Enteignen« medial viel Furore.



NEUE AKTIONSBÜNDNISSE

In vielen Städten stehen stadtpolitischen Netzwerke noch am Anfang. Es gibt zwar nahezu überall Mieter*inneninitiativen aber nur wenige stadtweite Vernetzungen. Dennoch, so der Eindruck vieler stadtpolitischer Gruppen, macht eine bessere und frühzeitige Absprache zwischen den Initiativen in den verschiedenen Städten Sinn. So vereinbarten Mieterinitiativen und weitere stadtpolitische Gruppen auf einem Treffen im Sommer 2019, sich zukünftig intensiver auf weitere Proteste vorzubereiten und bundesweit auf gemeinsame Forderungen zu verständigen.

Mit einem Aufruf für einen erneuten Aktionstag am 28. März 2020 soll nun ein bundesweiter Protest mit gemeinsamen Forderungen an die Bundespolitik organisiert werden. Dazu wurde das Aktionsbündnis »Gemeinsam gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung« gegründet. Das Bündnis hat sich zum Ziel gesetzt, dezentral mit lokalen Themen auf die Straße zu gehen und gleichzeitig bundesweite Forderungen an die Politik zu stellen. Die konkreten Forderungen werden noch erarbeitet. Sie werden sich an den bereits auf der politischen Agenda stehenden Themen wie Bodenfrage, Mietendeckel, Regulierung bis Enteignung finanzmarktgetriebener Unternehmen und gemeinwohlorientiertes Bauen orientieren.

Fast zeitgleich konstituierte sich im September 2019 ein weiteres Aktionsbündnis: »Wohnen ist Menschenrecht«. An der Gründung wurde seit dem »Alternativen Wohngipfel« 2018 gearbeitet. Der Schwerpunkt dieses Aktionsbündnisses liegt auf Verbänden. Hier sind neben einzelnen Mieter*innennetzwerken der Mieterbund, der DGB und die Sozialverbände dabei. Es wurde bereits ein Forderungskatalog erarbeitet, der sich thematisch nicht übermäßig von dem unterscheidet, was das »Aktionsbündnis gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn« erreichen will.

Was die „Fusion" beider Bündnisse zu einem gemeinsamen großen Aktionsbündnis allerdings unwahrscheinlich macht, sind die unterschiedlichen Arbeitsweisen. Verbände agieren zwar nicht schneller als die stärker basisdemokratisch orientierten Mieter*inneninitiativen, aber die Unterschiede zwischen den jeweiligen Zeitressourcen und Kommunikationskulturen sind immens. Auch sind Verbände stärker auf die Politik und die Fachverbände bezogen, die vorrangig nach schnell umsetzbaren Lösungen suchen. Mieterinitiativen können sich dagegen erstmal stärker auf ein kategorisches NEIN beschränken.

Wie oben bereits erwähnt, sind die inhaltlichen Unterschiede in der Realität nicht unüberbrückbar. So wie das Aktionsbündnis der Initiativen an erstaunlich konkreten und umsetzbaren Lösungen arbeitet, fordern auch Verbände einen radikalen Wandel der Wohnungspolitik über die vermeintliche Realpolitik hinaus. Die Aufgaben, die sich beide Bündnisse gestellt haben, sind unterschiedlich, können sich aber gut ergänzen: Hier die lautstarken Proteste, dort das Wissen über rechtliche Möglichkeiten. Initiativen haben die Möglichkeit viele Mieter*innen zu erreichen, weil sie einen gemeinsamen Alltag teilen. Verbände haben die Kapazitäten der Politik umsetzbare Forderungen zu präsentieren.

RADIKALER NEUBEGINN IN DER WOHNUNGSPOLITIK?

So bleibt zu hoffen, dass die beiden Aktionsbündnisse, die sich teilweise sogar personell überschneiden, in der Lage sein werden, gewinnbringend zusammenzuarbeiten. Gegen milliardenschwere Immobilienverbände und neoliberale Scheinweisheiten wie „Bauen, bauen, bauen" muss schon eine starke Gegenmacht da sein, um die versteinerten Verhältnisse in der Wohnungspolitik zum Tanzen zu bringen. Und diese muss, wie sich zeigt, nicht nur das vermeintlich Machbare, sondern auch mal das scheinbar Unmögliche fordern: Nur die anscheinend abseitige radikale Forderung alle Berliner Großvermieter*innen zu enteignen, brachte die Politik in Bewegung. Um die furchteinflößende Enteignungsdebatte abzuwehren, schien der SPD auf einmal die Idee eines Mietendeckels nicht mehr DDR-like sondern das sanftere Mittel gegen den Mietenwahnsinn.

Ein nur auf Länderebene geltender Mietendeckel, wie er aktuell in Berlin debattiert wird, wäre wiederum nicht zu einem Gesetzentwurf gekommen, hätte es keine wissenschaftliche Studie gegeben, die genau dies als rechtlich möglich beschrieb: Es braucht also viele unterschiedliche gesellschaftliche Kräfte, damit sich wirklich etwas ändert. Von dieser Erfahrung sollten sich die Aktionsbündnisse inspirieren lassen. 2020 könnte so der Beginn eines radikalen Neubeginns der Wohnungspolitik werden.

▸ **Autor:** Martin Krämer, stadtpolitischer Aktivist u.a. bei »Recht auf Stadt Ruhr«, Mit-Koordinator des bundesweiten »Netzwerk Mieten und Wohnen« und aktiv im Aktionsbündnis »Gemeinsam gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung«

▸ **Illustration:** Rainer Midlaszewski unter Verwendung von Fotos von Simone Hutsch (unsplash.com)

VON SICHEREN HÄFEN UND SOLIDARITÄT IN DER WÜSTE

Plädoyer für strategischen Widerstand

JANIKA KUGE

Im Verlauf des Jahres 2019 haben sich mehr als 50 Städte in ganz Deutschland zu »sicheren Häfen« erklärt und der Trend hält weiter an. Damit umfasst das 2018 gegründete Städtebündnis nunmehr über 90 Gemeinden. Ziel des Netzwerks ist es, als Stadt direkt Geflüchtete aus den Rettungsbooten des Mittelmeers aufzunehmen und das sonst übliche Geschacher der Nationalstaaten zu umgehen. Ziel ist es aber auch, als Stadt explizit eine humane Migrationspolitik einzufordern und der Kriminalisierung von Helfer*innen entgegen zu wirken. Diese Politik wird also nicht „von höherer Ebene" eingefordert, sondern sie soll direkt und auf lokaler Ebene hergestellt werden. Kritiker*innen des Konzepts nennen das Symbolpolitik und Lippenbekenntnis. Damit haben sie sicherlich nicht ganz Unrecht: Es bleibt die Frage, welche Konsequenzen tatsächlich aus den warmherzigen Erklärungen resultieren werden. Ob dadurch mehr Menschen gerettet und direkt in die Städte aufgenommen werden könnten, ob dadurch humanitäre Helfer*innen weniger Kriminalisierung fürchten müssten, ist völlig unklar. „Wir können nicht als Gemeinde das deutsche Asylrecht aushebeln oder verändern", äußerte sich beispielsweise die Bürgermeisterin von Grafing, einer bayrischen Stadt, die sich zum sicheren Hafen erklärt hat. Doch genau hier irrt sie.

Rechte und Gesetze sind nicht in Stein gemeißelt, statisch und unbeweglich, sondern im Gegenteil: Sie sind dynamisch, komplex und in sich keineswegs widerspruchsfrei. Neben den Asylgesetzen oder dem Aufenthaltsrecht existieren auch noch viele weitere Rechtssysteme und Aspekte des Rechts, wie zum Beispiel das Grundgesetz, Menschenrechte, die Fürsorgepflicht von Eltern gegenüber ihren Kindern, die Schweigepflicht von Ärzt*innen und unzählige weitere.

Sie überlappen, untergraben und komplementieren einander – mit anderen Worten handelt es sich um einen Werkzeugkoffer mit Instrumenten, die von Menschen bedient und eingesetzt werden müssen, um ihre Wirkung zu entfalten. Wann und wie welches Rechtssystem relevant gesetzt wird, wann welches Instrument zum Einsatz kommt, ist durchaus Aushandlungssache. Aufenthaltsrecht ist ein möglicher Rahmen, mit dem ein Fall betrachtet werden kann, Familienrecht und Fürsorgepflicht ein anderer. Asyl- und Migrationsgesetze sind also kein Trumpf, der alle anderen Gesetze außer Kraft setzt, sondern ein gewisser Aspekt des Rechts – neben vielen weiteren. Indem also mehr und mehr Gemeinden in Deutschland sich dafür einsetzen, dass das Wichtigste an der Situation im Mittelmeer die Einhaltung der Menschenrechte wird, verändert das durchaus etwas am Asylrecht, weil es eben andere Aspekte des Rechtssystems für relevanter erklärt.



WAS WIR VON TUCSON LERNEN KÖNNEN, IST, DASS ES ABSOLUT ZENTRAL IST, NICHT VOR DEN RESTRIKTIVEN ZUSTÄNDEN EINZUKNICKEN, SONDERN GERADE DORT AKTIV ZU WERDEN.

Wenn eine Stadt sich zum sicheren Hafen erklärt, ist das vor allem eine Möglichkeit für die Zivilgesellschaft die lokalen Institutionen darauf hinzuweisen, dass die Erklärung auch tatsächliche Konsequenzen haben muss. Sie läuft sicherlich unter den derzeitigen Rahmenbedingungen Gefahr eine romantische Selbstbeweihräucherung zu bleiben, kann aber auch dazu dienen, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass die Dinge veränderlich und vom Engagement einer*eines jeden abhängig sind. Die Erklärung zum sicheren Hafen kann dazu einen diskursiven Rahmen schaffen, in dem Abschiebungen und Ausschluss zunehmend kritisch betrachtet werden – und das kann schließlich dazu führen, dass sich eine progressive Praxis durchsetzt. Es ist schön, wenn sich Städte zu sicheren Häfen erklären. Es ist nun an den Einwohner*innen einzufordern, dass diese Sicherheit auch aktiv hergestellt wird und zu skandalisieren, wenn dies nicht getan wird.

Ich schreibe diesen Beitrag aus Tucson, Arizona, einer Stadt in der Sonora-Wüste, rund 90 Kilometer von der Grenze zwischen den USA und Mexiko entfernt. Die Stadt ist Brennpunkt der amerikanischen Abschottungspolitik, wo täglich hunderte Migrant*innen durch Gefängnisse, Gerichte, Hilfsorganisationen und Notunterkünfte geschleust und beinahe täglich die toten Körper von Migrant*innen in der Wüste gefunden werden.

Arizona hat 2010 eines der restriktivsten Gesetze der USA gegen unautorisierte Einwanderung erlassen. Neben drakonischen Strafen für illegale Grenzübertritte beinhalten diese auch die Kriminalisierung von Helfer*innen, wenn diese zum Beispiel Wasserkanister und Essenspakete für Migrant*innen in der Wüste deponieren, um Schlimmstes zu verhindern. Genau hier findet allerdings auch Widerstand gegen das System statt: Jahrelang haben viele zivilgesellschaftliche Gruppen und Nichtregierungsorganisationen als Feuerwehr gegen eine grausame Grenzpolitik herhalten müssen. Sie haben unter rechtlich und praktisch sehr prekären Umständen Notfallschlafplätze, medizinische Grundversorgung, Rechtshilfe, Transport- und Suchoperationen in der Wüste und unzählige weitere Dinge organisiert – und so „der Grenze" die Stirn geboten. Seit Donald Trump an der Macht ist, hat sich die Situation an der Grenze – wie auch in der Stadt selbst – durch mehr Militär- und Polizeipräsenz nochmals verschärft. Seit Januar 2017 herrschen hier die strengsten aufenthaltsrechtlichen

WENN EINE STADT SICH ZUM SICHEREN HAFEN ERKLÄRT, IST DAS VOR ALLEM EINE MÖGLICHKEIT FÜR DIE ZIVILGESELLSCHAFT DIE LOKALEN INSTITUTIONEN DARAUF HINZUWEISEN, DASS DIE ERKLÄRUNG AUCH TATSÄCHLICHE KONSEQUENZEN HABEN MUSS.



Poster zur Sanctuary City-Kampagne 2019 in Tucson

Gesetze in der Geschichte der USA. Umso überraschender die Tatsache, dass Tucson unter den aktuellen politischen Rahmenbedingungen im November 2019 über eine mutige Verordnung abstimmt, die offen einen ganz anderen Tonfall anschlägt als die nationale oder die bundesstaatliche Ebene.

Die »Tucson Families Free and Together«-Verordnung würde Tucson zu einer Solidarity (oder auch Sanctuary) City machen. Sie sieht vor, die Zusammenarbeit lokaler Behörden mit der Grenzpolizei radikal einzuschränken und dadurch gezielt Abschiebungen zu verhindern. Polizeibehörden und andere städtische Institutionen sollen dazu angehalten werden, den Aufenthaltsstatus ihrer Einwohner*innen nicht zu kontrollieren (mit Ausnahme von Personen, denen schwere Straftaten vorgeworfen werden). Besondere Betonung liegt auf der Einhaltung der Menschenrechte und dem Grundsatz der amerikanischen Verfassung, dass alle Menschen gleichwertig geschaffen seien. Die »People´s Defense Initiative« (PDI) hat es im Januar 2019 geschafft die nötigen 18000 Unterschriften zu sammeln, um die Vorlage zur Abstimmung zu bringen. Die Chancen, dass die Verordnung die Abstimmung gewinnt, stehen nach Einschätzung einiger Mitglieder der Initiative und des Stadtrats nicht schlecht. Sollte sie aber negativ beschieden werden, so hätte die Initiative es dennoch geschafft den lokalen Diskurs um die Rolle und Verantwortung der Stadt gegenüber ihren migrantischen Einwohner*innen neu zu bestimmen und – weit über Tucson hinaus – zu zeigen, dass die Grenzpolitik der Trump-Regierung keinesfalls Konsens und zudem lokal verhandelbar ist. Besonders eindrücklich ist dies, weil der Gesetzesvorschlag aus einer Stadt kommt, in der die sogenannte „Migrationskrise“ harter Alltag ist. Anstatt aber deswegen besonders restriktiv gegen Migrant*innen, oder besonders kooperativ mit der Grenzpolizei zu sein, formiert sich lauter und offener Widerstand, der Fakten gegen dieses Grenzregime schafft. Mittel der Initiative ist es unbequem zu sein, und das Ziel die Zustände herauszufordern, anstatt sie hinzunehmen, eine prominente Position im Aushandlungsprozess um Asyl- und Migrationsrecht zu beziehen.

Natürlich sind die rechtlichen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen ganz anders als in Deutschland und Europa. Was wir aber von Tucson lernen können, ist, dass es absolut zentral ist, nicht vor den restriktiven Zuständen einzuknicken, sondern gerade dort aktiv zu werden. Ist es nicht erstaunlich und tröstlich, dass nicht nur dort, wo es bequem ist Solidarity/Sanctuary Cities entstehen, sondern auch dort, wo die Situation besonders aussichtslos erscheint?

Was genau eine Solidarity City ist, ist schwer zu definieren: Es handelt sich hierbei nicht um ein fixes Konzept, sondern um die Grundidee eines solidarischen Zusammenlebens gleichwertiger Menschen in einem Gemeinwesen, die in der Praxis natürlich auch unterschiedlich ausfallen kann. Diese Idee ist im Moment besonders politisch aufgeladen, weil die aktuellen Zustände sehr stark von ihr abweichen. Gerade wegen dieser Abweichung sind die Möglichkeiten und Wege der Veränderung sehr vielfältig – wenn auch nicht einfach. Mit anderen Worten: Wie man von den aktuellen Umständen in den Städten und Gemeinden zur Solidarity City-Utopie gelangen kann, ist noch offen und ein Feld strategischer Politik, das wir gezielt und aktiv steuern müssen. Ob eine Selbsterklärung zum sicheren Hafen ein Schritt in Richtung Solidarity City bedeutet, bleibt dann ganz davon abhängig, wie diese Erklärung praktisch mit Bedeutung gefüllt wird. Zumindest produzieren die Städte auf diese Weise eine argumentative Grundlage, auf der man Abschiebungen, Rassismus und andere „Unsicherheiten“ des städtischen Hafens deutlicher skandalisieren kann.

► **Autorin:** Janika Kuge ist akademische Mitarbeiterin an der Humangeographie der Uni Freiburg und im Netzwerk Solidarity Cities aktiv (janika.kuge@geographie.uni-freiburg.de)

► **Zum Weiterlesen:**
▹ www.peoplesdefenseinitiative.org/news/campaigns/tucson-families-free-and-together/
▹ www.potsdam.de/sites/default/files/documents/2019_06_03_potsdamer_erklaerung.pdf
▹ www.solidarity-city.eu

SELBSTVERWALTETES WOHNEN IM GROSSEN MASSSTAB

Die »Communauté Milton Parc« in Montreal
Interview mit Mitbegründer Dimitri Roussopoulos

FLORIAN KASISKE

Mitten im Zentrum von Montreal liegen ein paar ruhige Straßen mit Bäumen und zwei bis dreigeschossigen Wohnhäusern aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Was von außen unscheinbar wirkt, ist eine Oase inmitten einer gentrifizierten Stadt: Eine Nachbarschaft, die dauerhaft dem Markt entzogen ist und von den Bewohner*innen selbstverwaltet wird. Mehr als 1500 Menschen aus über 50 Ländern mit geringen und durchschnittlichen Einkommen haben in Nordamerikas größtem genossenschaftlichem Wohnprojekt eine Bleibe gefunden. Ende der 1960er Jahre sah die Perspektive der Bewohner*innen von »Milton Parc« noch ganz anders aus. Eine Immobilienfirma wollte das gesamte Viertel abreißen, um Platz für teure Hochhäuser zu machen. Dagegen formierte sich Widerstand. Nachbar*innen schlossen sich im »Milton-Parc Citizens' Committee« (MPCC) zusammen.

Beeinflusst durch den libertären Kommunalismus Murray Bookchins haben sich die Bewohner*innen für eine dezentrale Struktur entschieden. Die Selbstverwaltung von Milton Parc läuft über 16 Kleingenossenschaften und sechs Non-Profit-Organisationen. Diese bilden die Föderation »Communauté Milton Parc« (CMP). Sie wird durch einen bindenden sozialen Vertrag zusammengehalten. Der CMP gehört der gesamte Grund und Boden, die Genossenschaften und Non-Profit-Organisationen besitzen die Gebäude. Kauf und Verkauf der Gebäude sind dadurch unmöglich. Außerdem müssten 90 Prozent der Mitglieder der CMP zustimmen, wenn eine Genossenschaft austreten will. Delegierte der Mitgliedsgenossenschaften und der gewählte Verwaltungsrat entscheiden gemeinsam über die Organisation der Gemeinschaftsflächen oder über technische Fragen. Abgesehen davon ist jede Genossenschaft und jede Non-Profit-Organisation selbst für ihre Belange verantwortlich.

»Milton Parc« soll langfristig Menschen mit geringen und mittleren Einkommen offenstehen. Wer in »Milton Parc« einziehen will, muss einer von drei Kategorien entsprechen: Unter Kategorie A fallen Menschen, die auf soziale Hilfen angewiesen sind oder Rentner*innen. Kategorie B umfasst alle, die höchstens 125 Prozent des Einkommens verdienen, das in Kanada ein geringes Einkommen markiert (Low Income Cut-off). Alle, die nicht in die ersten beiden Kategorien fallen und deren Einkommen niedriger ist als das Kanadische Durchschnittseinkommen, fallen unter Kategorie C.

Dimitri Roussopoulos ist Community Organizer, Autor und Mitgründer von »Milton Parc«. Im Interview erzählt er, wie es gelungen ist, »Milton Parc« als selbstverwaltete, dem Markt entzogene Nachbarschaft durchzusetzen und wie es gelingt, sie zu organisieren.

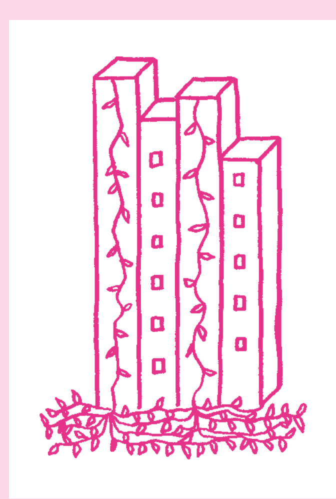


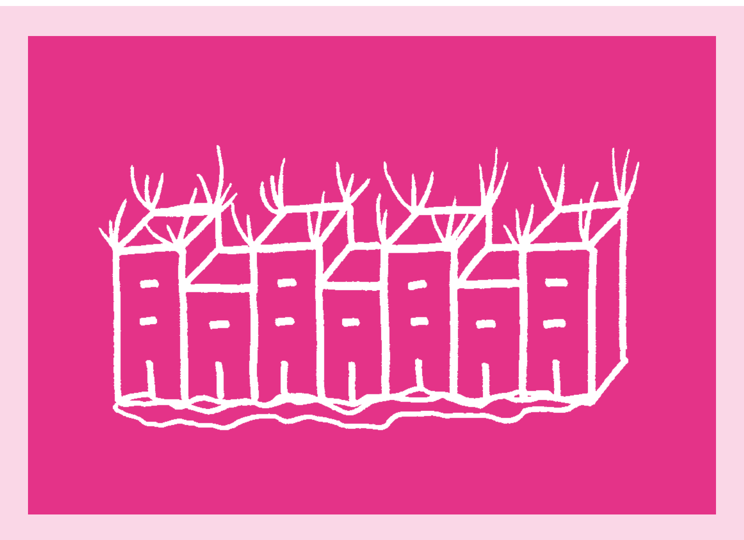
Was waren die entscheidenden Gründe, warum ihr den Kampf um »Milton Parc« gewonnen habt?

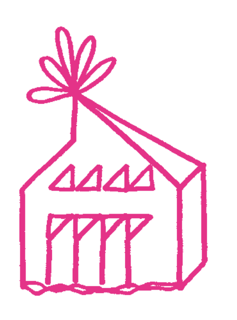
Wir haben das »Milton Parc Citizens Comittee« 1968 gegründet. Von da an bis 1972 ging es in der ersten Phase des Kampfes darum, das innerstädtische Viertel mit allen seinen sechs Häuserblocks zu retten. Aber wir waren bis zu diesem Punkt nicht erfolgreich. Daher starteten wir nach einer Pause noch einmal neu, dank dem kompromisslosen Beharren der Community Organizerin Lucia Kowaluk. Wir gründeten Straßenkomitees, um den wachsenden Verkehr in den Wohnstraßen [Anmerkung FK: infolge der beginnenden Abriss- und Bauarbeiten] zu reduzieren. Im Zusammenhang mit diesem Kampf stellten wir wieder die Frage nach Wohnraum – wir forderten gemeinwohlorientierten genossenschaftlichen Wohnraum. Unsere Nachbar*innen kamen wieder zusammen. In der ersten Phase hatten wir breite Unterstützung von verschiedenen sozialen Bewegungen und auch einer Gewerkschaft der Bauindustrie. Auf dieser Basis bekamen wir Unterstützung von Leuten, die im Denkmalschutz engagiert waren und die Architektur der Häuser erhalten wollten. Was uns verband, war unsere Vision einer kooperativen Gemeinschaft in einer genossenschaftlich organisierten Gesellschaft.

Warum habt ihr euch für ein Modell aus kleinen Genossenschaften statt einer großen entschieden?

Erstens wollten die libertären Radikalen unter uns keine große Genossenschaft, in der Leute verloren gehen können. Zweitens hatte die Föderation aus 22 Kleingenossenschaften und Non-Profit-Organisationen ihre Wurzeln in Kooperativen, die aus persönlicher Nähe entstanden sind – Leute, die zusammenarbeiten wollten.







Wie kamen die Genossenschaften zusammen und wie arbeiten sie?

Leute im Viertel wurden ermutigt, sich selbst in Genossenschaften auf der Basis von persönlicher Verbundenheit zu organisieren. Die ersten Genossenschaften haben sich auf diese Weise selbstständig gegründet. Bei den anderen brachten Community Organizer*innen die Leute zusammen. Sie sprachen mit ihnen über über unseren Erfolg und darüber, wie eine Genossenschaft organisiert werden kann und wie sie arbeitet. Die Genossenschaften von Milton Parc arbeiten auf der Basis von Selbstverwaltung. Es war ein weitgestecktes Ziel und es bedeutete harte Auseinandersetzungen mit Einigen, die Privateigentum wollten, aber am Ende haben wir das Ziel erreicht.

Was ist die Rolle der Non-Profit-Organisationen und wie arbeiten sie innerhalb der Milton Parc-Föderation?

Die Non-Profit-Organisationen sind für Menschen, die nicht aktiv an der Selbstverwaltung teilhaben können oder wollen – sei es aufgrund von Krankheiten oder weil sie einfach alleine in kleinen Wohnungen wohnen wollen. In diesen Organisationen gibt es einen Vorstand, der sich aus Sozialarbeiter*innen, Vertreter*innen des Viertels und ein oder zwei Bewohner*innen zusammensetzt (wenn sich welche finden die das wollen). Er wird einmal im Jahr gewählt in einer Versammlung aller Bewohner*innen der Organisation.



Mit welchen Problemen seid ihr bei der Selbstorganisation konfrontiert und wie geht ihr damit um?

Jedes Mitglied einer Genossenschaft ist per Vertrag verpflichtet, monatlich sechs bis acht Stunden ehrenamtlich für die Genossenschaft zu arbeiten. Alle Mitglieder müssen an den Versammlungen der Genossenschaft teilnehmen – wenn sie nicht einen triftigen Grund haben, warum sie nicht können. Mitglieder, die sich darüber hinaus einbringen, können dafür ihre monatliche Miete reduzieren. Diejenigen, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, können aus der Genossenschaft ausgeschlossen werden. Sie verlieren ihre Vorteile und ihr Recht, mitzuentscheiden.

Ihr habt euch mit eurem Erfolg nicht zufrieden gegeben und anders als viele andere Hausprojekte weiter für selbstorganisierte Räume in der Stadt gekämpft. Kannst du uns hiervon erzählen?

Eine lange Auseinandersetzung, die in einem Teilerfolg endete, gab es um um die Wohnsiedlung »Benny Farm«. Dort wurden gemischte Eigentumsformen erreicht, das heißt Genossenschaften, Non-Profit-Organisationen und zum Teil Wohnhäuser in Privatbesitz. Die politische Klasse ist entschlossen, ein zweites Milton Parc zu verhindern. Wir hatten viele lokale Kämpfe um Autoverkehr, Grünflächen, die Verhinderung von Abrissen hier und da. Die meisten dieser Kämpfe waren erfolgreich. Jetzt gerade versuchen wir gleich nebenan von Milton Parc ein großes Stück Land zu transformieren, wo ein Krankenhaus stand, das geschlossen wurde. Wir wollen eine Verwaltung durch Genossenschaften und einen großen Land Trust durchsetzen, wie in »Milton Parc«.

Was sind in deinen Augen momentan die Herausforderungen für die Recht-auf-Stadt-Bewegungen?

Erstens: Jetzt, wo mehr und mehr Menschen über land trusts sprechen, müssen wir erreichen, dass diese sich gegen Privateigentum und Bodenspekulation richten und dass sie auf gemeinschaftlichem Besitz basieren. Diese radikale Definition von land trusts durchzusetzen ist zentral.



Zweitens: Damit müssen wir die Frage der Munizipalisierung der Stadt und des städtischen Bodens vorantreiben. Aller Grund und Boden sollte in gemeinsamem Besitz sein. Nur die Gebäude darauf sollten Privateigentum sein können. Das wird den marktliberalen Kapitalismus schwächen. Drittens müssen wir parallel zu den offiziellen politischen Entscheidungsstrukturen Bürger*innenversammlungen ins Leben rufen. Dadurch gehen wir Schritte in Richtung einer dualen Macht in der Stadt. Wir hatten eine erste solche Versammlung im November 2018 und eine zweite im April 2019 mit mehr als 400 Menschen, die jetzt eine Bürger*innenversammlung am 28. September organisieren. Wir haben eine leuchtende Zukunft vor uns!

▸ **Das Interview führte** Florian Kasiske. Er ist aktiv im Hamburger Recht auf Stadt Netzwerk
▸ **Weitere Infos:** www.miltonparc.org/wp-content/uploads/2017/03/French.pdf
▸ **Zum Weiterlesen:** Hawley, Josh; Roussopoulos, Dimitrios I. (2019): Villages in cities. Community land ownership, cooperative housing, and the Milton Parc story. Montreal: Black Rose Books.
▸ **Illustrationen:** Milena Prekodravac

„ICH WILL, DASS DIE WOHNUNG EIN MENSCHENWÜRDIGER ORT IST“

Interview mit Sinthia Arefin von der »London Renters Union«

FELIX

Sinthia Arefin ist feministische Künstlerin, in Bangladesch geboren und aufgewachsen und Betroffene der berüchtigten »Section 21«-Zwangsräumungen (unverschuldete Räumungen) in London. Sie ist Aktivistin bei der »London Renters Union«, einer Basisorganisation, die für die Rechte von Mieter*innen und gegen Zwangsräumungen kämpft. Das Interview wurde im Rahmen des Treffens der European Action Coalition (06.–09. Juni 2019) in Berlin geführt, bei dem rund 60 miet- und stadtpolitische Aktivist*innen aus vielen europäischen Städten dabei waren.



Seit 2015 wurden 140.000 Mieter*innen auf Grundlage von Section 21 zwangsgeräumt. Du bist auch Betroffene einer solchen Zwangsräumung. Was war der Grund für die Räumung?

Ich erwischte meine Vermieterin, wie sie mit ihrem eigenen Schlüssel in meine Wohnung kam und beschwerte mich, dass sie nicht hereinkommen kann, ohne mich vorher zu benachrichtigen. Das steht im Mietvertrag. Sie antwortete: „Es ist mein Haus, ich kann jederzeit reinkommen“. Doch als Mieterin habe ich ein Recht auf Privatsphäre, das sie nicht respektiert hat. Es gibt im Wohnungsgesetz den Artikel [Section] 21, der es Vermieter*innen ermöglicht, ohne Angabe von Gründen räumen zu lassen. Das nennen wir ‚no-fault eviction' (unverschuldete Räumung). Dagegen kämpfen wir, die »London Renters Union«, schon seit langem und wir kämpfen, bis Section 21 verboten ist.

Was geschah am Tag deiner Räumung?

Die Vermieterin kündigte mein Wohngeld, indem sie der zuständigen Behörde ein gefälschtes Dokument übergab. Dann stellte sie Strom und Gas ab. Ich hatte solche Angst, dass ich die Polizei rief. Die sagte: „Du musst jetzt gehen. Es ist ihr Eigentum, sie kann dich jederzeit räumen lassen.“ Ich hatte solche Angst, dass ich das Grundstück um sieben Uhr morgens verlassen habe. Ich ging direkt zur Behörde und habe gefragt: „Wer kann helfen, wenn meine Vermieterin mich räumen will?“ Es hat zwei Tage gedauert, bis ich eine Person zu sehen bekam, die mir gesagt hat: „Du musst einen Antrag auf Obdachlosenhilfe stellen.“

Weißt du, wo ich die Nacht verbracht habe? In der Notaufnahme vom Krankenhaus. Am nächsten Tag ging ich los, um den Antrag zu stellen und sie sagten mir, dass sie mir eine Notunterkunft in einem Hotel geben könnten. Du würdest nicht glauben, wie ich von den Hotelleuten behandelt wurde. Sie sagten: „Wenn du zuviele Fragen stellst, werfen wir dich aus dem Hotel.“

Fühltest du dich als Woman of Color diskriminiert?

Ständig. Mir wurde kein Respekt entgegengebracht. Von allen wurde ich mies behandelt: Von der Vermieterin, den Behörden, der Polizei bis hin zu den Hotelangestellten. Zwei Nächte lang blieb ich völlig ruhig und rief dann bei der »Union« an. Dort sagte mir jemand: „Sinthia, wenn du das Hotel verlässt und zurück ins Krankenhaus gehst, wird dir die Behörde sagen, dass sie dir eine Notunterkunft gegeben haben und du sie nicht akzeptiert hast. Damit wälzen sie die Verantwortung auf dich ab. Halte eine Nacht durch und geh Montagmorgen direkt zur Behörde und erzähle ihnen, wie du im Hotel behandelt wurdest“. Also bin ich Montag dahin gegangen und habe ihnen alles erzählt, doch es war ihnen egal.

Ich war aufgebracht und verzweifelt. Wenn du sowas durchmachst – die ständige Schikanierung durch deine Vermieter, eine Räumung – dann bist du verletzlich und erwartest Mitgefühl von anderen Menschen. Und wenn du dann so mies behandelt wirst, verlierst du jede Hoffnung.

Nach diesem Montag wurde ich von den Behörden in eine Notunterkunft gebracht. Dort begannen neue Schikanen und ein neuer Kampf.



Was ist dort passiert?

Ich bekam ein Zimmer mit eigener Toilette, die Küche wurde mit anderen in der Unterkunft geteilt. Ich bin eine alleinstehende Frau und sie kamen mit ihren Schlüsseln in mein Zimmer, während ich schlief. Sie respektierten meine Privatsphäre nicht. Sie sagten, es sei eine Verordnung, sie müssten zwei bis drei Mal pro Woche eine Kontrolle machen. Ich wollte diese Anweisung schriftlich sehen, ich habe mich beschwert und die »Union« hat eine E-Mail geschickt. Doch es kam keine Antwort.

Und es gab ein Wasserleck in der Decke der Küche. Ich habe mich so oft beschwert, dass sie die Decke abdichten müssen. Die Vermieter kümmerten sich aber trotz der vielen Beschwerden nicht um die Reparatur. Da lebte ich schon fünf Monate in der Unterkunft. Eines Nachmittags wusch ich meine Kleidung und aus dem Nichts fiel mir der Teil der Decke auf den Kopf, durch den das Wasser jeden Tag getropft war. Ich kam ins Krankenhaus. Seitdem leide ich körperlich. Ich habe Schmerzen im Nacken und in der Schulter. Es beeinträchtigt mein Gleichgewicht und ich habe Schwindel und ständige Rückenschmerzen. Meine Glieder und andere Gelenke, sogar mein Hals, sind an manchen Tagen blockiert.

Ich hatte so oft die Reparatur eingefordert und sie haben noch nicht einmal geantwortet. Und nun passierte mir das und während ich leide, bekommen die Vermieter weiter Geld. Niemand wurde je zur Rechenschaft gezogen, und es hat sich nie jemand bei mir entschuldigt.

Wenn ich mit meinen Nachbarn sprach und ihnen sagte, dass wir alle die gleichen Probleme haben und ob sie nicht der »Union« beitreten und mit mir gemeinsam eine Beschwerde einreichen wollen, antworteten sie: „Sinthia, bitte, zieh uns nicht mit hinein“. Sie hatten Angst, das Dach über ihrem Kopf zu verlieren, wenn sie sich beschweren.

Ich hatte diese Angst auch, aber ich musste gegen diese Ungerechtigkeit kämpfen, um mir selbst sagen zu können, dass ich versucht habe, es zu ändern.

Wie viel hat die Behörde für die Unterkunft gezahlt?

Für mein Zimmer zahlten sie 165 Pfund pro Woche. Das ist eine Menge Geld, öffentliches Geld, das sie all diesen schlechten Vermieter*innen geben. Ganz egal, in welchem Zustand die Häuser sind.

Wie wohnst du jetzt?

Im Moment bin ich in einem neuen Gebäude, in das mich die Behörde letzten Monat gebracht hat. Es handelt sich um eine Erdgeschosswohnung, in der es ebenfalls Probleme gibt. Mein Boiler ist mehrmals ausgefallen und dann habe ich tagelang kein Warmwasser oder Heizung.

Hat die »Union« dich in dieser Zeit unterstützt?

Ich habe keine Familie in England. Als ich im Krankenhaus war, waren nur meine Freunde aus der »Union« bei mir. Die Unterstützung war wie von einer Familie: „Wir wissen, dass du viel durchgemacht hast. Du bist nicht allein in deiner Not, wir halten zusammen“. Das gab mir so viel Hoffnung. Wenn ein neues Mitglied zu unseren Meetings kommt, sage ich ihm, dass ich seine Probleme noch nicht kenne, aber so wie die »Union«, meine Familie, mich unterstützt hat, so werden wir auch dich unterstützen.

Wie bist du Mitglied geworden?

Im Juni 2018 fand vor der Stratford Station eine Aktion statt, um mehr Mitglieder für die »Union« zu gewinnen. Eine Frau spielte eine Vermieterin und die Leute haben mit Wasserschwämmen auf sie geworfen, um ihren Stress und die Traumata loszuwerden. Es war sehr lustig und viele Leute sind, so wie ich, der »Union« beigetreten.

Wie ist die »Union« organisiert?

Wir haben derzeit 1.500 Mitglieder in ganz England und drei aktive Zweige in London. Es gibt zwei bezahlte Organisator*innen, alle anderen sind Freiwillige. Wir halten zusammen und das ist unsere Stärke. Der Beitritt zur »Union« gab mir verlorenes Vertrauen zurück.

Wir schreiben Briefe an Vermieter*innen, wenn sie ihrer Verantwortung nicht nachkommen. Wenn sie nicht reagieren, machen wir eine Demonstration vor ihrem Büro oder wenden uns an lokale Behörden oder Abgeordnete.

Wir hatten auch Erfolge, zum Beispiel das Verbot der Maklergebühr. Jedes Mal, wenn du zu einer Vermietungsagentur gingst, nahmen sie bis zu 1000 Pfund als Vermittlungsgebühr. Jetzt haben wir eine neue Gesetzgebung und Agenturen dürfen keine Gebühren mehr von Mieter*innen einfordern. Das ist einer unserer großen Erfolge, würde ich sagen. Ich glaube, dass es mit unserer kollektiven Arbeit, unserer Kampagne, sehr bald ein Verbot von »Section 21«, geben wird.

Was ist deine Vision, wie sollte das Wohnen organisiert sein?

Ich will nicht, dass Wohnen luxuriös ist wie in einem Palast. Ich will, dass die Wohnung ein menschenwürdiger Ort ist, in dem die Menschen einfach leben können. Derzeit ist es, egal wie schlecht der Zustand der Wohnung ist, am Ende der Woche bekommt der Vermieter das Geld. Sie werden reich mit unserer Not. Wenn ich Leute treffe, mit der gleichen Art zu denken, so wie euch hier in Berlin, dann fühle ich mich so verbunden und kraftvoll. Wir kämpfen für die gleiche Sache. Die Kraft liegt in unserem Zusammenhalt, diese Kraft ist unsere Stärke und damit werden wir zurückschlagen.

»SECTION 21«-RÄUMUNGEN

Gegenwärtig erlaubt Artikel 21 des Housing Acts (Wohnungsverordnung) von 1988, dass Vermieter*innen Wohnungen ohne Angabe von Gründen räumen können. Das befördert Räumungen mit Rachemotiv, bei denen Mieter*innen ihre Wohnung verlieren, weil sie Reparaturen verlangt oder Beschwerden eingereicht haben.

Seit 2015 sind rund 140.000 Mieter*innen Opfer von »Section 21«-Räumungen geworden. »Section 21« ist die Hauptursache für Obdachlosigkeit in England. Nach der Kampagne eines Bündnisses von Mietergewerkschaften und stadtpolitischen Gruppen hat die Regierung beschlossen den Artikel abzuschaffen. Doch solange er nicht endgültig abgeschafft ist, können sich Vermieter*innen darauf berufen. Die Renters Union kämpft nun darum, dass Section 21 sofort außer Kraft gesetzt wird.

► **Autor:** Das Interview wurde geführt von Felix, der beim Berliner Bündnis »Zwangsräumung Verhindern« aktiv ist
► **Weitere Infos:**
▹ London Renters Union: https://londonrentersunion.org
▹ European Action Coalition: https://housingnotprofit.org

NEIN, EURE SUPPE ESS ICH NICHT

Widersprüche und Nebenwirkungen widerständiger Praxis im Kunstraum mo.ë (Wien)

ALISA BECK UND MARIE-CHRISTIN RISSINGER

> „Die Gegend rund um den Yppenplatz […] ist schon seit Langem Zielort einer investorengetriebenen »Aufwertung« in Form von Um-, Aus- und Neubauten und einer damit einhergehenden Verdrängung von leistbarem Wohn-, Arbeits- und Kulturraum. Aktuell zeigt sich diese Entwicklung, die aufgrund der hohen Renditen für Investoren immer weitere Teile Wiens erfasst, am Kunstraum mo.ë […]. Seit über 5 Jahren ist das mo.ë […] als Werkstätte, Experimentierfeld, Veranstaltungsort und Treffpunkt für Kunst- und Kulturschaffende bekannt. […] Nun droht die Entmietung: Der Immobilienentwickler Vestwerk […] plant das Gebäude zu sanieren, die Räumlichkeiten in luxuriöse Lofts und Townhouses umzubauen und im Eigentum weiterzuverkaufen. […] Doch das mo.ë hat sich entschlossen zu bleiben". (Radio dérive 2016)



Nach Ablauf eines Mietvertrages in Räumlichkeiten zu bleiben, hat im Gegensatz zur Besetzung einen entscheidenden Vorteil: Die Polizei darf nicht räumen, solange der strittige Mietrechtsfall nicht vor Gericht geklärt ist – und: Gerichtsverfahren können dauern. In den folgenden eineinhalb Jahren durften wir lernen, wie viel Arbeit es bedeutet virtuelle in greifbare Unterstützung zu transformieren und wie viele Widersprüche sich im Zuge widerständiger Praxis auftun.

Wie viele selbstorganisierte Kunst- und Kulturräume war auch das mo.ë schon mehrmals totgesagt. Um aber ein Missverständnis gleich auszuräumen: Das mo.ë war keine Zwischennutzung. Es kam nicht selten vor, dass es Menschen ganz fürchterlich überraschte, dass es diesen Raum noch immer gibt. „Ich habe gar nicht gewusst, dass…" sollte dann auch ein wiederkehrender Satz sein, als es darum ging, die Anliegen und Hintergründe zu kommunizieren, die uns dazu bewogen, den Auszug aus den Räumlichkeiten zu verweigern.

> „Es stimmt: Kunstinitiativen versulzen nach einigen Jahren. Abhauen, Zelte abbrechen und was Neues beginnen kann richtig und wichtig sein, nur eben nicht gerade dann, wenn es einer Immobilienfirma in den Kram passt, und auch dann nicht, wenn ein Mietvertrag endet. Obsessive Besessenheit mit dem Gebot der Regelbefolgung ist eine der schlimmsten kleinbürgerlichen Sünden." (Jödicke 2016)

DAS KALKULIERBARE MISSVERSTÄNDNIS MIT DER ZWISCHENNUTZUNG

Während des Mietrechtsstreits mit der Immobilienfirma Vestwerk war es für uns wesentlich den Raum nicht zu verbarrikadieren, sondern weiterhin Kunstproduktion möglich zu machen. Parallel dazu organisierten wir die Kampagne »mo.ë bleibt!«. Neben Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit versuchten wir hier immer wieder vor Ort Formate öffentlicher Reflexion zu gestalten und mit größeren Soli-Veranstaltungen auch auf die Straße zu gehen. Im Zuge dieser Kampagne erfuhren wir viel Unterstützung. Aber es gab auch Gegenwind aus den eigenen Reihen! Insbesondere aus der Off-(Space-) Szene wurde uns vorgeworfen, mit unserem Bleiben in den Räumlichkeiten ihnen selbst die Raumsuche zu verunmöglichen, denn:

> „Man wisse ja nie, wann sie [die Nutzer*innen] wieder gehen würden. Und ob sie das Haus nicht gar besetzen würden. So wie es die jungen Leute früher schon einmal gemacht haben […] Doch die jungen Leute von damals haben nichts mehr mit den jungen Leuten von heute gemein. Der eigene Lebenslauf geht über alles. Es gilt die Ich-AG zu kuratieren. Und ein besetztes Haus macht sich eben nicht so gut im Lebenslauf, wie das Start-up-Projekt." (Khorsand 2016)

2016 gründete die Stadt Wien die »Agentur Kreative Räume Wien«. Seither wurde viel daran gesetzt, Zwischennutzung für Hauseigentümer*innen schmackhaft zu machen und zu Tode bemühte Container-

Begriffe wie „Stadtteilbelebung" durch Künstler*innen als Win-Win-Situation zu verkaufen. Damit einher geht eine fehlende Differenzierung: Es gibt eben doch feine Unterschiede zwischen einem Creative Cluster, einem unabhängigen Kunstraum oder einem soziokulturellen Zentrum – ganz zu schweigen von autonomen Strukturen. Man wird den Eindruck nicht los, dass es sich um eine Feigenblattmentalität der Stadt Wien handelt, wenn sich zum einen dezentrale Kunst- und Kulturarbeit auf die Fahnen geschrieben und gleichzeitig ein Ausverkauf stadteigener Immobilien betrieben wird.

„Zunehmend agieren Städte wie gewinnorientierte Unternehmen und machen sich Kunst und sogenannte Kreative zunutze, um all jene Probleme zu kaschieren, die ebenjene einseitig von monetärem Gewinn getriebenen Entscheidungen produzieren. Künstler*innen wird Raum geboten, wenn die sozialen Probleme zu groß werden [...]. Das Ungleichgewicht zwischen der zeitlich begrenzten Dauer dieser künstlerischen Projekteinschübe und den Machtverhältnissen politischer Entscheidungsstrukturen, die überwiegend auf ökonomischem Kalkül basieren, perpetuiert die bestehenden Verhältnisse und den Mangel an sozialer Gerechtigkeit." (Holub 2015)

Was braucht es, um nicht länger den Kommunikationsstrategien der Creativ Industries Folge zu leisten? Was braucht es, um aufzuhören „ja, und" und auch wieder „nein, aber" zu sagen?

RAUMPRODUKTION IS WORK!

Wie so viele andere fällt auch ein Raum wie das mo.ë nicht einfach vom Himmel, er wird gemacht. Und er verändert sich.

„Dass im Kulturbetrieb sowieso nichts ohne freiwillig-enthusiastische Selbsthingabe und unkaputtbare Eigeninitiative läuft, ist ausreichend bekannt und mittlerweile schon eher trauriger Allgemeinplatz als Grund zur in die Luft gereckten Faust. Soweit, dass DIY-Schlagworte wie Selbstverwirklichung und Unabhängigkeit oft direkt an die vom Neoliberalismus geforderten Formen der Selbstausbeutung grenzen. [...] Und ehe man sich versieht, ist man professionell, allerdings eben auf Non-Profit Basis." (Strelka 2015)

Was entgegnet man einer solchen neoliberale Logik, in der man sich praktisch selbst allen politischen Argumenten entledigt? Auch die Förderstrukturen aus öffentlicher Hand spielen hier eine Rolle, in denen es an Infrastrukturförderung mangelt und nur aus temporären Projektbudgets hier und da ein Hunderter für die lebenserhaltenden Fixkosten abgezwackt werden kann. Das Dilemma des Raumbetreibens.

Kann man sich der Abhängigkeit von langsam tropfenden Hähnen der Kulturbudgets, die sich jederzeit wieder abdrehen lassen, entziehen? Und wenn ja, wie leistet man sich diesen „Luxus"? Setzt man auf lukrative Vermietungen und registrierten Barbetrieb? Sind wir Kinder reicher Eltern? Nutzt man den Raum auch als Wohnung und versucht, die eigenen Lebenserhaltungskosten gegen Null zu bringen? Gehen wir neben unserer Vollzeitbeschäftigung des Betreibens Nebentätigkeiten nach, die unsere eigentliche Arbeit querfinanzieren? Jonglieren wir mit den Regelwerken des Arbeitsamtes? Hangeln wir uns von Projekt zu Projekt und zahlen den öffentlichen Veranstaltungsort als privates Atelier?

Kurzfristig mag das eine oder andere funktionieren, aber was, wenn man Räume wie das mo.ë nicht als Intermezzo vom OFF ins ON begreift, sondern als langfristige Arbeitsgrundlage und eigenständigen Ort, der seine Berechtigung im urbanen Gefüge der Stadt an der Schnittstelle von Kunst- und Kulturbetrieb, gesellschaftspolitischen Utopien und Gegenkulturen hat?

MIT MIETRECHTSSTREITIGKEITEN HAT DIE STADT NICHTS ZU TUN!

Während in den 70er/80er Jahren solche Auseinandersetzungen im Konflikt mit der Stadtpolitik ausgetragen wurden, sind heute die Gegenspieler*innen nicht mehr demokratisch gewählte Organe, sondern gewinnorientierte, ihren Gesellschafter*innen verpflichtete Unternehmen. Es scheint kaum mehr möglich politischen Druck aufzubauen. Vielmehr geht es – wie beim mo.ë – um guten Rechtsbeistand, das Suchen und Finden von Formfehlern oder aber um das Aufstellen von Kapital, um durch Kauf, etwa mit Hilfe genossenschaftlichen Strukturen, Immobilien dem Markt zu entziehen. Hat urbane Raumproduktion von unten das politische Argument verloren?

„Es geht hier um ein privates Mietverhältnis" ließ uns Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny durch die Wiener Zeitung vom 11. Januar 2016 ausrichten. Ergo: Mit einem privaten Mietrechtsstreit hat die Stadt nichts tun. Das darf unserer Meinung nach so nicht stehen bleiben! Was es braucht, sind kollektive Mittel und Strategien unterschiedlicher Communities, die politische Entscheidungsträger*innen unter Druck setzen, nicht nur vom Imagegewinn Kunstschaffender im Sinne eines Citymarketings zu profitieren, sondern zwingende rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die zivilgesellschaftlichen Strukturen mehr Entscheidungsmacht einräumen und langfristige Nutzungen in selbstverwalteten Trägerschaften ermöglichen.



Letztlich mussten wir den Raum Mitte 2017 aufgeben – das Gericht, die ungleichen ökonomischen Verhältnissen hatten entschieden. Die pragmatische Erkenntnis, dass wir mit unseren Anliegen an finanziellen und personellen Mitteln gescheitert sind, ist bitter. Seither herrscht gähnende Leere in den Räumlichkeiten des mo.ë: Die Fabrikhalle wartet auf die nächste spekulative Wertsteigerung. Ein Hoch auf die Wiener Stadtentwicklung! Dieser zum Trotz leben diverse Keimzellen dieses Raumes an unterschiedlichen Orten der Stadt weiter.

▸ **Autorinnen:** Alisa Beck & Marie-Christin Rissinger sind Künstler*innen, Aktivist*innen, Produzent*innen & Raumbetreiber*innen, Teil der Künstler*innengruppe »Blind Date Collaboration«, des Produzentinnen-Duos »Olympionik*innen Produktions« und der »Kitchen« in Wien
▸ **E-Mail:** op@blinddatecollaboration.org)
▸ **Web:** www.blinddatecollaboration.org
▸ **Fotos:** © mo.ë
▸ **Quellen/Literatur:**
▹ Holub, Barbara (2015). Planning Unplanned – Towards a New Positioning of Art in the Context of Urban Development, in: Holub, Barbara/Hohenbüchler, Christine (2015): [Gleicher Titel]. Wien: Verlag für Moderne Kunst, S. 6
▹ Jödicke, Frank, mo.ë: Should I stay or should I go?, in: skug – Journal für Musik. Film.Kunst.Literatur, 29.06.2016.
▹ Khorsand, Solmaz, Bei den Bezwingern des Provisoriums, in: Wiener Zeitung, 01.10.2016.
▹ Reiter, Teresa, Geld versus Kultur, in: Wiener Zeitung, 11.01.2016.
▹ Strelka, Shilla, IT WAS EASY, IT WAS CHEAP – GO AND DO IT!, in: malmoe 72, 16.10.2015.

AUS DER BEWEGUNG INS RATHAUS

Was bleibt nach vier Jahren Neuem Munizipalismus in Madrid?

STEFAN ROMVÁRI

In vielen spanischen Städten zogen 2015 munizipalistische Wahlbündnisse in die Rathäuser ein. In Madrid unter dem Slogan »Ahora Madrid!« (Madrid jetzt!). Dazu entstanden eine Konferenzreihe, ein munizipalistisches Manifest und andere Veröffentlichungen. Der Ansatz klingt verheißungsvoll: In einem inklusiven Prozess sollen sich soziale Bewegungen zusammen finden, um als Wahlbündnisse die Rathäuser zu stürmen. Dort soll eine progressive Politik neuen Stils umgesetzt werden. Die Institutionen der Stadt würden nicht nur genutzt, sondern transformiert. So breite sich der Neue Munizipalismus zu einem globalen Netzwerk der rebellischen Städte aus, das Kapitalismus und Rechtsruck die Stirn bietet. Mit den Kommunalwahlen 2019 ist dieser Plan vorerst gestoppt. In vielen Städten wurden die Rathäuser wieder verloren, meist an rechte Regierungen unter Beteiligung der neofaschistischen Partei Vox.



Asamblea der »15M-Bewegung« auf dem Plaza de Jacinto Benavente in Madrid (Mai 2011). Die große Mobilisierung der »15M-Bewegung«, die Bewegung der Platzbesetzungen, bildete eine wichtige Basis für die ersten Wahlerfolge des spanischen Munizipalismus | Foto: Beatriz Paredes, Archivo 15M (CC-BY-NC-SA)

„WIR HABEN BEWEGUNG VERLOREN,
WIR HABEN ORGANISIERUNG VERLOREN,
WIR HABEN ZEIT VERLOREN."

DER MUNIZIPALISMUS IST STECKEN GEBLIEBEN

„Was haben wir eigentlich erwartet?", fragt sich Julia Acacias im September 2019. Sie ist bei der Plattform der Hypothekengeschädigten (PAH) im Zentrum Madrids aktiv. Die PAH hat sich nicht am Wahlbündnis beteiligt. Viele Aktive haben die Gruppe jedoch für das munizipalistische Experiment verlassen. Und natürlich hatte es Hoffnungen geweckt, dass in einer Stadt, die traditionell rechts wählt, plötzlich die eigenen Mitstreiter*innen regieren. Doch direkt nach der Wahl hätten die Probleme angefangen, erzählt Acacias. Die neue Bürgermeisterin Manuela Carmena hätte sogleich klar gemacht, dass sie kein Interesse am Einbinden von Initiativen hat. Von da an hätte sich die Kommunikation zwischen Rathaus und Bewegung zum Knackpunkt entwickelt. „Wer sagt, »Ahora Madrid« wäre eine Plattform der Bewegungen gewesen, lügt", schreibt Gonzalo Maestro, ebenfalls bei der PAH aktiv, im Magazin El Salto.

Entstanden war das Bündnis aus der munizipalistischen Ganemos-Bewegung, der Partei Podemos sowie aktivistischen Strömungen und kleineren Parteien. Manuel Gabarre kam über das aktivistische Kollektiv »Traficantes de Sueños« zu »Ahora Madrid«. Dort arbeitete er als Schatzmeister. „Manuela Carmena war die Einbindung der Bewegungen egal", sagt er. Auch Sonia Martínez, die zusammen mit Gabarre das Observatorio Metropolitano de Madrid betreibt, winkt ab. Sie hatte ein Jahr für einen der neuen Stadträte gearbeitet, bevor sie entnervt aufgab. „Erst wurde uns von den Mandatsträger*innen versprochen, wir könnten unsere aktivistischen Politikansätze in den Institutionen fortführen. Dort wurden dann aber ganz andere Dinge verlangt und wir sind in der Bürokratie verschwunden."

Um die Entwicklung des munizipalistischen Projekts in Madrid zu verstehen, betont Gabarre, dürfe man den politischen Rahmen nicht vergessen. »Ahora Madrid« war von Anfang an heftigem Gegenwind der Rechten ausgesetzt. Manuela Carmena war das Feindbild der konservativen Presse, die in Spanien eng mit den Banken verwoben ist. Zudem sind die Handlungsspielräume für die Stadtregierung begrenzt. Madrid ist extrem verschuldet.

„MANUELA CARMENA WAR DIE EINBINDUNG DER BEWEGUNGEN EGAL"

Ein Bundesgesetz schreibt vor, dass Haushaltsüberschüsse zur Schuldentilgung verwendet werden müssen. Dazu machen es die Austeritätsgesetze möglich, dass die Zentralregierung Ausgaben blockiert. Für einen Politikwechsel hätte es kein Geld gegeben, so Gabarre.

Trotzdem brachte die Stadtregierung einiges auf den Weg. So brach sie mit der Kultur der Korruption, erhöhte die Sozialausgaben und reduzierte die Schulden. Durch ein eigenständiges Umweltressort und Maßnahmen, wie der Einführung eines partiellen Fahrverbotes in der Innenstadt, wurde der Umweltdiskurs in der Stadt verankert. Leerstehende Gebäude wurden für zivilgesellschaftliche Akteure nutzbar gemacht. Den Bezirksverwaltungen sprach die Stadtregierung mehr Kompetenzen zu. Die Polizei sollte für Racial Profiling sensibilisiert werden. „Am Ende haben wir aber keine radikale Politik gemacht", befindet Gabarre. Das machen stadtpolitische Initiativen vor allem an zwei Dingen fest: dem sozialen Zentrum »La Ingobernable« und dem Megaprojekt »Madrid Nuevo Norte«.

KONFRONTATION ODER GEHORSAM

Das zweistöckige Gebäude des »La Ingobernable« liegt in der Calle del Gobenador zwischen den renommiertesten Museen im Zentrum Madrids. Die Stadt verschenkte es 2013 unter der konservativen Bürgermeisterin Ana Botella an einen Architekten mit Verbindungen zum ehemaligen Ministerpräsidenten José Aznar, der wiederum mit Botella verheiratet ist. Im Jahr 2017 wurde das Gebäude besetzt und zum Sozialen Zentrum erklärt. Da der Architekt den im Schenkungsvertrag vereinbarten Verpflichtungen nicht nachgekommen war, eröffnete sich für die Regierung die Möglichkeit, das Gebäude zurückzufordern. Doch die Verhandlungen über eine Legalisierung des »La Ingobernable« mussten erst von unten erzwungen werden, erzählt Julia Acacias. Zu den Gesprächen erschien das Rathaus dann mit dem Angebot, man könne das Gebäude nutzen, müsse es sich aber teilen. Für das Soziale Zentrum, das in gut zwei Jahren Besetzung Raum für 40 Kollektive und mehr als 3.500 Aktivitäten mit knapp 140.000 Besucher*innen geboten hat, war das keine Option. „Carmena und ihre Leute hatten keine Lust auf diese Art von Aktivismus, ganz einfach", sagt Manuel Gabarre. Im Wahlkampf 2019 wurde die Räumung dann ein zentrales Versprechen der Rechten. Carmena begegnete dem Druck, indem das Rathaus selbst ein



Kapitalistische Stadt pur – das geplante Megaprojekt »Madrid Nuevo Norte« im Entwurfsbild | Foto: Distrito Castellana Norte

Räumungsverfahren in Gang setzte. Der Neue Munizipalismus verschreibt sich eigentlich dem Erhalt selbstorganisierter sozialer Zentren. Dass »Ahora Madrid« am Ende selbst das »La Ingobernable« räumen wollte, stößt vielen bitter auf.

Gleich neben dem Bahnhof Chamartín im Norden Madrids ragen vier kalte Türme in den Himmel. Entlang der Bahnschneise wird dort eines der größten Bauprojekte Europas entstehen. Hunderte Gebäude, 2,6 Quadratkilometer Fläche, 25 Jahre Bauzeit, 7,3 Milliarden Euro Kosten, den Londoner Finanzdistrikt als Vorbild. Das Gelände wurde in den 1990er Jahren von der Staatsbahn an eine Bank verkauft. Mit den Jahren wurden die Verträge unter jedem für die Liegenschaften zuständigen Bundesminister erneuert. Die Gewinnbeteiligung für den Staat sank dabei von 53 auf 0 Prozent, währenddessen sich die verkaufte Fläche verdreifachte. Am Ende betrug der Verkaufspreis die Hälfte des Marktniveaus, während Weiterverkäufe ermöglicht wurden. Nach Meinung vieler Kritiker*innen hätte die planungsrechtlich zuständige Stadtregierung den Vertrag vor Gericht bringen sollen. Im Erfolgsfall hätte sich die Möglichkeit ergeben, eine neue Planung in kommunaler Hand aufzustellen. In jedem Fall wäre die dubiose Vertragsgeschichte ans Licht gekommen. „Carmena hatte an diesem Punkt die Wahl zwischen Konfrontation und Gehorsam und hat sich für den Gehorsam entschieden. Was jetzt kommt, ist kapitalistischer Urbanismus pur“, so Gabarre, der meint, dass sich Carmena an diesem Punkt vom Druck von rechts frei gekauft hätte. Und tatsächlich: Nachdem es grünes Licht für das Projekt gab, verlor die mediale Kritik an Schärfe.

So wird das stadtentwicklungspolitische Vermächtnis der munizipalistischen Regierung die Privatisierung eines gesamten Stadtteils sein. Unter den 10.500 neuen Wohnungen entsteht keine einzige Sozialwohnung. Ohnehin sei nach Ansicht Sonia Martínez eine eigenständige Wohnungspolitik Ahora Madrids nicht existent gewesen. Obwohl die Wohnungsfrage das größte Problem der Stadt sei. Und auch Julia Acacias erzählt, wie Initiativen immer wieder Forderungen nach einer neuen Ausrichtung der städtischen Wohnungsgesellschaft, der Enteignung von leerstehendem Wohnraum, einem härteren Vorgehen gegen Ferienwohnungen und dem Stopp von Zwangsräumungen erhoben hätten. Vergebens.

Für die Abwahl der munizipalistischen Regierung finden sich verschiedene Faktoren. Gonzalo Maestro weist darauf hin, dass der erfolgreiche Wahlkampf 2015 geprägt gewesen sei von einer kreativen und vielfältigen Unterstützung der Initiativen und Kulturschaffenden. Das war 2019 nicht mehr so, auch wegen der

DIESE ERFAHRUNG IST IM LOKALEN KONTEXT ZU SEHEN. IM UMKEHRSCHLUSS HEISST DAS ABER AUCH, DASS SICH GUTKLINGENDE MANIFESTE VOR ORT BEWEISEN MÜSSEN.

Zerwürfnisse zwischen Bündnis und Bewegung. Auf linker Seite fehlte das besondere Moment, das es in einer Stadt mit rechter Dominanz braucht, um eine Wahl zu gewinnen. Währenddessen mobilisierte die neue Partei Vox zusätzlich das rechte Lager und zog neu in das Stadtparlament ein. Dazu kam, dass der ehemalige Stadtrat für Wirtschaft nun mit einer eigenen Liste antrat, nachdem er sich im Streit von »Ahora Madrid« getrennt hatte. Auch hier war das Motiv die fehlende Konfliktbereitschaft Manuela Carmenas. So wollte der Stadtrat Überschüsse für öffentliche Ausgaben und nicht zur Schuldentilgung nutzen. Die Zentralregierung drohte der Stadt daraufhin mit dem Entzug von Selbstverwaltungsrechten. Die Wiederwahl scheiterte auch an der mangelnden Unterstützung aus der städtischen Peripherie, vor allem aus dem ärmeren Südteil. Von dort gab es die Kritik, dass sich die munizipalistische Regierung programmatisch zu sehr auf eher linksliberale innerstädtische Themen konzentriere. Am Ende war es dennoch knapp. Schon 2015 brauchte »Ahora Madrid« die neun Abgeordneten der sozialdemokratischen PSOE, um genau auf die für die absolute Mehrheit notwendigen 29 Sitze zu kommen. Nun verloren beide jeweils einen Sitz.

EIN SYRIZA-MOMENT

Während man mit den Madrider Aktivist*innen spricht, hat sich der neue Bürgermeister bereits daran gemacht, die Maßnahmen seiner Vorgänger*innen zurückzunehmen. Julia Acacias ist erschöpft. Nicht nur hätte der Gang in die Institution viele Initiativen geschwächt. In den letzten Jahren seien auch extreme zwischenmenschliche Zerwürfnisse entstanden. „Viele Leute sind richtige Arschlöcher geworden“, sagt Manuel Gabarre. Der Neue Munizipalismus erzeuge Hoffnungen auf etwas, das die politischen Strukturen nicht hergeben. Sonia Martínez spricht von einem Syriza-Moment, gezeichnet von Resignation und Enttäuschung. Ja, man habe das Rathaus verloren, schreibt Gonzalo Maestro, „aber, was niemand sagt, ist, dass wir viel Bewegung verloren haben, dass wir Organisierung verloren haben und dass wir Zeit verloren haben.“ Zeit, um sich der Frage zu widmen, wie man die einst so kraftvollen sozialen Bewegungen so weiterentwickeln kann, dass sie eine Alternative zum Parlamentarismus darstellen können.



Wir sind unregierbar – Demonstration für den Erhalt des sozialen Zentrums »La Ingobernable« im Mai 2019
Foto: E.S. La Salamandra

Gemessen an seinen Versprechen ist der Neue Munizipalismus in Madrid gescheitert. Diese Erfahrung ist im lokalen Kontext zu sehen. Im Umkehrschluss heißt das aber auch, dass sich gutklingende Manifeste vor Ort beweisen müssen. In einem guten Moment das Rathaus zu stürmen, gelingt vielleicht. Viel wichtiger ist aber die Frage nach dem Danach. Wer besetzt die Posten? Wie werden Initiativen eingebunden? Welche Handlungsspielräume gibt es überhaupt? Und ist eine munizipalistische Stadtregierung bereit, in den Konflikt mit dem Kapital und der politische Rechten zu gehen? Und selbst dann besteht immer noch die Frage, ob die Absorptionskräfte des parlamentarischen Systems nicht doch zu groß sind. Vielleicht geht es beim Neuen Munizipalismus am Ende darum, dass sich Menschen in Ämter wählen lassen, um sozialdemokratisch-grüne Kommunalpolitik zu machen. Das ist nicht verwerflich, aber auch nicht neu oder rebellisch. Und natürlich könne eine Bewegung einen strategischen Fuß in die Institution setzen, findet Julia Acacias, solange das starke Bein auf der Straße verbliebe. Nur dann sollte, da sind sich alle einig, vorher das Wie geklärt sein.

▸ **Autor:** Stefan Romvári hat zwei Monate seiner Elternzeit in Madrid verbracht. Sonst ist er stadtpolitisch in Berlin organisiert (stefan.romvari@posteo.de)

▸ **Weiterlesen:**
▹ Munizipalismus-Reader: www.transversal.at/books/munizipalismen
▹ Gonzalo Maestro: La lógica de la absorción (spanisch): https://www.elsaltodiario.com/opinion/gonzalo-maestro-apoyo-mutuo-logica-absorcion
▹ Rebellische Städte – Erfolg oder Frust: https://www.zeitschrift-luxemburg.de/rebellische-staedte-erfolg-oder-frust/
▹ Der neue Munizipalismus – Regieren für ein Recht auf Stadt, in Común #1/2019

GEGEN DEN GOOGLE CAMPUS!

Die Proteste und ihre Akteur*innen in Berlin

KONSTANTIN SERGIOU

Ende 2016 kündigte Google an, in einem ehemaligen Umspannwerk mitten in Kreuzberg 36 einen »Campus for Start Ups« einzurichten. Weltweit betreibt Google, das Zugpferd innerhalb des Firmenimperiums des Technologie-Großkonzerns »Alphabet«, bereits in sechs Großstädten einen solchen Campus: In London, Sao Paolo, Tel Aviv, Seoul, Madrid und Warschau. Dies sind Städte, die im Netz des globalisierten Kapitalismus als zentrale wirtschaftliche und kulturelle Knotenpunkte eine Rolle spielen und mit einer besonderen urbanen Identität versehen sind, die international ausstrahlt.

Dass Google sich für seinen siebten Campus Berlin ausgesucht hat, ist einerseits ein Anzeichen für die gestiegene Ausstrahlung (und damit ökonomische Verwertbarkeit) auch der Berliner Kieze, und andererseits ein Erfolg der Inszenierung Berlins als günstige und aufregende Newcomerin unter den „Global Cities". Beides zusammen hat die Stadt für das internationale Technologiekapital interessant gemacht, was die Gentrifizierung befördert: durch die Umgestaltung von Gewerberäumen in Co-Working-Spaces und Büros für Startups und die Kolonisierung von Wohngegenden mit Arbeits- und Vernetzungszentren zur Bildung sogenannter „Cluster".

Solche Zentren sind auch die Campusse von Google: In ihren Räumlichkeiten soll eine technologie-affine, internationale „kreative Klasse" privilegierter Proletarisierter sich treffen, austauschen, und im besten Fall anfangen, zu tüfteln –





alles unter der Obhut von Google, damit die entstehenden Produkte, die für das Unternehmen interessant sind, schnell ausfindig gemacht und aufgekauft. werden können. Ein Google Campus ist ein Permakultur-Garten digitaler Geschäftsmodelle, deren Entwicklungsteams sich von alleine oder mit sachter Förderung zu Start Ups entwickeln, bis die für das Unternehmen brauchbaren Projekte abgeerntet werden können. Und weil die kreative Klasse den alternativen, libertären und eigensinnigen Charakter Kreuzbergs zu schätzen scheint, ist es nicht verwunderlich, dass es der Plan von Google war, seinen Campus mitten in den Kiez hineinzusetzen.

Es wäre auch kein schlechter Plan gewesen, wenn seine Ausführung nicht in eine Zeit gefallen wäre, in der sich in Kreuzberg schnell nacheinander einige stadtpolitische Initiativen gründeten, die mit ihrem Kampf gegen Verdrängung bis heute weite Teile der Nachbarschaft erreichen und organisieren. Die Aktivitäten der »GloReichen Nachbarschaft« und »Lause« bleibt, im Zusammenspiel mit der bereits seit 2015 existierenden Initiative »Bizim Kiez« konnten auf das tief in der Nachbarschaft verwurzelte Verständnis von Solidarität und Widerstand setzen. Gemeinsam mit den zwei linksradikalen Zusammenhängen »Google Campus Verhindern« und »Communist Counter Campus« sowie dem autonomen Spektrum und unter Teilnahme von Hacker*innen und politisierten Programmierer*innen unter dem Label »FuckOffGoogle!« bildeten diese Gruppen die Protestbewegung, die sich ab Anfang 2017 gegen den Google Campus entwickelte. Ihr bislang größter Erfolg war die Ansage des Unternehmens Ende Oktober 2018, seine ursprünglichen Pläne für das Umspannwerk fallen zu lassen, und dessen Räumlichkeiten zwei sozialen Unternehmen – »Betterplace« und »Karuna« – zu übergeben.

DIE AKTEUR*INNEN

Der anarchistische Flügel der Proteste hielt mit einer kontinuierlichen Produktion an Plakaten, Graffittis und Flyern die Ablehnung gegen Google im Kiez über zwei Jahre hinweg sichtbar. Sein regelmäßiger Protesttermin, war »Lärm gegen Google«: Einmal im Monat zogen Protestierende mit Töpfen, Kochdeckeln und Schlagbesteck vor das Umspannwerk, um mit Geschepper gegen Google laut zu werden. Diese Veranstaltung wurde nie angemeldet, was die Teilnehmenden wiederholt mit polizeilicher Repression konfrontierte. In den Räumen des Buchladens »Kalabal!k« fand ausserdem zweimal monatlich das »Anti-Google-Café face2face« statt, mit dem die direkte Begegnung ohne technische Hilfsmittel gefördert werden sollte. Als inhaltliche Auseinandersetzung



mit Google erschienen drei Ausgaben der Zeitung »Shitstorm« mit anarchistischer Technologiekritik und die Broschüre „Und die Welt werde Google" zum Alphabet-Konzern und dessen Philosophie der Volldigitalisierung des Lebens. Eigene Broschüren wurden sowohl von »Google Campus Verhindern« („Fight Google. Do the right Thing") als auch »Counter Campus« („Do the red Thing") veröffentlicht. Die Kritik von ersterem bezog sich stärker auf den Kiez, und machte beispielsweise auf dessen Umgestaltung in eine „diffuse Fabrik" der Digitalwirtschaft mit einem Kiezspaziergang aufmerksam. »Counter Campus« (eine AG der Berliner Ortsgruppe des »…umsGanze!«-Bündnisses) thematisierten allgemeiner die Arbeit im Zusammenhang mit digitaler Technik. Beide Zusammenhänge organisierten gemeinsam eine Demonstration, die vor die Campus-Baustelle führte.



Aus dem Spektrum autonom organisierter Kleingruppen schließlich fand eine Reihe direkter Aktionen statt, die von Farbbeutel-Attacken und der Entzündung einer Mülltonne im Hof des Umspannwerks bis zu Angriffen auf die nahegelegene Baustelle eines anderen Startup-Hubs, der Factory Berlin (in welcher Google ebenfalls einen Teil eines Stockwerks mietet) und Fahrzeugen von Amazon reichten. Im Internet wurden letztere Aktionen als Teil des Kampfes gegen tech-getriebene Gentrifizierung und damit auch gegen den geplanten Campus deklariert.

Während die genannten Gruppierungen den Protest im städtischen Raum trugen, konzentrierten sich die Aktiven von »FuckOffGoogle!« auf digitale Protestspielarten. Neben der gleichnamigen Seite, die den lokalen Aktivismus mit der Kritik an zentralisierter Online-Kommunikation und Überwachung verband, wurde ein Wiki erstellt, das Infos zu Alphabet und Vorschläge für alternative libre Software sammelte. Ein besonderes Protestwerkzeug war die immer noch existierende Seite »search.fuckoffgoogle.net«, auf der eine lokale Instanz von »Searx« läuft. »Searx« ist eine Open-Source-Suchmaschine, die auf eigenen Servern betrieben werden kann und auf die Ergebnisse von kommerziellen Suchmaschinen zugreift, ohne Daten der Nutzer*innen preiszugeben. Ausserdem wurden in diversen Bars in Kreuzberg und Neukölln kleine Computer platziert, die ein eigenes Wifi-Signal mit dem Funknetzwerknamen (SSID) »Fuck off Google« sendeten, über das eine Offline-Version der »FuckOffGoogle!«-Seite erreichbar war. Wann immer das Wifi der jeweiligen Bar angesteuert wurde, tauchte der Slogan in der Liste der Verbindungen auf und funktionierte so als Zugangspunkt zu einem digitalen Flyer.



Das stadtpolitische »No Google Campus«-Bündnis, in dem sich die bereits genannten Kreuzberger Kiez-Initiativen zusammen mit Nachbar*innen aus Neukölln und Alt-Treptow organisierten, bildete den dezidiert stadtpolitischen Flügel der Proteste. Das Bündnis bettete seine Aktionen in den Kontext der stadtpolitischen Bewegung Berlins ein, und stellte auf zwei familienfreundlichen Kundgebungen den Widerspruch des Kiezes mit den Plänen Googles dar. Das war wichtig, weil das Unternehmen versuchte, seinen Campus als Gewinn für die Nachbarschaft darzustellen, als einen Ort der digitalen Weiterbildung – paradoxerweise gerade für diejenigen, deren Verdrängung auch durch seinen Zuzug befördert werden würde. Es war zuerst das »No-GoogleCampus«-Bündnis, welches mit der eigenen Broschüre („Keine guten Nachbarn: Google, Factory & Co") die Funktion des Google Campus für das Tech-Kapital



analysierte und die diskursive Verbindung der Kritik an Big-Tech und Gentrifizierung, Smart City und Startup-Wirtschaft versuchte. Ausserdem nahm es Kontakt zu Aktivist*innen in den USA auf, um die Notwendigkeit von internationalem Austausch und Solidarität angesichts der globalen Macht der Tech-Konzerne praktisch zu verwirklichen. Die Kampagne des Bündnisses, »Google ist kein guter Nachbar«, kann außerdem als Musterbeispiel der Nutzung von Kartierungsmethoden zu Protestzwecken betrachtet werden: Mit einer Unterschriftenaktion wurden die Adressen von Nachbar*innen, die sich gegen den Einzug von Google in Kreuzberg aussprachen, auf einer Online-Karte eingetragen. Rund um das Umspannwerk, und oft auch weit weg davon, wurde auf diese Weise die vielfältige Stadtgesellschaft gegen Google als eine Menge Stecknadeln auf der Karte dargestellt. Obwohl



nur ein einziges Mal im Konflikt aufgetreten, darf schlussendlich das »#besetzen«-Netzwerk nicht ungenannt bleiben, aus welchem im September 2018 ein Versuch unternommen wurde, den Raum im Umspannwerk auf direkte Weise in die Selbstverwaltung zu überführen.

ZUM SCHLUSS

Die Rede von Protesten im Plural ist das Leitmotiv dieses Texts. Obwohl insgesamt ein einheitlicher Protestverlauf nach außen sichtbar war, bewegte sich hinter, beziehungsweise im Inneren seiner (Selbst-)Darstellung ein Ensemble verschiedener Praktiken in relativer Unabhängigkeit zueinander. Dass deren unübersichtliche Vielfalt so lange, stabil und kohärent auf ein gemeinsames Ziel hinarbeiten konnte, ohne dass eine*r der Akteur*innen die Hegemonie beanspruchte, und ohne dass ihre stellenweise empfindliche Einmütigkeit sich in Richtungsstreits zerlegte, ist bemerkenswert. Das ist ein Hinweis darauf, dass das, was in der selbstorganisierten Stadtpolitik Kiez genannt wird, nicht nur eine stadträumliche Idee ist, die das Kapital ausbeuten kann, sondern auch ein kreatives Zusammenspiel unterschiedlicher Menschen, Gruppen und Netzwerke ermöglicht, das ihm erfolgreich die Stirn bieten kann.

► **Autor:** Konstantin Sergiou ist aktiv bei »Bizim Kiez« in Berlin
► **Fotos:** https://wiki.fuckoffgoogle.de > Urban Art (CC BY-SA 4.0)
► **Mehr Infos:** ▹ googlecampusverhindern.blogsport.de
▹ https://wiki.fuckoffgoogle.de
▹ https://www.google-ist-kein-guter-nachbar.de
► **Zum Weiterlesen:**
▹ https://anarchistischebibliothek.org
▹ http://top-berlin.net/de/texte/beitraege/do-the-red-thing
▹ https://techno.umsganze.org/keine-zukunft-ist-auch-keine-loesung/
▹ https://www.bizim-kiez.de/google-campus-protest-timeline/
▹ https://barrikade.info/article/1398

WEM GEHÖRT DER HAFEN?

Die Dortmunder Hafeninitiative kritisiert die Planungen für einen „Digital-Campus“ und fordert Partizipation

MILA ELLEE, FLORIAN HEINKEL UND TIM THOMÉ

Am Dortmunder Binnenhafen sind in den nächsten Jahren große Veränderungen geplant. Eine gemeinsam von der Dortmunder Hafen AG und den Stadtwerken DSW21 gegründete Entwicklungsgesellschaft möchte entlang der Speicherstraße einen „Digital-Campus“ errichten. Der neue „Tech-Standort“ soll nicht nur 5.000 Arbeitsplätze schaffen sondern auch das am Rande der Dortmunder Nordstadt gelegene Hafenviertel aufwerten.



Hafenfest Dortmund, September 2018 | Foto: Lucas Kaufmann (CC BY-SA 4.0)

Nischen und Renditen

„Ich sehe hier viele Nischen“, sagt ein hemdsärmeliger, mittelalter Mann mit Dreitagebart, der zukünftig in einer Agentur direkt am Hafen arbeiten könnte. Während er mit seinem Hund am Wasser entlangspaziert, entwickelt er im Selbstgespräch Visionen für das neue Stadtviertel mit der besonderen Hafenatmosphäre: Kaimauern, alte Speichergebäuden und Industrieanlagen – eine raue Umgebung.

Ganz anders als der Werbefilm der Entwicklungsgesellschaft verspricht, deuten die derzeitigen Entwürfe eher darauf hin, dass dort ein weiteres gesichtsloses Gewerbegebiet mit Büroimmobilien entsteht. Ein Projekt, das in dieser Form schon in vielen anderen Städten entwickelt wurde und entwickelt wird. Und klar ist auch, die Investmentfirmen werden kein Interesse an „Nischen“ haben, die nur eine geringe Rendite abwerfen.

Vor allem jedoch: Die „Nischen“ von denen im Werbefilm die Rede ist, gibt es schon. Verschiedenste Initiativen nutzen seit Jahren alte Speichergebäude und Flächen am Wasser und beleben den industriell aufgegebenen Teil des Dortmunder Hafens. Und sie gehören genau zu dem Milieu, dass sich die Projektverantwortlichen hier laut Eigenaussage im Marketingvideo angeblich wünschen: Kreative, Start-Ups, Co-Working-Spaces und individuelle Gastronomie. Ihr Verbleib ist nach dem Auslaufen ihrer Pachtverträge ungewiss.

Nordstadtfantasien

Das Bekanntwerden der städtischen Planungen hat zu Verunsicherung geführt, nicht nur unter den aktuellen Nutzer*innen, sondern auch in der benachbarten Nordstadt. Was für Auswirkungen hat so ein „Digital-Campus“ auf diesen Stadtteil, der stark von Migration und Armut geprägt ist? Werden die „Nordstadtfantasien“, die Schorsch Kamerun in seinem gleichnamigen Theaterstück im Sommer 2018 in einer Straßenkulisse der Nordstadt inszinierte, nun Wirklichkeit?: Verdrängung durch steigende Mieten und Aufwertungen für Besserverdienende?

Die Nordstadt ist ein besonderer Ort. Mit rund 60.000 Einwohner*innen ist sie der bevölkerungreichste Stadtteil Dortmunds. Die Arbeitslosenquote liegt dort bei rund 20 Prozent und etwa die Hälfte der Bewohner*innen hat einen Migrationshintergrund. Im Bezirk Hafen leben 35 Prozent aller Menschen von Transferleistungen und mehr als die Hälfte der Kinder unter 15 Jahren erhält Leistungen nach dem SGB II (vergl. Sozialbericht der Stadt Dortmund 2018).

Vor über 150 Jahren als Ankunftsort für Arbeiter*innen errichtet, gilt die Nordstadt auch heute noch als Migrationshafen. Große türkische, arabische, marrokanische und südosteuropäische Communities prägen das Straßenbild. Es gibt eine Suppenküche und eine offene Drogenszene. Die Nordstadt ist arm und ihre Bewohner*innen werden als kriminell stigmatisiert. Auf die entstehenden Konflikte reagieren Stadt und Polizei mit repressiver Ordnungspolitik



Die Demo »Träume unter Asphalt – Stadt selber machen!« im September 2019 am Dortmunder Hafen | Foto: © FG

ES IST SCHWIERIG MENSCHEN IN PREKÄREN LEBENSVERHÄLTNISSEN FÜR DIESE THEMEN ZU GEWINNEN.

und Razzien. Die Nordstadt ist ein klassischer ökonomisch und politisch benachteiligter Raum.

Alle sollen bleiben!

Was also bedeutet es, wenn in unmittelbarer Nachbarschaft zu so einem Sozialraum, ein altes Hafenviertel „in Wert gesetzt“ wird? Diese Frage stellten sich die rund 100 Besucher*innen einer Veranstaltung des Netzwerks »Recht auf Stadt Ruhr« im November 2018 im »Rekorder«, einer selbstverwalteten Kulturkneipe in der Nordstadt. Im Anschluss an diese Veranstaltung gründeten Aktivist*innen aus der Nordstadt die Hafeninitiative. Sie informiert im Stadtteil über das Großprojekt, initiiert eine öffentliche Diskussion über mögliche Auswirkungen und fordert eine Beteiligung am Planungsprozess selbst. Denn eine Beteiligung war bisher nicht vorgesehen. Der öffentliche Druck den die Kritik an dieser krassen Top-down-Planung erzeugte, zwang die Stadt, zumindest Gespräche mit den Bewohner*innen aufzunehmen. Hastig organisierte Beteiligungsveranstaltungen sollten die Kritik auffangen. Eine nachträglich durchgeführte Bürgerwerkstatt machte einen konfusen Eindruck.
Die Kritik der Hafeninitiative, die Bewohner*innen mit schon fertigen Entwürfen zu konfrontieren, wurde ärgerlich zurückgewiesen. Überhaupt scheinen die Verantwortlichen, jegliche Einmischung in ihre Planung als Störung zu empfinden. Denn die Hafeninitiative fordert nicht nur einen Bestandschutz für die kleingewerblichen Nutzer*innen im Hafen: „Alle sollen bleiben!“, sondern auch eine Berücksichtigung der Bedürfnisse der Bewohner*innen der Nordstadt. Bürokomplexe und teure, langweilige Systemgastronomie gehören nicht dazu.

Schon lange gibt es die Forderung nach einem selbstverwalteten sozio-kulturellem Zentrum in der Nordstadt. Der Standort Hafen, ohne Wohnbebauung in unmittelbarer Nachbarschaft, bietet sich dafür idealerweise an. Wünsche nach mehr Orten für Kinder, einem Skateplatz und Freiflächen zur gemeinschaftlichen Nutzung wurden bereits geäußert. Die Hafeninitiative ist nicht grundsätzlich gegen eine Entwicklung der Flächen und Immobilien am Hafen. Jedoch sollte sie kleinteilig erfolgen, bestehende Nutzungen integrieren und fördern, sowie den Sozialraum Nordstadt partizipieren lassen.

Kein einfaches Feld

Ob es gelingt, die bisherigen Planungen aufzubrechen und auch gemeinwohlorientierte Elemente zu implementieren, wird davon abhängen, welche Partner*innen in Politik und Zivilgesellschaft gewonnen werden können. Die Nordstadt und ihre Sozialstruktur sind kein einfaches Feld dafür. Es ist schwierig Menschen in prekären Lebensverhältnissen für diese Themen zu gewinnen. Bisher werden die Aktivitäten der Hafeninitiative in erster Linie von einem eher linken, akademischen und in der Off-Kultur verorteten Milieu getragen, das mit verschiedenen Projekten ebenfalls in der Nordstadt vertreten ist.

Dass die Planung des neuen „Digitalquartiers“ nicht an die Menschen in der Nordstadt adressiert ist, hat der Geschäftsführer der »Business Metropole Ruhr GmbH« Rasmus Beck im Oktober 2019 noch einmal deutlich gemacht. Auf der weltgrößten Immobilien-Messe »Expo Real« in München, auf der auch die Planungen für den Dortmunder Hafen präsentiert wurden, sprach er von einer „Erfolgsformel aus attraktiven Renditen durch moderate Kaufpreise und steigende Mieten bei einem überschaubaren Risiko“.

Anfang September 2019 organisierte die Hafeninitiative unter dem Motto »Träume unter Asphalt – Stadt selber machen!« eine Tanzdemo zum Dortmunder Hafen. Hunderte Teilnehmer*innen folgten dem Aufruf. Sie endete vor dem »Speicher 100« der von einem Medien- und Kulturkollektiv genutzt wird. In einer wütenden Rede stellte die Hafeninitiative fest: „Beteiligung gibt es nur dort, wo engagierte Menschen sie erzwingen! Beteiligung, die diesen Namen auch verdient muss mehr leisten, als nur fertige Pläne zu präsentieren. Echte Beteiligung bedeutet, dass Menschen auf die Pläne Einfluss nehmen können, dass die Pläne nach öffentlichen Veranstaltungen anders aussehen dürfen als vorher!“

▸ **Autor*innen:** Mila Ellee, Florian Heinkel und Tim Thomé sind Mitbegründer*innen der Hafeninitiative Dortmund und im Netzwerk Recht auf Stadt Ruhr aktiv. (info@hafeninitiative.de)
▸ **Websites:** www.hafeninitiative.de und www.realize-ruhrgebiet.de
▸ **Literatur:** ▹ Selle, Klaus: Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe? Analysen und Konzepte. Detmold 2013. Verlag Dorothea Rohn, edition stadt | entwicklung
▹ Bericht zur sozialen Lage in Dortmund 2018, Stadt Dortmund 2018

TOOLBOX

KREATIVE AKTIONSFORMEN

Eine Auswahl stadtpolitischer Interventionen zum Nachmachen

TEXT: MARC AMANN | ILLUSTRATIONEN: CARO KATHER

DÉRIVE

Umherschweifen. Wege durch die Stadt nehmen, die sonst nicht gegangen werden. Neue Wahrnehmungen und Sichtweisen entstehen lassen: Kleine Straßen und Gassen, enge Durchgänge, Hinterhöfe, Häuser in zweiter Reihe, Zaunlücken, Brachflächen. Die Entdeckungen, die bei einem Dérive gemacht werden, können als Grundlage für andere Aktionsformen dienen.

SPRECHBLASEN AN STATUEN

Eine große Sprechblase aus Pappe mit der Aufschrift „Immobilienkonzerne enteignen" um den Hals einer öffentlichen Statue hängen. Geht auch mit Fahnen oder eigens entworfenen Kleidungsstücken.



KOLLEKTIVES MAPPING

„Wo stehen Häuser, Wohnungen, Büroflächen leer?" und „Wo wurden Wohnungen in Ferienwohnungen umgewandelt?" steht groß auf einer Stellwand. Auf einem darunterhängenden Stadtplan können alle, die von Leerständen oder Ferienwohnungen wissen, diese eintragen. Im Gespräch werden weitere Informationen in Erfahrung gebracht: Sind die Eigentümer*innen bekannt? Wie lange besteht der Leerstand oder die Umnutzung als Ferienwohnung schon? Die Informationen können als Grundlage für Öffentlichkeitsarbeit dienen oder für weitere Aktionen wie > Hausbesetzung.

TABLEAU VIVANT

Bekannte Gemälde, Skulpturen oder Szenen aus Literatur oder Film werden im öffentlichen Raum mit lebenden Personen nachgestellt und mit der heutigen Situation in Verbindung gebracht. Z.B. finden Maria und Josef keine Herberge in der Stadt der teuren Mieten...

EIN HAUS IST EINE LEINWAND

Bilder an Hauswände werfen. Filme über Mietenwahnsinn oder Mietrebell*innen. Forderungen als Text. Fotos. Mit Beamer und Akku. Leise oder mit Lautsprechern. Fest an einem Ort oder mobil.

PAPPHÄUSER

Hingucker zu wohnpolitischen Themen? Pappkartonhäuser! Bunt als Häuser angemalte (Umzugs-)Kartons mit Parolen und Forderungen lassen sich prima als Installation aufstellen: In der Fußgängerzone, auf Brachflächen, vor dem Rathaus, vor dem Immobilienbüro. Einzeln oder massenhaft. Ganz große Kartons (oder zwei Umzugskartons übereinander) sind als Hochhaus mit Flachdach auch ein schöner Stehtisch zum Auslegen von Infomaterial.



TRANSPARENTE

Leerstände, Zweckentfremdung als Ferienwohnung, Verdrängung durch Mieterhöhung können durch Transparente, die am betreffenden Haus angebracht werden, öffentlich sichtbar gemacht werden. Auch als Zeichen der Solidarität eignen sich Transparente, die aus vielen Fenstern gehängt werden. Zur besseren Wiedererkennung mit einheitlicher Gestaltung/Text.

HIER ENTSTEHT...!

Schilder, die Neubauten anpreisen, stehen an vielen Bauplätzen. Solche „Hier entsteht...“-Schilder können aber auch Wünsche öffentlich machen, Begehren wecken und Verantwortliche in Erklärungsnot bringen: Auf Brachflächen entsteht ein neuer inklusiver Stadtteil mit Häusern in Gemeineigentum und kollektiver Infrastruktur. Statt Leerstand entsteht ein soziales Wohnprojekt. Statt Luxussanierung mit teurem Spezialitätengeschäft im Erdgeschoss entsteht ein Genossenschaftsladen.

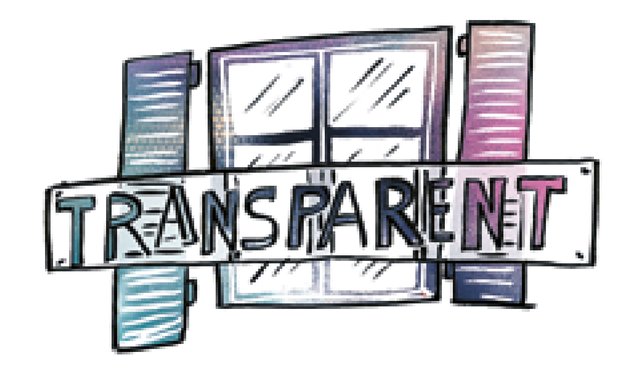
TOUR DE PROFIT

Stadtführung und Protestspaziergang mal anders: Als Fahrrad- oder Bus-Tour sind größere Entfernungen möglich. Mit Guide und Ansagen. Im Bus auch als Kaffeefahrt möglich.

ZELTSTADT

Wie > Wohn-Out und > Sleep-Out, aber mit vielen Zelten. Als Protestcamp gegen Wohnungsnot, steigenden Mieten und Verdrängung. Angemeldet oder als Ziviler Ungehorsam mit Platzbesetzung.





TEMPORÄRE BAUTEN

Hütte aus Holzpaletten, Container oder großes Zelt. Als Labor, Plattform, Bühne, Interaktions-Lern-Raum, Community Center. Für Begegnung, Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit, Protest. Oft nur temporär geplant, können solche Bauten auch ein Eigenleben entwickeln.

FETTE-MIETEN-PARTY

Ein Makler lädt Kaufinteressierte zur Besichtigung einer teuren Wohnung ein? Hingehen und feiern! Mit Musik, Kostümen, Sekt, Konfetti sowie Parolen, Gesängen und Schildern, die sich über fette Mieten freuen: „5.000 €/qm? Da geht noch mehr!“



WOHN-OUT

Mit der Wohnzimmereinrichtung raus auf die Straße: Vors Rathaus, vors Immobilienbüro, in die Fußgängerzone. Wenn die Miete zu hoch ist und Verdrängung stattfindet, den öffentlichen Raum symbolisch zum Wohnen nehmen.

SLEEP-OUT

Wie > Wohn-Out, aber auch über Nacht bleiben. Mit Schlafsack und Isomatte oder dem ganzen Bett und der Nachttischlampe.

KREATIVER INFOSTAND

Es muss ja nicht immer der Tapeziertisch mit haufenweise Infos sein. Stattdessen ein großes Bodenplakat oder aufgehängte Plakate mit Fragen und Antworten zum Ankreuzen (> Kollektives Mapping). Oder mit > Papphäusern, auf denen Infos ausliegen und die zu Gesprächen einladen.

STADTTEILFEST

Straße sperren (lassen), Nachbar*innen einladen, Essen, Party, Konzert, Zusammenkommen. Kann mit allen anderen Aktionsformen kombiniert werden.



STRASSEN-UMBENENNUNG

15 €/qm-Allee, Gentrifizierungsstraße, Verdrängungsgasse, Mietenwahnsinnsplatz. Oder positiv: Gemeineigentumsallee, Nachbarschaftsplatz, Aneignungsweg. Durch Überhängen und Anbringen von zusätzlichen Infoschildern können gewohnte Straßenschilder stadtpolitisch umgestaltet werden.

STADTFÜHRUNG

Nicht zur offiziellen Stadtgeschichte oder Dichtern und Denkern, sondern zu Mietenwahnsinn und Widerstand: (Luxus-)Sanierung, Leerstand, Umwandlung in Ferienwohnungen, neoliberale Stadtplanung, Häuser von Immobilienkonzernen. Aber auch zu Alternativen: Wohnpro jekte, Hausbesetzungen (auch geschichtlich interessant!), Genossenschaften, urbane Aneignung von unten...



HAUSBESETZUNG

Ein Haus steht leer? Einziehen! Zeitlich begrenzt aus Protest oder dauerhaft, um darin zu wohnen. Wenn renoviert werden muss, um Bewohnbarkeit erst wieder herzustellen, kann es Instandbesetzung genannt werden. Mit Mietenwahnsinn und Regelungen gegen Leerstand und Zweckentfremdung im Rücken kann dieser Zivile Ungehorsam noch besser legitimiert werden gegen Räumung und drohende Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Und es gibt sogar Stadtverwaltungen, die nur räumen, wenn Eigentümer*innen nachweisen können, den Leerstand auch wirklich zu beenden (vgl. „Merkblatt Hausbesetzungen in der Stadt Zürich").

PARADE

Statt Latschdemo mit Musik durch die Stadt tanzen. Als „Reclaim the Streets"-Party, Recht auf Stadt-Parade, Mietenmove, Wunschparade. Inhaltlich werden Kritik, Protest und politische Forderungen dabei meist mit dem Feiern von Alternativen verbunden.

STREET ART

Forderungen, Parolen, Markierungen, Bilder. Preisschilder an Häuser. Mit Plakaten, Aufklebern, Sprühschablonen (Stencils) und Kreidespray (nicht dauerhaft) oder Graffitifarben (dauerhaft).



LEERSTANDS-RALLEY

Wo stehen Häuser und Wohnungen leer? Wo werden Wohnungen als Ferienwohnungen (u.a. über Airbnb) vermietet? Wo werden Häuser teuer saniert? Durch die Stadt ziehen, suchen, finden und kartographieren. Passant*innen auf der Straße und Nachbar*innen von unbewohnt aussehender Häusern befragen. Die Informationen können bei leerstandsmelder.de eingetragen und weitere Aktionen geplant werden, wie > Transparente, > Hausbesetzung.

FREILUFTGALLERIE

Die Straße als Ausstellungsraum. An Wäscheleinen gespannt, an Bäumen befestigt, auf Mauern, an Zäunen – im öffentlichen Raum ist viel Platz für alle Arten von (politischer) Kunst und > Street Art.

BESICHTIGUNG VON PROBLEMVIERTELN

Problemviertel finden sich in vielen Städten: Villenviertel mit kameraüberwachten Zäunen, Pools, teuren Autos. Damit sich keine gefährlichen Parallelgesellschaften entwickeln, machen wir auf die Risiken dieser homogenen Milieus aufmerksam. Kann auch als > Parade durchgeführt werden.

GUERILLA GARDENING

Saatbomben für mehr Grün in der Stadt, Gemüse für die essbare Stadt – oder politische Symbole (Hausbesetzungszeichen, Peacezeichen,...) mit Kresse auf eine Brachfläche.



BEFRAGUNG

Auf Stellwänden oder einem großen Bodenplakat stehen Fragen und Antwortalternativen zum Ankreuzen: „Welchen Anteil Ihres Einkommens geben Sie für Miete aus: 30%, 40%, 50%?" „Ist Ihr Einkommen in den letzten Jahren so stark gestiegen wie Ihre Miete? Ja/Nein" Passant*innen können mit Stiften ankreuzen und ins Gespräch kommen. Möglich sind auch Fragen zur Wunschproduktion: „Was fehlt Ihnen im Stadtteil, was hätten Sie gerne?" Kann auch gut kombiniert werden als > kreativer Infostand mit > Kollektives Mapping.

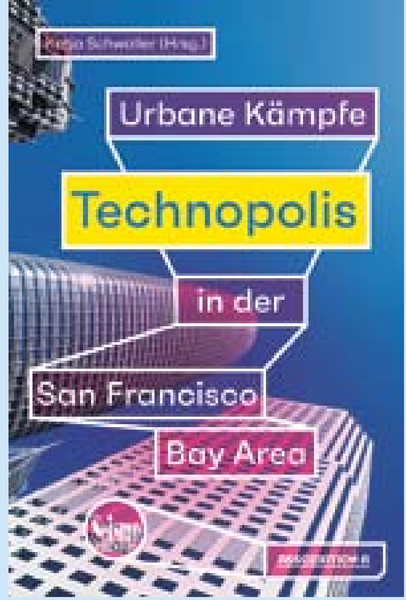
► **Autor:** Marc Amann ist unterwegs zwischen Aktivismus, politischer Bildung, kreativem Straßenprotest, zivilem Ungehorsam und solidarischen Ökonomien.
▹ www.marcamann.net
► **Illustrationen:** Caro Kather
▹ www.carocolor.de

REZENSIONEN

MULTITUDE GEGEN MONOPOLISTEN

TECHNOPOLIS – URBANE KÄMPFE IN DER BAY AREA

San Francisco ist eine der teuersten Städte der Welt, die Miet- und Immobilienpreise sind astronomisch hoch, die sozialen Ungleichheiten sind größer und wachsen rasanter als anderswo in den USA. In der Bay Area-Region ist das Pro-Kopf-Einkommen überdurchschnittlich, während das untere Drittel hier keinen ausreichenden Lohn verdient, ein Sechstel in Armut und Hunger lebt und 20.000 Menschen obdachlos sind. „Auch der Zustrom von Reichtum kann eine Stadt in die Knie zwingen. Besonders, wenn dieser aus einer Industrie stammt, die ganz auf die Zerschlagung von öffentlichen Einrichtungen und sozialstaatlichen Leistungen setzt und das ‚unternehmerische Subjekt' zum neuen Maßstab erhebt" (10) so fasst Herausgeberin Katja Schwaller in ihrer Einleitung zum Sammelband „Technopolis – Urbane Kämpfe in der Bay Area" die drastischen Verwerfungen zusammen, um die es hier geht. In 15 Beiträgen schreiben Sozialwissenschaftler*innen und Aktivist*innen über Geschichte und Gegenwart von Verdrängung, Gewalt, Ausbeutung, von sich radikal wandelnden Arbeits- und Lebenswelten, aber auch von Widerständen und Kämpfen.



Technopolis – das könnte der dystopische Name des weit über das Silicon Valley hinausreichenden Imperiums der Tech-Industrie mit seiner ausgeprägten Zweiklassengesellschaft sein. Sein Reichtum wird entlang einer globalen Wertschöpfungskette und mit einem gigantischen lokalen Niedriglohnsektor generiert. Richard Walker entzaubert in seinem Beitrag den Silicon Valley-Mythos und zeigt, wieviel Milliarden Risikokapital fließen müssen, damit ein „Start up" erfolgreich wird. Monopolistische Konzerne wie Apple, Google, Facebook, HP, Intel & Co. bilden hier einen der größten Industriedistrikte der Welt – mit einerseits hochbezahlten Fachkräften und andererseits „gewöhnlichen" Arbeiter*innen, die von Subunternehmen zu weitgehend schlechten Arbeitsbedingungen beschäftigt werden. Die Fachkräfte sind vorwiegend weiß oder asiatisch, im Niedriglohnsektor arbeiten fast ausschließlich Schwarze und Latin@s. Diese müssen immer weitere Anfahrtswege auf sich nehmen, weil sie aus ihren Stadtvierteln vertrieben wurden – vom exklusiven Google-Bus-Service sind sie ausgeschlossen.

Dass die extremen sozialen Spaltungen nicht erst mit der Tech-Ökonomie kamen, sondern auf Jahrzehnte der Verdrängung und Vertreibung zurückgehen, beschreibt unter anderem die Essayistin Rebecca Solnit: In den 1960/70iger Jahren begann in San Francisco mit der so genannten „Stadterneuerung" (Urban Renewal) der Abriss ganzer Viertel mit überwiegend afroamerikanischer Bevölkerung. Wo nicht neu gebaut wurde, klafften jahrzehntelang – und auch bei zunehmender Obdachlosenkrise – spekulative Leerstände, die sich spätestens dann auszahlten, als Tech-Unternehmen wie Twitter durch Steueranreize angelockt wurden (wie Katja Schwaller nachzeichnet).

Wurde die arme Schwarze Bevölkerung in den 1960er Jahren noch nach Oakland – der Geburtsstadt der Black Panther-Bewegung – verdrängt, gehört sie heute wieder zu den ersten die auch von hier vertrieben wird. Rachel Brahinsky zeigt, wie die Subprime-Krise 2008 mit massenhaften Zwangsräumungen den Boden für Gentrifizierung bereiteten: Die Hochverdiener*innen der Tech-Industrie drängen nun auch in die vormals „gefährlichen Orte".

Angesichts all dieser Tatsachen ist die Vielfalt der Widerstandsbewegungen, die in dem Band aufgegriffen werden, umso beeindruckender: Es gibt Blockaden gegen die Google-Busse, die die Fachkräfte zum Arbeitsplatz kutschieren und zum Symbol für die Gentrifizierung geworden sind. Mit dem »Anti-Eviction Mapping« wird die umfangreiche Visualisierung von Daten und Zusammenhängen zu einem wirksamen Werkzeug für die Organisierung von Widerstand. Das Bündnis »Silicon Valley Rising« hat für tausende Niedriglohnarbeiter*innen Verbesserungen erkämpft und mit der »Tech Workers Coalition« zudem auch Solidarisierungen seitens der Tech-Mitarbeiter*innen erreicht. Und im Jahrzehnte gewachsenen Latin@-Stadtteil »The Mission« kämpfen die Bewohner*innen gegen die Vernichtung ihrer Wandbilder (Murales), in dem sie diese künstlerische Praxis neu beleben.

Dass San Francisco und Oakland als Sanctuary Cities offenen Widerstand gegen Trumps Anti-Immigrationspolitik leisten, erscheint als Widerspruch zur fortschreitenden Segregation. Die Sozialanthropologin Kathleen Coll dagegen sieht den Sanctuary City-Status als möglichen Grundstein für weitere Kämpfe um Inklusion und Rechte für kriminalisierte Gruppen.

Die Beiträge in „Technopolis" erzählen beeindruckend vielschichtig von den zerstörerischen Entwicklungen in einer ganzen Region, vorangetrieben durch das Zusammenwirken von neoliberaler Politik, mächtigen Immobilieninteressen und einer rücksichtslosen Expansionsstrategie monopolitischer Tech-Konzerne – deren Produkte wir täglich konsumieren. Sie zeigen aber auch, dass sich diese nicht ohne breite Widerstände vollziehen. Und deren Gegenmacht kann auch mal gegen das Imperium zurückschlagen, wie am Ende des Buchs am Beispiel des erfolgreichen Kampfes gegen den Google Campus in Berlin aufscheint: Technopolis ist eben (noch) nicht überall. (siehe Beitrag von Konstantin Sergiou in diesem Heft)

▸ **Katja Schwaller (Hrsg.): Technopolis – Urbane Kämpfe in der Bay Area**, Assoziation A, Seismo Verlag, Berlin, Hamburg, Zürich, 2019, 231 Seiten, 19,80 €
▸ **Rezension:** Kristin Schwierz ist stadtpolitisch im Ruhrgebiet aktiv und Teil der Común-Redaktion

REZENSIONEN

AUS DER UNSICHTBARKEIT

FLEXEN – FLÂNEUSEN* SCHREIBEN STÄDTE

Für wen die Stadt gemacht ist, war jahrhundertelang eindeutig: weiße Männer aus der Mittelschicht ohne körperliche oder geistige Einschränkung. Sie können sich weitgehend ungestört in kleinen Gassen, auf belebten Plätzen oder in Parks bewegen. FLINT* (Frauen*, Lesben, inter, non-binary und trans* Personen), People of Color (PoC), Queers und Menschen mit Einschränkungen hingegen müssen sich einen Platz in öffentlichen Räumen erkämpfen. Auch in der Literatur dominiert der weiße, männliche Blick auf die Stadt. Damit bricht die Anthologie „Flexen – Flâneusen* schreiben Städte“, die von Özlem Özgül Dündar, Mia Göhring, Ronya Othmann und Lea Sauer herausgegeben wurde. Das Buch besteht aus 30 Texten, jeder davon beschreibt einen anderen Blickwinkel auf die Stadt und die Sichtbarkeit von FLINT*, PoC oder Queers.

Der Titel des Sammelbands scheint komplex, zeigt aber den Anspruch der Herausgeber*innen und wird im Vorwort beschrieben. Flexen hat viele Bedeutungen: Biegen, Sex haben, die Muskeln anspannen und Flâneuserie sind nur einige davon. Mit dem Wort eignet sich die Flâneuse* – eine Person, die sich in der Stadt bewegt – den Raum aktiv an. Flexen ist ein Kampfbegriff. Denn dass sich FLINT*, PoC, Queers in der Stadt herumtreiben und Raum einnehmen, ist nicht selbstverständlich. In einer Stadt herumzuspazieren, kann als zutiefst politischer Akt verstanden werden. Das Heraustreten aus dem Privaten in die Öffentlichkeit, aus dem Verborgenen in die Sichtbarkeit, kann für Personen, die dem weißen, männlichen Bild nicht entsprechen, Gefahr bedeuten – und zwar genau deshalb, weil sie der heteronormativen Alltäglichkeit entgegenstehen und das Wahrnehmen ihrer eigenen Geschichte einfordern.



„Wenn du lächeln würdest“ ist ein Text von Mirjam Aggeler, in dem sie über eine Busfahrt schreibt, bei der die Protagonistin dem übergriffigen Verhalten ihres Sitznachbarn ausgeliefert ist. Dabei erinnert sie sich an Kommentare, die sie im Laufe der Zeit von Menschen gehört hat und in den Gesichtern der Personen liest, die neben ihr sitzen oder stehen. „Zieht ein Kleid an und wundert sich. Er ist auch nur ein Mann“ (44) oder „Lächle doch mal. Dann wärst du viel schöner“ (45). Diese Sätze gehen ihr durch den Kopf, während sie versucht, die Fahrt zu überstehen. Ihr Sitznachbar fasst sie an und ihr Körper wird zum Schauplatz männlichen Verlangens. Der Protagonistin wird der Raum genommen und damit auch jegliche Selbstbestimmung. Sie muss sich den Übergriffen stellen und die übrigen Menschen im Bus ignorieren den Angriff.

Welcher Kampf ein Spaziergang in Indien sein kann, beschreibt Julia Lauter in der Reportage „Wie man eine Stadt erobert“. Neha Singh läuft nachts durch die Straßen von Mumbai, die von Männern beherrscht werden. Hier kann Flanieren gefährlich sein. Die Zahl der Vergewaltigungen von Frauen* ist hoch und das Bewusstsein darüber gipfelt in der Anweisung, dass sie sich möglichst kurz in der Öffentlichkeit aufhalten sollen. Dabei gibt es auch intersektionale Verflechtungen. Personen aus der Oberschicht können sich Taxis leisten, um sich durch die Stadt zu bewegen. Das bleibt Menschen aus ärmeren Schichten verwehrt. Neha Singh hat den Blog „Why Loiter“ eingerichtet, auf dem sie über ihre Spaziergänge berichtet und andere Frauen* auffordert, sich ihr anzuschließen und spazierend die Stadt zu gewinnen. Mit ihrem Aktivismus bringt sie zeitweise 10.000 Frauen überall in Indien auf die Straße.

Die umkämpfte Geschichte der Stadt Beirut erlebt die Protagonistin in Luna Alis Beitrag „Auf halber Strecke“. Bei ihren Wegen durch die Stadt eröffnet sich ihr die Historie einer Stadt, die gepflastert ist mit Überresten aus Konflikten, aber auch mit Momenten des pulsierenden Lebens. Die Protagonistin ist in Syrien geboren, in Deutschland aufgewachsen und sucht im Libanon nach syrischen Autoren. Vor der Kulisse der Stadt, die den Alltag der Bewohner*innen prägt, findet sie ihre eigene Geschichte.

In „Flexen“ dient die Stadt als Schauplatz für Identitätspolitik. In ihr werden Schicksale besiegelt und persönliche Geschichten geschrieben. Es geht um Vergewaltigung, Zerfall, die Suche nach Sex, die Suche nach Zärtlichkeit, Antisemitismus, Kinderkriegen, Architektur. Vor allem geht es um das Einnehmen von Raum, der viel zu lange von wenigen, privilegierten Gruppen gestaltet worden ist. Der Raum wird von denjenigen gemacht, die präsent sind. Deshalb ist die Anthologie ein Beitrag zur Sichtbarmachung verdrängter Personen, eine Sammlung alternativer Geschichten der Stadt.

▸ **Özlem Özgül Dündar, Mia Göhring, Ronya Othmann und Lea Sauer: Flexen – Flaneusen* schreiben Städte**, Verbrecher Verlag, 2019, 18 €
▸ **Rezension:** Cri Gutsmiedl ist stadtpolitisch in Leipzig aktiv und Teil der Común-Redaktion.

IMPRESSUM

Común – Magazin für stadtpolitische Interventionen
1. Jahrgang / 2019 / Ausgabe Nr. 2
info@comun-magazin.org
www.comun-magazin.org

Herausgeber
multitude e.V.
Zeiseweg 9
22765 Hamburg

V.i.S.d.P.: Kristin Schwierz

Redaktion: Cri Gutsmiedl, Josef Kleine, Rainer Midlaszewski, Kristin Schwierz

Satz und Gestaltung: Rainer Midlaszewski

Druck: Klimaneutral gedruckt von S+G Druck GmbH & Co. KG (Ahorn), auf Enviro Top (Recyclingpapier aus 100% Altpapier, CO2 neutral hergestellt)

Autor*innen/Beitragende: AG Starthilfe, Marc Amman, Alisa Beck, Peter Bescherer, Mila Ellee, Cri Gutsmiedl, Florian Heinkel, Kristina Heller, Felix Lackus, Florian Kasiske, Josef Kleine, Martin Krämer, Janika Kuge, Neustart Tübingen, Raumstation Weimar, Marie-Christin Rissinger, Rico Rokitte, Stefan Romvári, Jürgen Schulz, Kristin Schwierz, Konstantin Sergiou, Tim Thomé

Korrektorat: Jörg „Otto“ Kohlscheen, Johanna Tönsing

Illustrationen: Leonie Herrmann, Caro Kather, Rainer Midlaszewski, Milena Prekodravac






Común #2 wurde gefördert durch:

Rosa Luxemburg Stiftung



Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt



SPENDEN FÜR DAS MAGAZIN

Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte mit Verwendungszweck **„Spende Común-Magazin“** an: multitude e.V., GLS Bank **DE72 4306 0967 1162 4935 00**



RECHT AUF STADT FORUM 2020

15.-17.05.2020 | WEIMAR (LICHTHAUS)

http://wiki.rechtaufstadt.net